



**Osteuropa macht die
Israelfeindlichkeit
Westeuropas nicht mit**

Der Schulterschluss der
Visegrad-Staaten mit Israel

SEITE 3

**Deutsche Politiker:
Wie sie Juden und Israel sehen**

Die Bundestagsparteien
auf dem Prüfstand

SEITE 10-11



**Vor 120 Jahren:
Der 1. Zionistenkongress
in Basel**

Theodor Herzl rief eine
Judenversammlung zur
Neugründung Israels ins Leben

SEITE 34-35



KOLUMNE DES
HERAUSGEBERS
DR. R. KORENZECHER



Liebe Leserinnen und liebe Leser,
die Hoffnung auf einen zumindest den
Umständen entsprechenden ruhigen und
friedvollen Sommer 2017 hat sich für Israel
und das jüdische Volk leider nicht erfüllt.

Ermutigt von unserer Politik, der vor-
sätzlich, brandstifterisch durch unsere Ga-
briels, Schulzes, Steinmeiers und ihresglei-
chen demonstrierten brüderlichen Nähe
und Glorifizierung von Mordanstiftern an
unschuldigen jüdischen Menschen, von
Mordkomplizen und Terrorunterstützern
vom Schläge Abbas und Arafat, sowie von
der jeder Vernunft entbehrenden, willfährigen
Islam-Einlass-Politik unserer Kanzlerin
und ihrer allparteilichen Abnicker, hat der
Hass der Araber und des Islams auf Israel
und alle Juden wieder neue furchtbare Op-
fer an jüdischem Leben gefordert.

Am vergangenen Schabbat sind in ihrem
Hause im israelischen Neve Tzuf-Halamish
drei jüdische Menschen auf bestialische
Weise ermordet worden.

Yossi Salomon (70), seine Tochter Chaya
(46) und sein Sohn Elad (36) sind von einem
widerwärtigen und entmenschten arabi-
schen Mörder vor den Augen weiterer Fa-
milienangehöriger erstochen worden. Der
Mörder war in das Haus der jüdischen Fa-
milie eingedrungen, während diese gemein-
sam am Schabbat-Tisch saß. Weitere Morde
an den kleinen Kindern der Familie konnten
gerade noch rechtzeitig verhindert wer-
den. Unsere Trauer und unser Mitgefühl
gilt den Angehörigen, dem Staat Israel und
seinen Menschen. Den ermordeten Opfern
werden wir ein ehrendes Angedenken be-
wahren.

Während Israel und alle anständigen Men-
schen wegen dieses erneuten feigen islami-
schen Terrors gegen unschuldige und wehr-
lose jüdische Menschen fassungslos trauern,
übertreffen sich in unserem Lande – von
Sympathie mit den jüdischen Opfern keine
Spur – besonders die öffentlich-rechtlichen

Seite 2 ►►

Österreich 3,70 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF;
Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande
4,50 €; Slowakei 4,50 €; Slowenien 35 KN



08

Merkel-Wahl 2017: Als wäre nichts gewesen



Von Laila Mirzo

So wütend wie vulgär äußerte sich 2005
New Orleans damaliger Bürgermeister
Ray Nagin nach dem Hurrikan Katrina
über das Versagen der US-Regierung im
Katastrophenmanagement: „I'm pissed!“
Ich kann die Wortwahl dieses Mannes
gut verstehen, denn wenn ich an Merkels
Flüchtlingspolitik denke, dann fallen mir
dazu ähnliche Wort ein! Eine Mischung
aus Ohnmacht und Wut macht sich in mir
breit dabei zusehen zu müssen wie sich
Deutschland selbst derangiert.

Die Wahlen rücken näher und nach den
zu erwartenden Mehrheitsverhältnissen
wird Merkel wieder zur Kanzlerin gewählt
werden. Vergessen scheint ihr Versagen
von 2015, als sie geltendes Recht gebro-
chen und zur Schlepperin Nummer 1 im
Staate wurde.

Seit Beginn der sogenannten „Flücht-
lingskrise“ sind in den letzten zwei Jah-
ren etwa 1,3 Millionen Menschen nach
Deutschland zugewandert. Über die of-
fene Balkanroute kamen Hunderttausende,
größtenteil aus Syrien, dem Irak und
Afghanistan. Unter ihnen Flüchtlinge,
die tatsächlich vor politischer oder religi-
öser Verfolgung geflohen sind, der Rest
sind jedoch Wirtschaftszuwanderer und

„Goldgräber“. Auch Täter kamen nach
Deutschland. Dabei meine ich nicht nur
die eingeschleusten IS-Terroristen und
gewaltbereiten Extremisten, die mit Axt,
LKW und Rucksackbombe als Gastge-
schenk kamen – nein, ich meine auch As-
sads Helfer.

Auch Handlanger Assads kamen als „Flüchtlinge“

Syrien besteht seit der Machtübernahme
der Baath-Partei in den 1970er Jahren aus
einem dichtgestrickten Netz direkter und
indirekter Informanten und Denunzi-
anten. Ein aufgeblähter Beamten- und
Militärapparat ist das Rückgrat As-
sads. Die Assads, jung oder alt, wurden
nicht künstlich von außen installiert –
nein, das syrische Volk hat sie zu dem
gemacht, was sie sind. Die wenigen
kritischen Stimmen, die eine echte de-
mokratische Opposition hätten stellen
können, sind teilweise schon vor dem
Krieg aus Syrien geflohen, verschwanden
in den Foltergefängnissen oder
wurden Opfer des IS.

Ich selbst bin ein Kind der syrischen
Assad-Politik, ein gebranntes Kind. Bis
zu meinem 11. Lebensjahr lebten meine
Eltern mit mir in Syrien. Meine Kindheit
am Golan war „all inclusive“: Ich durfte

israelfeindliche Propaganda aus erster
Hand erfahren, lernte noch vor der Ein-
schulung, was der Geheimdienst ist und
begriff, dass man besser seinen Mund
hält, bevor besagter Geheimdienst einen
erst grün und blau schlagen und danach
in irgendein Kellergefängnis werfen
würde. Dies alles geschah meinem Va-
ter, weil er Assad und seine Politik offen
kritisierte. 1989 packte meine Mutter
die Koffer und nahm mich zurück in ihre
alte Heimat Deutschland.

Mein Vater aber blieb. Er nahm die
Folter und die Repressalien in Kauf, weil
er das Land verändern wollte. Doch sei-
ne Hoffnungen waren vergebens, denn
der junge Assad war nur ein Update des
alten Systems. Aber eben dieses System
wurde von der Mehrheit des syrischen
Volkes getragen. Man verdiente mit an
der Korruption, man ergötzte sich da-
ran, in einer Uniform Macht über an-
dere auszuüben. Seinen unliebsamen
Nachbarn einfach vom Geheimdienst
abholen zu lassen, war eine bequeme
Sache. Vom einfachen Gemüsehändler
bis zum Lehrer, viele waren Handlan-
ger Assads. Und jetzt wollen auf einmal
alle seine Opfer gewesen sein?

„Flucht“ durch sichere Länder

Die Mehrheit der „Flüchtlinge“ erfüllen
die Bedingungen der Genfer Flücht-
lingskonvention nicht. Viele kamen
über mehrere sichere Drittländer nach
Deutschland und machten das Dublin-
Abkommen zur Farce. Aber wer muss
sich noch an Gesetze halten, wenn Mut-
ti sagt „wir schaffen das!“?

Wir wissen zum Teil nicht, wer die-
se Menschen sind. Ihre Identität kann
ohne Papiere kaum verifiziert werden.
Hier hat der Staat eindeutig versagt.
Und er tut es noch.

Die Bedenken, eine „verstärkte Zu-
wanderung würde den inneren Frieden
gefährden und radikalen Kräften Vor-
schub leisten“ stammen aus welchem
Wahlprogramm? Klingt nach AfD,
nicht wahr? Weit gefehlt, dies ist ein
Auszug aus dem gemeinsamen Wahl-
programm der CDU/CSU zur Bundes-
tagswahl 2002.

Heute, 15 Jahre später wehrt sich An-
gela Merkel mit Händen und Füßen ge-
gen eine Obergrenze für Zuwanderer.
Zwar macht die CSU die Obergrenze zur
„Schicksalsfrage“, doch wird sich
der Scheinrivale Seehofer letztendlich
hinter Merkel einreihen. Denn Bayern
fürchtet um seinen Einfluss auf Bun-
desebene. Horst Seehofer spielt zwar
gerne den großen Zampano, führt die
Kanzlerin am CSU Parteitag geschickt
vor, doch kann der weiß-blaue Papierti-
ger der Kanzlerin nicht wirklich Paroli
bieten.

Merkel-Wahl 2017: Als wäre nichts gewesen

Die kreuzbraven Deutschen werden wieder Merkel wählen

Die CDU klang vor kurzem noch ganz anders

Dabei hatte die Union unter dem Fraktionsvorsitz Angela Merkels 2002 noch auf die Gefahr einer unregulierten Zuwanderung hingewiesen:

„Deutschland hat keinen Mangel an Zuwanderung, sondern an Integration. In den Großstädten bilden sich bereits Parallelgesellschaften. Der hohe Ausländeranteil vor allem in Großstädten wie Frankfurt a.M. mit rund 28 % oder München mit rund 22 % führt bereits zu partiellen Minderheitssituationen für Deutsche. Mangelhafte Sprachkenntnisse zahlreicher, vor allem junger Ausländer, deren häufige Perspektivlosigkeit am Arbeitsmarkt und das starke Bildungsgefälle zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen sind nur einige erkennbare Vorboten eines bedrohlichen sozialen Sprengstoffs in Deutschland.“

(Gemeinsames Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union

Deutschlands (CDU) und der Christlich Sozialen Union (CSU) für die Bundestagswahl 2002)

Was hat sich seitdem bitte geändert? Welchen Grund gab es für einen derartigen Gesinnungswandel innerhalb der CDU?

Denn schon im CDU/CSU Parteiprogramm von 2013 war zu lesen:

„Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für den öffentlichen Dienst, insbesondere als Lehrerinnen und Lehrer, als Polizistinnen und Polizisten oder in der Justiz entscheiden.“

Ein moslemischer Polizist in Deutschland verweigert einer Kollegin den Handschlag

Nun, Menschen mit „Zuwanderungsgeschichte“ sind heute mehrheitlich muslimischen Glaubens. Wie das im Alltag der Bürger aussehen kann, zeigt der Fall eines muslimischen Polizisten

aus Rheinland-Pfalz, der seiner Kollegin den Handschlag verweigert hatte, als sie ihm zur Beförderung gratulieren wollte. Der Beamte der Polizeiinspektion Montabaur soll wegen seiner religiösen Überzeugung den Handschlag abgelehnt haben. Man kann diese Begebenheit als Einzelfall abtun, aber es geht hier um viel mehr, wie auch der GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach richtig erkannt hat: „Es geht nicht um das Handgeben an sich, sondern um das, was dahintersteckt.“ Und genau das ist es, hinter einem solchen Verhalten steckt ein Weltbild, das die Frau als minderwertiges und unreines Wesen betrachtet.

Der muslimische Beamte hat damit gegen das Neutralitäts- und Mäßigungsgebot für Beamte verstoßen. Ernst Scharbach fährt unmissverständlich fort: „Wenn jemand ein Problem mit dem Frauenbild hat, das unsere Verfassung vorschreibt, hat er bei der Polizei und in

sonstiger staatlicher Verwaltung nichts zu suchen.“

Wir haben in Deutschland das Hohe Gut der Religionsfreiheit, was ist aber, wenn die religiösen Überzeugungen mit geltendem Recht oder den liberalen Werten kollidieren? Welches Frauenbild vertritt ein muslimischer Richter, wenn er im Falle von häuslicher Gewalt entscheiden muss?

Denn der Islam erlaubt die körperliche Züchtigung der Ehefrau. Welche Vorbildfunktion spielt eine Lehrerin mit Kopftuch für ihre Schülerinnen und Schüler? Was antwortet diese auf die Frage, warum sie ein Kopftuch trägt? Weil Gott meint, Weiblichkeit sei eine Sünde? Ist dies das neue Verständnis von Neutralität? Wird der islamische Antisemitismus bald auch zu Deutschland gehören?

Wissen Sie, Assad und andere Diktatoren werden von ihrem Volk getragen, jedes Volk bekommt die Regierung die es verdient – auch wir.

◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Faktenverdrehungs-Medien und unsere linkslastige Israel-Dämonisierungs-Politik in Rechtfertigung und Relativierung der Mordtaten, in Täter-Opfer-Verdrehungen und einer perfiden Schuldzuweisungs-Rhetorik gegenüber den jüdischen Opfern und dem Staat Israel.

Während bei islamischen Terrormorden außerhalb Israels – freilich immer mit der Ermahnung Bluttaten im Namen des Islams ja nicht dem Islam und den Muslimen anzulasten – noch so etwas wie Solidarität mit den Opfern erkennbar ist und Rufe wie „Je suis London“ oder „Je suis Manchester“ vernehmbar sind, ist derartige bei islamischen Morden an Juden nicht einmal im Ansatz denkbar. Terror und Morde, vor allem islamische Morde an Juden, gelten hierzulande weder bei unserer Gesinnungs-Journaille noch bei unserer Israel-Beargöhnungs-Politik als Verbrechen.

Angeführt von landesweit beliebten und anerkannten selbsternannten Terror-Verstehern und Talkshow-herumgerichten vermeintlichen Experten, Antisemiten und Israelhassern vom Schlage Todenhöfers, Lüders, Augsteins u.a.m. faseln unsere postfaktischen Medien etwas von Friedenshindernis, verständlicher Reaktion und man dürfe die islamischen Täter jetzt auf keinen Fall ohne Hilfe und alleine lassen, während unser Außenamt und Präsident Steinmeier regelmäßig Augenbrauen-erhobene Ermahnungen an Israel richten, in denen von unverhältnismäßiger Reaktion und einer Beendigung der Gewaltspirale zu hören ist.

Ganz etwa so als läge die durch die Täter ausgeübte Gewalt im Ermessen der Opfer. Es dürfte dem deutschen Außenminister und dem deutschen Bundespräsidenten bei aller tiefen Freundschaft und Verehrung Abbas' und Arafats nicht gänzlich unbekannt sein, dass dies in finsterner deutscher Zeit schon jüdischen Opfern des Naziterrors in tragischer Weise nicht gelungen ist, mäßigend auf die seinerzeit deutschen Täter einzuwirken, sondern nur deren Zerschlagung ein Ende der Gewalt bringen konnte.

Jedenfalls fehlt ein derartiger Mäßigungs-Hinweis seitens unseres Au-

ßen- und Bundespräsidialamtes an die kürzlich wieder erheblich Terror-betroffenen Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vollends, was nicht ohne erhellendes Schlaglicht auf den erheblichen und ungleichgewichtigen Israel- und Judenvorbehalt der hiesi-



Es wird ausgeblendet, dass es sich bei dem islamischen Kultbau um eine widerrechtlich errichtete Eroberungsmoschee handelt, die der Demütigung der Juden dienen sollte und noch heute dient.

gen Politik und ihrer Protagonisten aus dem Außen- und aus dem Bundespräsidenten-Amt zur Kenntnis zu nehmen ist.

Völlig abstrus und ungeheuerlich ist auch die geradezu irrwitzige und allen historischen Bezügen Hohn sprechende Behauptung von Teilen unserer Mainstream-Medien und unserer Politik, die zum Schutz der israelischen Polizei und der jüdischen Gläubigen erforderlichen Metalldetektor-Sicherungsmaßnahmen seien schon deshalb unzulässig, weil es sich bei dem Tempelberg um ein islamisches Heiligtum handele, dass von den Juden widerrechtlich und nachträglich für ihre Klagemauer usurpiert worden sei.

Der erfolgte Abbau der Sicherheitsmaßnahmen und das Nachgeben Israels vor der Erpressung der weltweiten Israelfeinde, die im Übrigen kein wirkliches Problem mit dem sonstigen allgegenwärtigen Einsatz derartiger Detektoren haben – auch nicht in Mekka oder im Vatikan – stellt einen Anfangsschritt in eine falsche und verhängnisvolle Richtung dar, läuft der Staatsbegründenden und Staats-erhaltenden Politik Ben Gurions und Golda Meirs entgegen, und wird das Problem der arabischen Gewalt-Atrozitäten und Vernichtungsabsicht gegen Israel nicht nur nicht lösen, sondern neue und gefährlichere Probleme schaffen.

Wird doch dabei nach bewährter Methode ganz im Sinne der islamischen Eindringlinge gegen jede geschichtliche Wahrheit ausgeblendet, dass es

sich bei dem dortigen islamischen Kultbau um eine späte und widerrechtliche Errichtung einer Eroberungsmoschee handelt, die – wie von muslimischen Kriegsherrn im Siegesfalle stets praktiziert – der Demütigung der Juden durch Entweihung ihres uralten, an

dieser Stelle der jüdischen Hauptstadt schon in vorislamischer Zeit stehenden Tempels durch die islamischen Eroberer dienen sollte und bis heute dient.

Ein ähnliches Schicksal ist dem bedeutendsten Kirchenbau des frühen Christentums, der Hagia Sophia, widerfahren, die bei der brutalen Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen vor ca. 500 Jahren mit der bestialischen Ermordung der dortigen Nonnen durch die islamische Eliteeinheit der Janitscharen und die Umwidmung in eine Moschee zur endgültigen Demütigung des christlichen byzantinischen Reiches herhalten musste. Nach dem Plan des Kanzlerin-hofierten Diktators, von den hiesigen Türken mehrheitlich unterstützten Ermächtigungsgesetz-Durchmarschierer und bezeichnenderweise immer noch Nato-Verbündeten – wie auch immer das vereinbar sein mag – Erdogan soll dieses christliche Wahrzeichen nach einer von Atatürk verordneten Interimszeit nun wieder als Zeichen islamischer Überlegenheit in eine Moschee umgewandelt werden, während die sich mit Köpfungen von Säuglingen und Kleinkindern verdient gemachten Janitscharen ohne jede Beantwortung durch unser Politik gerade von dem Panislamisten Erdogan als Vorbilder islamischer Größe, Macht und Tugend wiederbelebt werden.

Die von Abbas zur Ablenkung von der eigenen Entbehrlichkeit initiierten und angeheizten Gewalterruptionen in der dank des wiedergegründeten Staates Israel das Schicksal Konstantinopels

nicht teilenden wiedervereinigten heiligen jüdischen Hauptstadt Jerusalem bringen noch ein weiteres, in diesem Sommer wieder besonders deutliches Problem für die Sicherheit der jüdischen Minderheit in Europa und auch in Deutschland zu Tage.

Schon für die nichtjüdische deutsche Noch-Bevölkerungsmehrheit stellt angesichts der Virulenz und Aggressivität der rückschrittlichen, Demokratie und rechtstaatliche Normen verachtenden, durch und durch rassistischen islamischen Infiltration die irrationale und verantwortungslose, geradezu suizidale Zuwanderungs-Politik der Kanzlerin und ihres in der Kanzlersonne auf Verbleib in seinen Ämtern hoffenden politischen Hofstaats eine kaum noch lösbare Beeinträchtigung der bisherigen freiheitlichen westlichen Lebensweise und der persönlichen Sicherheit vor allem auch von Frauen, Homosexuellen und nicht Islam-affinen politischen und religiösen Minderheiten dar.

Trotz massiver Vertuschungs- und Ausblendungsversuche durch Politik und Medien sprechen die schrecklichen Kriminalstatistiken im Hinblick auf den dramatischen Anstieg mit dem islamischen Bevölkerungsanteil korrelierter Straftaten eine deutliche Sprache. Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2017 weisen Polizeiberichte ca. 1.600 in unseren Medien häufig nicht einmal mehr thematisierte islamische Messerattacken allein in Deutschland aus. Hinzu kommen weitere tausende und abertausende Fälle islamogener Gewalt und weiterer Islam-bezogener Straftaten, die frei nach dem Motto des Innenministers – „das Nennen der Fakten würde die Bürger zu sehr verunsichern“ – vor allem im Wahljahr und besonders durch unsere Regierungs-affinen öffentlich-rechtlichen Medien, aber auch von großen Teilen der übrigen links-durchseuchten Bessermensch-Presse vorsätzlich herausgefiltert werden. Diese füllen ohnehin nahezu allesamt ihre Seiten und ihre Formate in geschichtlich nie dagewesener Form und voller doppelter Moral vorzugsweise mit der Hetze gegen den neuen US-Präsidenten und der Zurechtweisung israelischer Poli-

Fortsetzung auf Seite 9 ▶▶

Osteuropa macht die Israelfeindlichkeit Westeuropas nicht mit

Der Schulterchluss der Visegrad-Staaten mit Israel



Von Roland Tichy

Der israelische Ministerpräsident Netanjahu mit den Regierungschefs der Tschechei, Ungarns, der Slowakei und Polens.

Mit Geld allein lässt sich Europa nicht bauen; es ist nicht käuflich, lässt sich nicht finanziell regeln wie ein „Friendly Takeover“. Wem Europa teuer ist, muss über Gemeinsamkeiten reden.

Nach dem Brexit steigen die Spannungen zwischen den osteuropäischen Staaten und der West-EU. Deutschen fällt nicht viel mehr ein, als auch noch Strafen zu verlangen. Geld soll Europa regieren.

„Die EU ist verrückt“, erklärte Israels Premier Netanjahu bei einem zweitägigen Besuch in Budapest, wo er eine Konferenz der sogenannten Visegrad-Staaten (Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei) besuchte.

Ähnlich wie zuvor US-Präsident Trump, der in Warschau gefragt hatte, ob Europa überhaupt überleben wolle, sagte der israelische Regierungschef hinter verschlossenen Türen in einem Gespräch, das nur zufällig öffentlich wurde: „Ich glaube Europa muss sich entscheiden, ob es leben und gedeihen will, oder schrumpfen und sterben.“ Es war wohl der eigentliche Grund für Netanjahus zweitägigen Besuch in Budapest: Wie vor ihm US-Präsident Donald Trump in Warschau am 6. Juli war der israelische Premier nach Kräften bemüht, die Kooperation mit den mitteleuropäischen EU-Ländern zu stärken, als Hebel gegen eine von Brüssel und Berlin beherrschte West-EU, die weder Trump noch Netanjahu und immer weniger den betroffenen Ländern gefällt.

Kurz zuvor hatte sich die „Drei-Meere-Initiative“ getroffen. Das seltsame Konstrukt besteht aus 12 mittel- und ostmitteleuropäischen Staaten der EU vom Baltikum bis Kroatien und Bulgarien. Offizielles Ziel ist eine eigene Nord-Süd-Verkehrsverbindungen und

die Energieversorgung gegen das Tandem Deutschland-Russland zu sichern. Die 12 fühlen sich in die Zange genommen: Exportieren dürfen sie nicht nach Russland, aber mit neuen Gasleitungen importiert Deutschland an ihnen vorbei wertvolle Energie. Die „Drei-Meere-Initiative“ ist an die Stelle der Mittelmeerunion getreten, einer früheren Vision Frankreichs. Nicht mehr zwischen Norden und Süden teilt sich danach Europa, sondern zwischen Ost und West.

Die Visegrad-4 und das Dutzend im

schen Paris und Berlin die Rede von neuen Rettungsfonds für in Not geratene Mitglieder (womit im Wesentlichen die Alt-Mitglieder Frankreich und Italien gemeint sind), einem Schulden-schnitt für Griechenland und einem europäischen Finanzminister zur EU-weiten Mittelverteilung. Geld soll die EU regieren. Und wer nicht pariert, soll natürlich mit Geld-Strafen dazu „bewogen“ werden. Die Drohung von Geldstrafen etwa durch Martin Schulz richten sich insbesondere an osteuro-

tät“ für ihre Verrücktheiten kauft. Nein, Brüssel ist nicht das neue Moskau. Aber viele Polen sagen mir: Notfalls sammeln wir auf der Straße jene drei Milliarden, die wir als Strafe dafür bezahlen müssen, dass wir nicht die deutsche Flüchtlingspolitik nachvollziehen: Nationaler Trotz steht gegen verordnete Zwangssolidarität. Noch ist Polen nicht verloren, diesmal noch lange nicht. Flüchtlinge und andere Migranten jedenfalls wollen sie sich nicht aufzwingen lassen, von den Deutschen, die sie erst geholt haben und derer sie jetzt schon überdrüssig sind. Osteuropa will nicht länger der Abladeplatz für westeuropäische Verrücktheiten sein.

Da hilft es auch nicht, dass die Bewegung #PulseofEurope jetzt gegen Reformpläne der polnischen Regierung demonstriert, die angeblich die Meinungsfreiheit beschneiden will: Beim Netzensurgesetz des Deutschen Bundestags war von #PulseofEurope nichts zu hören. Nur die Osteuropäer machen es nicht richtig im Sinne der schlauen, überlegenen Westeuropäer – denen im Osten kann man jederzeit drohen.

Auch der neue Frühling zwischen Paris und Berlin muss erst beweisen, dass ihm ein Sommer folgen kann: Mit jedem Tag mehr werden die möglichen Kosten gemeinsamer Initiativen konkreter, das Klima kühler, die Wähler kritischer. Mit Geld allein lässt sich Europa nicht bauen; es ist nicht käuflich, lässt sich nicht finanziell regeln wie ein Friendly Takeover. Wem Europa teuer ist, darf nicht nur über Geld und Geldstrafen reden, sondern über Gemeinsamkeiten. Aber die scheinen längst verrückt zu sein.

Wenigstens lässt Bahlsen seine Kekes auch für Osteuropa in Butter braten. Nicht wie bisher in billigem Palmöl. Osteuropa hat jetzt dankbar zu sein.

„ Europa muss sich entscheiden, ob es gedeihen oder schrumpfen will.“

Meeresbündnis sich zusammenfindenden Staaten tasten sich an konkrete Bündnisse innerhalb des EU-Verbundes erst heran. In Deutschland und Westeuropa nimmt man diese Entwicklung kaum zur Kenntnis. Hier geht es nur um Geld, dem einzigen Bindemittel der EU. Darum dreht sich alles, damit soll jedes Problem gelöst werden und wer nicht spürt, wird zu Geldzahlungen verurteilt. Das ist wohl das Erbe einer politischen Union, die aus einer Wirtschaftsgemeinschaft (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG) hervorging.

„I want my money back“ – so lautete der legendäre Kampfruf von Margaret Thatcher in den Auseinandersetzungen um die britischen EU-Beiträge. Und jetzt fordert Martin Schulz, dass Deutschland einen Teil der ausfallenden britischen Beiträge übernimmt. Die neue, alte EU-Politik ist einbahnstraßig kreativ, was neue Umverteilungsmechanismen betrifft: So ist zwi-

päische Länder, die sich in der Flüchtlingsfrage der „Solidarität“ entziehen und keine Flüchtlinge aus Deutschland übernehmen wollen.

Die sowjetische nicht gegen Brüsseler Bevormundung eintauschen

Abgesehen davon, dass Solidarität immer ein Akt der Freiwilligkeit und nicht des Zwangs ist: Rettet mehr Geld die EU, oder: wie teuer ist die EU? Kann man sie kaufen?

Die osteuropäischen Staaten bäumen sich gegen Strafzahlungen und empfundene Bevormundungen aus Brüssel auf. Es ist kein Zufall, dass die neuen Clubs im Club genau jene Länder (mit Ausnahme Österreichs) erfassen, für die der Zweite Weltkrieg nicht am 8. Mai 1945 beendet war – sondern erst mit dem Abzug der sowjetischen Truppen ab 1989.

Selbstbestimmung hat für sie einen noch unverbrauchten Wert. Wer so lange unter der Knute gelebt hat, will sie nicht einfach eintauschen gegen ein paar Brüsseler Subventionen, die dafür „Solidari-

Das falsche Signal

Die Verzögerung des Botschaftsumzuges nach Jerusalem schmälert selbst bei den Arabern den Respekt gegenüber der neuen US-Politik

Von Bassam Tawill / Gatestone Institute / Audiatur

Der Erlass von US-Präsident Donald J. Trump, der die Verlegung der US-Botschaft in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem verzögert, hat zweierlei erreicht. Erstens enttäuscht er viele Israelis, da Trump sein vor der Wahl gegebenes Versprechen nicht einhält. Zweitens – und möglicherweise ist dies noch wichtiger – sendet er genau die falsche Botschaft an die „Palästinenser“ und andere Araber aus dieser Botschaft heraus, ist, dass der US-Präsident unter Druck und Drohungen einknickt.

Diese Botschaft von Schwäche und Rückzug schadet nicht nur der Glaubwürdigkeit Trumps, sondern auch der der USA, weil sie dadurch als ein Land erscheint, das unter Androhung von Gewalt nachgibt. Im Allgemeinen ist es nämlich seine Demonstration von Macht, die Trump bei vielen „Palästinensern“ und Arabern Respekt verschafft. Die Araber bewundern und respektieren solche Machtfiguren, weil sie selbst jahrzehntelang von rücksichtslosen Tyrannen und Diktatoren, wie z. B. Saddam Hussein, beherrscht wurden. Zugleich respektieren die Araber aber auch Anführer, die ihre Versprechen einhalten, sogar, wenn sie selbst mit diesen Versprechen nicht einverstanden sind oder sie ablehnen.

Trumps Entscheidung, die Verlegung der US-Botschaft zu verzögern, erfolgte nach wiederholten Drohungen der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ (PA) und anderer Araber, dass ein solcher Schritt „die gesamte Region in Gewalt und Blutvergießen stürzen“ würde. Diese Drohungen wurden erstmals während Trumps Wahlkampf laut und eskalierten schließlich nach seinem Einzug ins Weiße Haus. Präsident Machmud Abbas von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ und seine Gefolgsleute führten die Droh- und Einschüchterungskampagne an. Sie gingen sogar so weit, damit zu drohen, sie würden ihre Anerkennung des israelischen Existenzrechts widerrufen, sollte Trump es wagen, sein Versprechen wahr zu machen. Letzten Januar wurde Abbas mit der Aussage zitiert, die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem würde die „Palästinenser“ dazu veranlassen, ihre Anerkennung Israels zurückzuziehen.

„Ich habe einen Brief an Präsident Trump geschrieben, in dem ich ihn dazu aufgerufen habe, von einem solchen Schritt abzusehen. Ich habe ihm klargemacht, dass ein solcher Schritt die USA nicht nur der Möglichkeit berauben würde, eine legitime Rolle in der Lösung des Konflikts zu spielen, sondern auch die Zwei-Staaten-Lösung zunichtemachen würde.“

Abbas' Mufti, Scheich Mohammed Hussein, warnte Trump, dass die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem als eine „Aggression, nicht nur gegen die Palästinenser, sondern gegen alle Araber und Muslime“ angesehen werden würde. PLO-Generalsekretär Saeb Erekat stimmte in den Chor der Bedrohungen ein, indem er Trump davor warnte, dass die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem „den Nahen Osten in Gewalt und Chaos stürzen“ würde.

Die „palästinensischen“ Drohungen wurden begleitet von den Drohungen einiger arabischer Regierungen und muslimischer Kleriker. Auch sie warnten Trump, dass die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem eine Welle der Gewalt



US-Präsident Trump ist Israel noch ein Versprechen schuldig.

auslösen und die Interessen der USA im Nahen Osten aufs Spiel setzen würden. Der ehemalige Mufti von Ägypten, Scheich Ali Jum'ah, sagte, die Verlegung der Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem stelle „eine schwerwiegende Eskalation“ dar und „bedrohe die US-Interessen in der Region“. Scheich Ibahim Reda, ein weiterer führender islamischer Geistlicher aus Ägypten, warnte, dass ein solcher Schritt „eine Welle von Spannungen in der Region auslösen und eine Aggression gegen Araber und Muslime“ darstellen würde.

Von Seiten der „Palästinenser“ sind solche Drohungen nichts Neues. Tatsächlich geben Machmud Abbas und seine Kollegen immer dann derartige „Warnungen“ ab, wenn sie nicht bekommen, was sie wollen. Es ist eine ihrer Lieblings-Taktiken gegen Israel. Zum Beispiel warnten die „Palästinenser“, dass der israelische Bau der Sicherheitsbarriere im Westjordanland Gewalt und Anarchie zur Folge haben würde. In der Realität hat die Sicherheitsbarriere jedoch das genaue Gegenteil bewirkt; sie hat Selbstmordattentate gegen Israel gestoppt und nicht nur das Leben von Juden, sondern auch von Arabern gerettet, von denen viele in der „palästinensischen“ Terrorwelle während der Zweiten Intifada getötet wurden.

Die „Palästinenser“ warnen

„Die Palästinenser warnen ...“ ist eines der häufigsten Ergebnisse in der Google-Suche.

In jüngerer Zeit „warnten“ die „Palästinenser“ beispielsweise Israel davor, einen neuen Lehrplan für arabische Schulen in Jerusalem einzuführen, weil sie behaupteten, dies würde zur „Judaisierung“ und „Israelisierung“ Jerusalems führen. Vergangenen Monat kamen sie mit einer neuen „Warnung“ an: dieses Mal hieß es, wenn Israel den Forderungen der im Hungerstreik befindlichen „palästinensischen“ Häftlinge nicht nachkäme, gäbe es eine „neue Intifada“. Nach 40-tägigem Hungerstreik gaben die Häftlinge auf und beendeten ihr Fasten – nahezu alle ihrer Forderungen blieben von Israel unerfüllt. All das kommt zu den Drohungen hinzu, die Abbas und viele „Palästinenser“ in den letzten zwei Jahren wegen der Besuche von Juden auf dem Jerusalemer Tempelberg nahezu täglich geäußert haben. Es vergeht kaum ein Tag, ohne dass die „Palästinenser“ eine weitere Drohung wegen dieser Besuche von sich geben.

Die „Palästinenser“ bemühen sich nach Kräften, die Welt davon zu überzeugen, dass die regelmäßigen und friedvollen Besuche jüdischer Gruppen und Einzelpersonen auf dem Tempelberg Teil einer

israelischen „Verschwörung“ sind, deren Ziel es sei, die Al-Aksa-Moschee zu zerstören und die religiösen Stätten des Islam zu „entweihen“. Sie haben außerdem davor gewarnt, dass die Besuche einen „Religionskrieg“ zwischen Juden und Moslems hervorrufen und zu einer „gewaltigen Explosion“ und einem „Erdbeben“ im Nahen Osten führen würden. Es stimmt zwar, dass die „palästinensische“ Hetze wegen des Tempelbergs eine Welle von Messer- und Autoramm-Attacken auf Israelis verursacht hat, aber es ist kein „Religionskrieg“ ausgebrochen und die arabischen und islamischen Länder scheinen nicht besonders besorgt wegen der jüdischen Besuche auf dem Tempelberg zu sein.

Schwäche zu zeigen ermutigt die Extremisten nur

Nebenbei bemerkt finden diese Besuche schon seit 1967 statt. Die Besuche wurden während der Zweiten Intifada aus Sicherheitsgründen zeitweilig ausgesetzt, jedoch in den letzten beiden Jahren wieder aufgenommen. Außerdem bleibt festzustellen, dass auch christliche Touristen weiterhin die heilige Stätte besichtigen – eine Tatsache, die Abbas und seine Freunde in der PA nicht weiter zu stören scheint. Israel hat seinerseits gelernt, mit den unablässigen Drohungen und Warnungen der „Palästinenser“ zu leben. Die internationale Gemeinschaft nimmt diese Drohungen jedoch weiterhin ernst und ignoriert dabei die Tatsache, dass sie dadurch kontinuierlich eine falsche Botschaft an die „Palästinenser“ sendet. Den Gewaltandrohungen nachzugeben, ermutigt die Extremisten nur und bereitet den Weg für noch mehr Gewalt und Blutvergießen.

Wie die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung „zunichte macht“ ist allerdings ein Rätsel. Falls die US-Botschaft aus Tel Aviv abzieht, wird sie im Westteil der Stadt eingerichtet und nicht in Ost-Jerusalem, welches die „Palästinenser“ als ihre künftige Hauptstadt für sich beanspruchen. Aus der Opposition gegen einen solche Verlegung kann man nur einen Schluss ziehen: dass die „Palästinenser“ auch den Westteil Jerusalems als Teil ihrer zukünftigen Hauptstadt betrachteten.

Die „palästinensischen“ und arabischen Androhungen von Gewalt und Chaos in der Region hören sich angesichts der aktuellen Lage in vielen arabischen Ländern, einschließlich Syrien, Irak, Ägypten und Libyen, wo sich in den vergangenen sechs Jahren die Moslems gegenseitig – und dazu noch Christen – abschlachteten, geradezu lachhaft an. Die

Unruhen in der arabischen Welt – einschließlich der jüngsten Spannungen um Katar – stehen weder mit der US-Politik im Besonderen, noch mit dem israelisch-„palästinensischen“ Konflikt im Allgemeinen in irgendeinem Zusammenhang. Trotz der Kurzsichtigkeit von arabischen Anführern und islamischen Geistlichen, die nur auf Israel blicken, wird in den arabischen Ländern bereits jetzt in geradezu beunruhigendem Ausmaß Blut vergossen. Die Morde in Syrien, dem Irak und Libyen werden weitergehen, gleichgültig ob Trump die US-Botschaft nach Jerusalem verlegt oder nicht.

Ob die Botschaft in Tel Aviv oder Jerusalem ist, ist belanglos für die Araber

Glaubt denn irgendjemand ernsthaft, dass es die Führer der arabischen und islamischen Länder wirklich interessiert, ob sich die Botschaft in Jerusalem oder Tel Aviv befindet? Haben diese Führer nicht genug andere Sorgen, wie etwa die iranische Drohung, die Stabilität ihrer Regierungssysteme zu unterminieren oder die Bedrohung durch den islamistischen Terror? Glaubt irgendjemand ernsthaft, die arabischen und muslimischen Massen, die mit massiver Arbeitslosigkeit, Diktaturen und Terrorismus zu kämpfen haben, würde es wirklich interessieren, ob die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem umzieht?

Auch die Christen in Ägypten werden nicht des Tempelberges wegen ermordet

Die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem wird nicht zu mehr Anarchie führen. Christen in Ägypten und dem Irak werden nicht wegen des israelisch-„palästinensischen“ Konflikts getötet. Syrer werden nicht wegen des israelisch-„palästinensischen“ Konflikts systematisch abgeschlachtet. Die Terrorgruppe Islamischer Staat ermordet unschuldige Zivilisten in der arabischen Welt und einigen Ländern des Westens nicht deswegen, weil sie über die jüdischen Besuche auf dem Tempelberg oder den Siedlungsbau verärgert ist.

Den „Palästinensern“ und Arabern fiel ein riesiger Stein vom Herzen, als sie von Trumps Entscheidung, die Verlegung der Botschaft nach Jerusalem zu verzögern, erfuhren. Sie reiben sich nun zufrieden die Hände und beglückwünschen sich selbst, dass Gewaltandrohungen funktionieren, weil selbst jemand wie Trump ihnen letztlich nachgibt. In den Augen vieler Araber und Muslime ist Trump nicht länger mehr der starke Führer, den sie noch vor wenigen Monaten gefürchtet haben. Er hat ihnen vielmehr bewiesen, dass auch er mit Erpressung und Einschüchterung zu beeinflussen ist.

Und wenn Trump einknickt, leidet die Glaubwürdigkeit der USA. Hätte Trump die Sache durchgezogen und sein Versprechen, die Botschaft zu verlegen, erfüllt, hätte er sich den Respekt vieler Araber und Muslime verdient, die ihn als einen wahren Führer angesehen hätten.

Erinnern Sie sich an das, was geschah, als Trump vor Kurzem als Reaktion auf das fortgesetzte Töten von Zivilisten durch das syrische Regime einen Raketenangriff anordnete. Viele Araber und Muslime überschütteten Trump in den sozialen Medien mit Lob, weil er Mut zeigte. Wenn Trump seine Versprechen einhält, wird er sich in den arabischen und islamischen Ländern noch mehr Respekt verschaffen.

Bassam Tawill lebt als Wissenschaftler und Journalist im Nahen Osten.

SPD-Wahlprogramm: Kein Wort zur Türkei, aber Ermahnungen für Israel

Keine Partei geriert sich momentan so anti-israelisch wie die Sozialdemokraten



Tobias SCHWARZ, AFP

Von Dr. Nikoline Hansen

In einem Interview für die Funke Medien-gruppe am 29. April 2017 erklärte der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel: „Die aktuelle Regierung ist nicht Israel, auch wenn sie das gern so darstellt. Für Israel einzustehen, darf ja nicht gleichbedeutend damit sein, zum Beispiel die Rechte der Palästinenser zu ignorieren. Unsere deutsche Haltung zum israelischen Siedlungsbau ist hinlänglich bekannt. Damit stehen wir nicht allein. Dass ich mich bei diesem wichtigen Thema auch mit Kritikern der israelischen Regierung treffe, ist weder ungehörig noch ungewöhnlich noch überraschend.“

Natürlich ist die deutsche Regierung auch nicht Deutschland. Immerhin ist davon auszugehen, dass sie demokratisch gewählt das Volk repräsentiert und für andere Regierungen erster Ansprechpartner ist. Sigmar Gabriel sah das bei seinem Besuch in Israel nicht so – vielmehr warf er der israelischen Regierung vor, die Rechte der „Palästinenser“ zu ignorieren – was angesichts der realen Lage schlichtweg unverschämte ist, denn es ist Israel, das die „palästinensischen“ Gebiete mit Strom und Wasser versorgt und immer wieder um einen dauerhaften Frieden bemüht ist.

Am 21. Juni erklärte der Sprecher des Auswärtigen Amtes Martin Schäfer: „Ich möchte Ihnen für die Bundesregierung zu der aktuellen Entwicklung in Israel Folgendes sagen: Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu persönlich hat gestern den Baubeginn der ersten neuen Siedlung seit Beginn des Friedensprozess zwischen Israel und Palästinensern angekündigt und insgesamt bis zu 3.000 neue Wohneinheiten im Westjordanland zugesagt. Der israelische Ministerpräsident hat gestern bekräftigt, dass es keine Regierung wie seine gebe, die besser für die Siedlungsbewegung gewesen sei. Wir bedauern diese Entwicklungen sehr. Wir haben bereits in der letzten Woche an dieser Stelle unsere Haltung, die Haltung der Bundesregierung dazu sehr deutlich gemacht. Ich möchte wiederholen: Als ein enger Freund, enger Verbündeter und Partner Israels sehen wir mit wachsender Sorge, dass die israelische Regierung einen Weg zu verfolgen scheint, der aus der Sicht der internationalen Staatengemeinschaft nicht nur ein Verstoß gegen das Völkerrecht ist, sondern der auch die Perspektive einer friedlichen und verhandelten Zweistaatenlösung zwischen Israel und den Palästinensern ernsthaft infrage stellt. – Ich danke Ihnen.“

Diese Erklärung folgt dem Denkmuster, das derzeit konstante Grundlage der deutschen Außenpolitik gegenüber Israel ist: Es wird kritisiert und „bedauert“, sodann die „internationale Staatengemeinschaft“ als Unterstützung dieser Position angeführt und schließlich ohne weitere Erörterung der komplexen Problematik die vermeintliche Völkerrechtswidrigkeit festgestellt, die vorgeblich friedliche Verhandlungen „ernsthaft infrage stellt“. So kommt es auch, dass auf den Seiten des Auswärtigen Amtes über die israelische Innenpolitik zu lesen ist: „Israel versteht sich als jüdischer und demokratischer Staat. Es hat keine geschriebene Verfassung. Als vorübergehender Ersatz gelten die so genannten ‚Grundgesetze‘. Bisher hat das Parlament 14 dieser Gesetze verabschiedet.“ Das hört sich so an, als sei Israel nur in seiner Eigenwahrnehmung demokratisch.

Zwei „Palästinenser“ für die SPD in Berlin

Das Auswärtige Amt ist ein Ministerium, das von der SPD dominiert wird. Lange Zeit war Sawzan Chebli, eine in Berlin gebürtige deutsche Politikerin „palästinensischer“ Abstammung, stellvertretende Sprecherin. Inzwischen ist sie „Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement“. Raed Saleh wurde 1977 in Sebastia in Samaria („Westjordanland“) geboren. Er ist Vorsitzender der SPD in Berlin, potentieller Bürgermeisterkandidat und hat soeben eine neue Debatte über die deutsche Leitkultur in Gang gebracht. Beide haben in ihrer Partei eine eindrucksvolle Karriere absolviert. Eine Partei, die sich in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl ausgesprochen deutlich in dem ansonsten eher allgemein gehaltenen außenpolitischen Teil für den „Nahostkonflikt“ interessiert, insbesondere die israelischen Siedlungen. Als sei ihre Existenz die grundlegende Bedrohung des Weltfriedens.

Auf Seite 108 des „Regierungsprogramms“ liest sich das so:

„Die Kriege und Konflikte im Nahen und Mittleren Osten sowie Nordafrika zeigen, wie dringend eine Stärkung einer völkerrechtsbasierten internationalen Ordnung und von regionalen Mechanismen, Organisationen und Institutionen zur Konfliktbewältigung sind. In Syrien und im Jemen leiden die Menschen unter den schrecklichen Folgen von Krieg, Terror und Not. Die Verwerfungen in Europas direkter Nachbarschaft haben für uns

unmittelbare Auswirkungen, nicht zuletzt durch die Migration Richtung Europa. Es ist in unserem Interesse, dass die Spirale der Gewalt und des Staatszerfalls in der Region durchbrochen wird. Es geht darum, langfristig Strukturen der Machtteilung, religiöser Toleranz und stabiler, guter Regierungsführung zu etablieren.

Gleichzeitig wird die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Angesichts der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ebenso wie angesichts der zunehmenden Instabilität in der Region muss Deutschland zusammen mit seinen europäischen Partnern weiterhin mit aller Kraft Initiativen zur Wiederbelebung des Nahost-Friedensprozesses unterstützen. Die Glaubwürdigkeit der internationalen Gemeinschaft wird gerade im Nahen und Mittleren Osten an Fortschritten beim Friedensprozess zwischen Israel und Palästina gemessen. Auf Grundlage der Vereinbarungen von Oslo ist und bleibt für uns das Ziel die Schaffung zweier souveräner und lebensfähiger Staaten im Rahmen einer Verhandlungslösung. Wir fordern, dass Handlungen, egal von welcher Seite, die einer endgültigen Friedenslösung entgegenstehen, sofort beendet werden. Es muss zu einem Stopp des illegalen Siedlungsbaus kommen. Von der palästinensischen Seite fordern wir die Ächtung des Terrors. In den palästinensischen Gebieten sind auf allen Ebenen weitere demokratische Fortschritte nötig.“

Zur Türkei schweigt die SPD

Die Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel? Das irritiert. Kein Wort zur Türkei und den Kurden, sondern – wie sollte es anders sein – eine explizite Erklärung zu den Siedlungen, die als illegal bezeichnet werden – was aus völkerrechtlicher Sicht zumindest debattierbar ist.

Auf Seite 106 lesen wir:

„Um Frieden und Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen, brauchen wir belastbare, globale Ordnungsstrukturen. Wir setzen dabei auf die Stärke des Rechts, nicht auf das Recht des Stärkeren. Und wir setzen auf die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele der UN- Generalversammlung, die die Perspektive einer sozial-ökologischen Transformation im Sinne unserer sozialdemokratischen Überzeugungen darstellen. Wir brauchen daher starke und handlungsfähige Vereinte Nationen.“ Und auf Seite 107: „Auch jenseits der Vereinten Nationen setzen wir auf multilaterale Zusammenarbeit. So wollen wir den Europarat stärken, der gerade in Bezug auf die Türkei und Russland wertvolle Arbeit leistet.“

Die SPD empfiehlt ausgerechnet die UNO als ehrbare Vermittlerin

Beide zitierten Institutionen sind nicht gerade dafür bekannt, dass sie die Situation Israels in einer feindlichen Umwelt angemessen zu würdigen wissen. So wird auch erklärbar, weshalb es notwendig ist, das „Demokratieverständnis“ Israels verbal abzuwerten. Ein ziemlich skandalöser Vorgang für eine Nation, der man angeblich freundschaftlich verbunden ist.

Dabei geht es auch anders. Das zeigen andere Parteien in ihren Bundestagswahlprogrammen:

Bei der FDP heißt es auf Seite 56:

„Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine unverminderte Fortsetzung des deutschen Engagements beim Friedensprozess im Nahen Osten ein. Dabei bleibt die Grundlage unserer Politik und Staatsräson das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Wir treten dabei für ein ausverhandeltes Zwei-Staaten-Modell mit festen Grenzen ein, bei dem Israel und ein unabhängiger palästinensischer Staat nebeneinander in Sicherheit und Frieden leben können. Dabei wollen wir ausdrücklich die guten Erfahrungen beim europäischen Friedens- und Einigungsprozess mit einbringen.“

Kurz und knapp bei der CDU/CSU auf Seite 64:

„Wir bekennen uns zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind Teil der deutschen Staatsräson. Wir treten für eine Zwei-Staaten-Lösung ein.“

Auch die Grünen können sich einen Seitenhieb auf den Siedlungsbau nicht verkneifen. Zumindest erkennen sie die besondere Verantwortung Deutschlands an – zugegebenerweise eine Plattitüde, deren Fehlen im SPD-Wahlprogramm jedoch bitter aufstößt. Auf Seite 82/83 lesen wir:

„Wir GRÜNE setzen uns weiterhin für eine Zwei-Staaten-Regelung ein, um den Fortbestand des Staates Israel als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes und zum Wohle aller seiner Bewohner*innen sowie die Schaffung eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 zu gewährleisten. Es kann nur eine gewaltfreie Lösung geben. Wir wenden uns gegen Terror. Wir lehnen illegalen Siedlungsbau ab. Wir bekennen uns zu der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem Staat Israel sowie seinem Existenzrecht und seiner Sicherheit in gesicherten Grenzen als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik. Zugleich setzen wir uns ein für das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser in Selbstbestimmung, Frieden und Sicherheit frei von Besatzung unter Wahrung ihrer Menschenrechte in ihrem eigenen, demokratischen Staat zu leben. Wir sind für die demokratische Stärkung des palästinensischen Staates, die Anerkennung durch Europa und die Aufnahme in die VN. Während wir der palästinensischen Zivilgesellschaft nicht absprechen, selbst über gewaltfreie Strategien zur Beendigung der Besatzung zu entscheiden, lehnen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Boykott Israels als Instrument deutscher und europäischer Außenpolitik ab. Wir wollen weiterhin mit allen Kräften in Israel zusammenarbeiten, die sich gegen eine Fortdauer der Besatzung und für eine Zwei-Staaten-Lösung einsetzen.“

Derweil twitterte Swasan Chebli am 24. Juli 2017 fröhlich:

„Bester Kommentar zur Lage in #Jerusalem am #Tempelberg heute in Casdorffs Agenda. @tagesspiegel“.

Andreas Castorff, Chefredakteur des Tagesspiegels, hatte sich unter dem Titel „Israels Dominanzanspruch durch Überwachungskameras“ im Ton vergriffen und behauptet „Israel will bestimmen, was an dieser Stelle geschieht. Doch das ist vielleicht der falsche Weg“ um mit dem Satz zu enden „Wenn es einen Gott gibt, dann ist er einer des Dialogs.“ Wäre das auch geklärt. Blöd nur, dass zum Dialog immer zwei gehören.

Der Katarkonflikt und die Golfkrise

Abbas-Freund Sigmar Gabriel auf Vermittlungs-Abwegen

Von Michael Guttman

In der Krise zwischen Katar auf der einen Seite, sowie Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Bahrain und Ägypten auf der anderen Seite, wird Katar bezichtigt Terroristen zu unterstützen und einseitig mit Iran politische Kontakte zu pflegen.

Die Forderungen lauten, dass Katar sich an die Beschlüsse des Golf-Kooperationsrates halten und seine Beziehungen zu Iran zurückfahren, und die Unterstützung der Moslembrüder, der Hamas und Hisbollah abbrechen solle. Außerdem soll Katar die Militärbasis der Türkei auf seinem Gebiet auflösen und den TV-Sender Al-Jazeera schließen.

Katar versucht seit geraumer Zeit Beziehungen zu allen Regimes aufzubauen: zum Iran wie zu Saudi-Arabien, zu den USA und zu Russland, zu China, zur Türkei, ja selbst zu Nordkorea. Zu Israel unterhält es seit langem diplomatische Beziehungen. Das Land ist winzig klein, aber enorm reich als größter Produzent von flüssigem Erdgas. Seine Staatsreserven belaufen sich auf 340 Milliarden US-Dollar. Ausschlaggebend ist einzig das Geld. Katar löst sich zunehmend von der Politik des Golf-Kooperationsrates und verfolgt eine unabhängige Außenpolitik. Diese Art der Politik des Geldes hat auch ihre Tücken. Sie ist überdurchschnittlich skrupellos und der Tanz auf mehreren Hochzeiten schafft auch Feinde.

Deutschland als Vermittler?

Die genannten Staaten haben eine Blockade über Katar verhängt und damit eine Golfkrise ausgelöst. Saudi-Arabien unterstütze ebenfalls Terroristen, betont die deutsche Presse. Das Ganze wurde dem Leser als eine Blitzentscheidung serviert, ohne jedoch die Hintergründe zu beleuchten. Deutschlands neuer, ahnungsloser Außenminister eilte als erster ranghoher Diplomat in die Region, um den Streit mit diplomatischen Plattheiten zu schlichten. Die Hintergründe für die Katarkrise aber sind tiefgründiger. Sie spiegeln im Wesentlichen die Hauptkonflikte des Nahen Osten wider, wie noch gezeigt wird.

In solch einem Konflikt versucht sich der deutsche Außenminister in einer Mission der Vermittlung: „Ich glaube, dass es ausreichende Möglichkeiten gibt, eine Konfliktverschärfung zu verhindern durch einen ernsthaften Dialog.“ War bisher alles nur Spaß?

Er macht sich Sorgen, „dass Misstrauen und Uneinigkeit letztlich alle Seiten und die Golfregion als Ganzes schwächen“. Aber es ist keine Uneinigkeit, sondern es handelt sich um gefährliche Feindschaften. Seine einzige reale Sorge gilt scheinbar den deutschen Wirtschaftsinteressen in Katar, Saudi-Arabien, Iran u.a. Sein Aufruf zum Dialog lautet: „Derartige Konflikte sind nur am Verhandlungstisch lösbar.“ Das Geflecht der Feindschaften, das die Region durchzieht, kennt er scheinbar nicht. Daher reduziert sich seine flache Diplomatie auf „Appelle der Vernunft. Die Staaten am Persischen Golf müssen gemeinsam gegen die Terrorfinanzierung vorgehen“. Wann greift Gabriel endlich, dass seine konzeptionslosen Vorstellungen Illusionen sind?

Generalattacke gegen Katar – nur ein Missverständnis?

Das Aufeinanderprallen begann am 23. Mai 2017 auf der Abschlussveranstaltung

der Kadetten des achten Ausbildungsdurchgangs der Nationalen Verteidigungsakademie Katars. Laut Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur KNA hat Katars Emir die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Ägypten und Bahrain beschuldigt eine Hetzkampagne gegen sein Land zu führen. Saudi-Arabien wurde nicht genannt. Die wahre Gefahr, so der Emir, stellen andere Staaten dar, die sich das Modell eines extremen Islams zueigen machten. Laut KNA habe Katars Emir seine Politik gegenüber den Organisationen Hamas, Hisbollah und Moslembrüdern verteidigt und die Anti-Iran-Politik missbilligt, weil sie dessen politisches Gewicht in der islamischen Welt und am Golf falsch beurteile. Später wurden seine Ausführungen vor den Offizieren dementiert. Stattdessen veröffentlichte das Außenministerium eine Meldung, wonach die angeblichen Worte des Emirs eine Fälschung seien, welche Hacker über KNA verbreitet haben.

Eine Fälschung? Alle zum Emir gelieferten Erklärungen konnten die Wogen der Empörung nicht glätten, insbesondere die Hackerstory nicht. Allgemein wird jedoch gemunkelt, dass russische Hacker am Werk gewesen wären. Mittlerweile erfasste die Gerüchteküche fast alle Nachrichtenagenturen. Klarzustellen ist, dass Spannungen um Katars Außenpolitik nicht zum ersten Mal auftraten. Schon 2014 hatten Sau-

„ Katars Emir versucht abzuwiegeln. “

di-Arabien, die VAE und Bahrain ihre Botschafter aus Katar abgezogen, bis Katar seine Verpflichtungen im Golf-Kooperationsrat wieder eingehalten hatte.

Katars Emir versucht die Wogen zu glätten. Das Land ist Mitglied der internationalen Koalition zur Bekämpfung des IS. Katar mischt sich nicht in Angelegenheiten anderer Staaten ein. Es bemüht sich um Stabilität in der Golfregion, und lässt sich nicht in Konflikte hineinziehen. In Katar unterhalten die USA die große Militärbasis Al-Odayed, die das Land auch vor der Gier einiger Nachbarstaaten schützt.

Sturm der Entrüstung in Saudi-Arabien

Der Ton im Fernsehkanal El-Arabia aus dem NBC-Netz in Dubai ist besonders rau:

„Katar unterhält Beziehungen zum IS, El-Kaida, Jabhat al-Nusra u.a. Es verhalf den Moslembrüdern in Ägypten an die Macht. Katars Emir sei offensichtlich enttäuscht von dem erfolgreichen Gipfeltreffen mit US-Präsident Trump in Saudi-Arabien, wo eine Isolation des Irans, die Zerschlagung des IS und eine strategische Zusammenarbeit mit den USA beschlossen wurden“, schreibt El-Arabia und beschuldigt den Emir des Verrats, der Spaltung des Golf-Kooperationsrates und wirft ihm „Dolchstoßpolitik“ vor. „Jahrelang hat Katars Emir die Probleme unter den Teppich gekehrt. Nun hat er seine Maske fallen lassen. Das reiche kleine Katar möchte den Saudis den Rang abjagen.“

Die Warnung an Katar ist eindeutig: Keine Alleingänge. Als man in Doha verstanden hat, dass die Gratulationen



Katar liegt zwischen den Erzfeinden Iran und Saudi-Arabien.

aus Iran, von Hamas, Hisbollah u.a. dem kleinen Katar eher schaden, begann ein Einlenken. Dazu Katars führende Zeitung El-Vatan: „Wir stehen an der Seite Saudi-Arabiens, unseres großen Bruders. Beide Staaten sind ein Volk vom selbem Blut und mit gleichem Schicksal.“

dan (3 Millionen).

Seit der iranischen Revolution von 1979 ist klar, dass der ethnisch-religiöse Eifer der Ayatollahs die Interessen der Schiiten weder im Iran noch außerhalb vertritt, sondern sie immer mehr in die Enge treibt. Im Libanon rüstet der Iran die Hisbollah, eine schiitische Partei, zum Staat im Staate auf. Im Gaza rüstet sie die Hamas zum Bruderkrieg der „Palästinenser“ auf. Beide verwickelt sie in kriegerische Abenteuer gegen Israel. Gewiss führt auch Saudi-Arabien Krieg in Jemen – nur eben auf der Seite der Regierung, und als Reaktion auf die vom Iran aufgewiegelten Houthi-Rebellen.

Scholl-Latour erkannte früh die Bestrebungen des Irans

Irans Einmischung hat den seit 2004 im Norden des Landes schwelenden Sa'dah-Konflikt auf ganz Jemen ausgeweitet. Das Ayatollah-Regime betreibt aktiv mehrere Kriegsabenteuer und bedroht die Golf- u.a. Nahost-Staaten, ohne sich im Geringsten um das Schicksal der Minderheiten ihrer schiitischen Glaubensbrüder zu scheren. Der Patriarch unter den westlichen Nahost-Experten, Peter Scholl-Latour, warnte beizeiten vor dem territorialen Expansionsdrang Irans. Er erkannte die Parolen der Ayatollahs in Form von Morddrohungen gegen die USA und der Tilgung eines Staates von der Landkarte (Israel). Es folgten massive Einmischung in Irak nach dem Sturz von Saddam Hussein, Versuche von Regierungsstürzungen, Export der iranischen Revolution etc. Nichts haben die Politiker Deutschlands daraus gelernt.

Heute weiß niemand mehr, wohin der Iran steuert, wie man eine Versöhnung zwischen Iran und den Arabern der Golfregion erreicht. Der Aufruf des Kuwaiti Chalil Ali-Hidar an die Schiiten, ihre Stimme zu erheben und den Iran öffentlich zu kritisieren, um einen weiteren Absturz in eine ethnisch-religiöse Katastrophe zu verhindern, wird kaum Erfolg haben. Wo bleibt die Hilfe aus Deutschland und Europa?

Es ist nicht mehr der Streit zwischen Schiiten und Sunniten schlechthin, der den Nahen Osten bedroht und die Welt plagt. Es handelt sich um die ä-

In blumiger Sprache, voller Metaphern, mit Drohungen und Schmeicheleien tragen die Araber am Golf ihre Konflikte aus. Eine sachliche Argumentation ist selten gegeben. Es ist absurd, dem Iran und den Terrordoktrinen seiner Vasallen eine Legitimation zu geben, denn bisher haben sie die Spannungen im Nahen Osten nur verschärft. Die Beilegung des Golfkonflikts ist ohne Hilfe durch erfahrene Demokratien kaum denkbar.

Ein Streit zwischen Sunnah und Schiah?

Auf den ersten Blick scheint die Katarkrise ein Bestandteil des ewigen Streits um die rechtmäßige Nachfolge Muhammads zu sein, die so viele gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Sunniten und Schiiten erklärt. Doch der Schein trügt.

Anfang 2017 veröffentlichte der kuwaitische Schiit Chalil Ali-Hidar anlässlich der ersten Katarkrise einen Aufruf an die Schiiten: „Die iranische Einmischung in die Angelegenheiten der arabischen Golfstaaten schadet in erster Linie den schiitischen Minderheiten (in Kuwait, Irak, Bahrain, Saudi-Arabien, Pakistan, Libanon u.a.). Sie müssen sich dagegen wehren.“ In der Tat zahlen sie einen hohen Preis für Irans Aggressivität in Form von Diskriminierung, Raube und Vertreibung. Irans Aggressionen sind in Deutschland als Flüchtlinge aus Syrien ebenfalls zu spüren, wo das Assad-Regime Irans militärische Unterstützung in vollem Maße genießt. Syrien führt mit 12 Millionen Flüchtlingen die UNO-Flüchtlingslisten an. Weit vor Kolumbien (7 Millionen), Afghanistan (4 Millionen), Irak (4 Millionen) und Su-

berst aggressive Islamische Republik Iran, die nach Hegemonie strebt und sich fortwährend in der arabisch-islamischen Welt einmischt.

An der Schwelle eines Krieges im syrisch-irakischen Grenzgebiet?

„Die USA werden teuer bezahlen, wenn sie sich uns in Syrien in den Weg stellen“, lautet eine direkte Drohung der „Achse des Widerstands“.

Die Allianzen, die sich mittlerweile im Nahen Osten gebildet haben, sind:

Die sogenannte Achse des Widerstandes, geführt vom Iran. Ihr gehören an: Der Assad-Clan der Alawiten, eine Abspaltung der Schiiten, der seit Jahrzehnten die sunnitische Mehrheit unter der Knute hält; die libanesische schiitische Hisbollah; die Türkei, einst ein erbitterter Gegner des Assad-Regimes; vom Iran rekrutierte schiitische Söldner aus Irak, Afghanistan und Pakistan. Unterstützt wird die Achse durch Russland. Fragt man Anhänger, gegen was und wen sie Widerstand leisten, lautet die Antwort: „Gegen den USA-Imperialismus.“

Die USA führen die Koalition gegen den Islamischen Staat IS an, indem sie die Luftinsätze Englands, Frankreichs und deren Unterstützung durch westliche Staaten, darunter Deutschland, koordinieren. Die Koalition unterstützt die Syrische Demokratische Front (SDF) und die Kurden am Boden.

Iran reicht bald ans Mittelmeer

Am 9. Juni 2017 erreichten die Kräfte der „Achse des Widerstands“ das syrisch-irakische Grenzgebiet. Wenn sie hier Fuß fassen, werden sie territoriale Verbindungen vom Persischen Golf bis zum Mittelmeer kontrollieren. Der militärische Führer dieser Expansion

ist der iranische Kommandeur der Al-Kuds-(Jerusalem-)Verbände der Revolutionsgarden, Kassam Suleiman, jener berüchtigte General, der schon Aleppo in Schutt und Asche gelegt hat.

In den letzten Wochen nahmen die direkten Drohungen seitens des Irans gegen die USA zu. Für den Fall, dass US-Soldaten getroffen werden, drohten die USA mit schweren Konsequenzen für den Iran. Im Gegenzug drohte Iran mit einer Kriegserklärung gegen die USA, wenn die Luftangriffe verschärft würden. Parallel zu ihren Bestrebungen, die Herrschaft über das syrisch-irakische Grenzgebiet zu sichern, unternahmen die Iraner auch Anstrengungen, die syrisch-jordanische Grenze unter ihre Kontrolle zu bringen und sich so der israelischen Grenze zu nähern. Man darf gespannt sein, wie die Bundesrepublik, die Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson deklariert, darauf reagieren wird.

Irans Nachrichtenagentur PHARS erklärte dreist, die Bedeutung der Kämpfe an diesen Grenzen folgendermaßen: „Der Sturz Assads oder die Teilung Syriens bedroht die Sicherheit Irans.“ Für den Westen bleibt nur noch die Scheinalternative, dass sich Amerika heraushält und die „Achse des Widerstandes“ gewähren lässt. Das aber würde in einem Desaster enden. Iran ist heute zweifellos der aggressivste Staat der Welt. Es stehen stürmische Zeiten bevor.

Der Islamische Staat bricht zusammen – nun beginnt der Kampf um sein Gebiet

Die „Achse des Widerstands“ wird immer dreister. Ein russischer SU-22-Kampfflugzeug der syrischen Armee attackierte im Juni 2017 Oppositionelle der „Syrischen Demokratischen Front“,



Der Saudi-König (links) im Gespräch mit dem Emir von Katar.

worauf eine F-18-Super Hornet diese Maschine abschoß. Mit diesem spektakulären Luftduell gerieten erstmalig seit dem Syrienkrieg Kampfflotten der Allianzen direkt aneinander.

Auch am Boden kam es nahe der Stadt Rakka zu direkten Gefechten zwischen den von den USA geführten kurdisch-arabischen Kräften gegen Assads Armee, unterstützt von iranischen Drohnen. Ein Konvoi von schiitischen Milizen (Hisbollah und iranische Kämpfer) näherte sich dem US-Trainingslager, worauf die US-Armee das Feuer eröffnete. In der Banias-Region Syriens errichtete der Iran eine Produktionsstätte für Langstreckenraketen. Luftkämpfe zwischen Assads Armee und Israel wurden provoziert etc. In dem Maße wie der IS auch in Syrien kollabiert, gehen die Kämpfe in einen

Wettlauf um die Kontrolle der befreiten Gebiete Ost-Syriens über.

Die SDF, die aus Kurden und arabischen Sunniten besteht, stehen mittlerweile vor der IS-Hochburg Rakka. Von Süden nähern sich die syrische Armee, Hisbollah und Irans Revolutionswächter. Syriens Despot Assad und die iranische Regierung wollen dem IS die dünnbesiedelte Grenzregion zwischen Irak und Jordanien entreißen. In Rakka haben sich bis zu 5.000 IS-Kämpfer verschanzt.

Das Geschwätz des ahnungslosen Gabriel

Der Kampf um die Konkursmasse des IS in Syrien kann noch schwieriger werden als im Irak. Damaskus spekuliert darauf ganz Syrien wieder unter seine Kontrolle zu bekommen. Teheran eröffnen

sich erstmals Möglichkeiten, seine Träume von einem durchgehenden Landkorridor vom Persischen Golf bis zum Mittelmeer zu realisieren. Klar ist, dass die anderen Golfstaaten und die USA dies verhindern wollen. Dieser Konflikt ist auch der Kern der Katar-Krise und nicht das Blabla von Gabriel über die Einigung aller Staaten gegen Terrorismus.

Die arabischen Golfstaaten mobilisieren gegen Irans weitere Expansion. Katar hat inzwischen auf den Druck der Golfstaaten seine Antiterrorgesetze durch Definitionen und Listen verschärft. Während die Koalition unter Führung der USA durch die Katar-Krise noch zerstrittener zu werden droht, erweist sich die Achse Teheran-Damaskus-Ankara entschlossen und zu allem fähig. Um die Flüchtlinge schert sich diese Allianz so wenig wie zuvor der IS.

Kampfkunstschule Mikoyan Karate, Kampfkunst, Selbstverteidigung

Kampfkunst und Nahkampf wie Systema liegen voll im Trend. Wachsende Kriminalität macht Selbstverteidigung immer wichtiger. Der erfolgreiche Weg zur körperlichen und geistigen Stabilität beginnt mit der Wahl der richtigen Kampfschule. Aram Mikoyan hat diesen Trend erkannt und bietet in seiner Kampfkunstschule auf die Bedürfnisse der Schüler abgestimmten Unterricht.

Er schult den Umgang und das Verhalten in möglichen Gefahrensituationen und stärkt zugleich das Selbstbewusstsein. Ob Manager, Hausfrau oder Schüler, jeder kann in eine gefährliche Situation geraten. So bietet die Kampfsportschule verschiedenste Kurse bereits ab dem 3. Lebensjahr.

Von Kinderkarate, Frauen-Selbstverteidigung bis Senioren-Selbstverteidigung dienen die Kurse der Stärkung des Selbstbewusstseins, der Verbesserung der Konzentrationsfähigkeit und dem Stressabbau. Die Kampfkunstschule bietet auch Kurse in den Bereichen Karate, Nahkampf Systema, Kyokushinkai, Tae-Kwon-Do, Kickboxen, Thaiboxen, Boxen, MMA.

Die Kampfkunstschule zeigt sich mit erfahrenen und erfolgreichen Meistern in einer puristischen und angenehmen Unterrichtsatmosphäre und einem qualitativ hochwertigen Equipment.

Im Trend liegt auch der angebotene Nahkampfstil „Systema“. Aram Mikoyan trainierte selbst 8 Jahre beim Schöpfer des Stils und kann dadurch das Original aus erster Hand wiedergeben.

Wir befinden uns im Herzen der City Berlin West, nur wenige Gehminuten vom Kurfürstendamm, in der Uhlandstraße.



Kontakt:
Uhlandstraße 19 10623 Berlin
Tel.: +49 (0)30 88 6281 80
eMail: kontakt@kampfkunstschule-mikoyan.de
Weitere Informationen unter
www.kampfkunstschule-mikoyan.de



**KAMPF
KUNST
SCHULE
MIKOYAN**

Die IS-Rekrutierung der evangelischen Konfirmandin Linda W.

Die Sinnkrise des einseitig erblindeten Gesinnungsjournalismus

Von Seth Frantzman

Vor kurzem wurde eine deutsche Konvertitin, die eine „jugendliche IS-Braut“ geworden war, aus den Ruinen Mossuls gezogen. „[Sie stammte] aus der Kleinstadt Pulsnitz bei Dresden und wurde von Soldaten zusammen mit einer Gruppe von zwanzig anderen, vermutlich ausländischen weiblichen IS-Kämpferinnen am Donnerstag in einem Tunnel unter der Altstadt gefunden“, schrieb der Telegraph. Einem anderen Bericht zufolge kamen die anderen Frauen aus Russland, der Türkei, Kanada und Tschetschenien.

Als ich darüber auf Twitter berichtete, erhielt ich einen Sturm von Kritik westlicher Journalisten, die mir vorwarfen, zum Lynchen eines Kindes aufzurufen, das „einer Gehirnwäsche unterzogen wurde“. Westliche Journalisten scheinen eine besondere Sympathie für westliche Konvertiten zu hegen, besonders für weiße Westeuropäer, die sich dem IS anschließen und nach Syrien und in den Irak gehen, um ihm beizutreten. Sie ignorieren die Tatsache, dass diese Personen mehrere Hindernisse überwinden mussten, um dem IS beizutreten. Örtliche IS-Mitglieder stammen oft aus der Gegend von Mosul, aus den Sunni-Stämmen. Sie sollen angeblich aus der unteren Mittelschicht kommen.

Ich bin einem solchen IS-Mitglied einmal begegnet, das aus Hamam al-Alil in ein Jugendgefängnis kam. Seine Geschichte könnte vielleicht repräsentativ für andere junge Männer sein, die beigetreten sind. Der Prediger der Nuri-Moschee erklärte in einem Interview mit Rudaw ähnliche Gründe über die Unterstützung des IS, die Ortsansässigen hassten die irakische Regierung und suchten im IS ihr Heil. Sie wollten das „Kalifat“, wären aber bestürzt über einige der Grausamkeiten. Sie bringen Entschuldigungen für ihre Unterstützung des Genozides an den Jesiden und der Missbräuche vor.

Aber die ausländischen Freiwilligen haben solche Entschuldigungen nicht. Sie haben nicht unter Nouri al-Maliki gelebt, sie wurden nicht „entrechtet“ oder mussten sich einfach für „das kleinere Übel“ entscheiden. Die ausländischen Freiwilligen haben meistens online etwas über den IS gelesen und sind durch ihre Kontakte oder Freunde dazu gekommen. Sie sind besonders deswegen beigetreten, weil der IS ihnen Sklaven versprach und eine Chance, zu morden und ein zügelloses Leben zu führen. Ihnen fielen dann die Schuppen von den Augen, als sie nach ein paar Vergewaltigungen und Morden und Spielen mit Waffen erkannten, dass das Leben dort nicht so großartig war wie versprochen. Viele Frauen wurden mehrmals an ausländische Freiwillige verkauft, um vergewaltigt zu werden. Das Hauptversprechen des IS war die Chance zu dominieren, sich überlegen zu fühlen und zu vergewaltigen. Das war nicht eine Art Geheimnis, wie Auschwitz bei den Deutschen. Es war ein zentraler Aspekt der IS-Rekrutierungsstrategie. Sie boten eine Art Urlaub für den Dschihad an.

Viele IS-Mitglieder kamen aus zerrütteten Verhältnissen

Nun haben diejenigen, die in muslimischen Familien in Europa aufgewachsen



Selbst aus der sächsischen Provinz wurde eine junge Frau zum „Islamischen Staat“ gelockt.

waren und sich dem IS anschlossen, sich dem Extremismus mit der Zeit zugewandt. Viele stammten nicht aus religiösen Familien und fast alle IS-Mitglieder sind berüchtigt dafür, Trinker oder Drogenkonsumenten gewesen zu sein, Straftäter und sexuell Pervertierte und damit scheinbar das Gegenteil von dem, was der IS ist. Aber das ist ein Missverständnis, denn der IS versprach keine schnellen Autos und Vergewaltigungen. Er nahm den Alkohol weg, versprach aber den Freiwilligen das gute Leben. Der IS stellt eine hedonistische Welt dar, die die Aggression der Menschen – die Fußball-Hooligans hätten werden können – zulässt, um ihre Wut zu anderen Zwecken zu nutzen.

Für Konvertiten auf dem Weg zum ISIS ist die Lage aber ein bisschen anders. Es gibt hunderte Geschichten über das Konvertiten-Phänomen, denn die westlichen Medien finden es exotisch und fragen heimlich: „Hätte ich das sein können?“ Süffisante Details türmen sich und die Medien scheinen das „Warum“ zu mystifizieren. Der IS hat es auch besonders auf Frauen abgesehen, und fand Konvertiten bei den Hindus und den nominal christlichen Bevölkerungen. Einige waren reiche Konvertiten mit einer langen Hintergrundgeschichte des Extremismus. Die Zahl der Konvertiten, die sich dem IS anschlossen, liegt im Dunkeln. Wir wissen, dass rund 5.000 oder mehr aus Europa kommen. Man kann sicher davon ausgehen, dass ca. 10 % oder weniger Konvertiten waren.

Wenn Kommentatoren darüber sprechen, was Menschen zum IS treibt und behaupten, dass der IS unsere Gesellschaft „spalten“ will, dann ignorieren sie das Phänomen der ausländischen Kämpfer. IS-Konvertiten aus dem Westen haben nicht unter Rassismus und Diskriminierung gelitten, besonders nicht, wenn es sich um weiße Konvertiten handelt.

Ihre Geschichten haben einen Schlüssel: Privileg. Sie waren privilegiert, normalerweise Europäer aus der Mittelschicht. Sie unterscheiden sich nicht groß von westlichen Konvertiten, die den Niqab anziehen und konvertierten. Forschungen belegen, dass viele gut gebildet sind und aus der Mittel- oder Oberschicht stammen.

Die Islam-Konvertiten hatten viel Zeit für bewusste Entscheidungen

Lassen Sie uns jetzt über die Hindernisse der konvertierten ausländischen Freiwilligen sprechen. Wir hören viel von „Gehirnwäsche“ und „Kindern“ und „Frauen“. Das ist eine willkommene Entschuldigung. Westliche Frauen sind normalerweise gebildet, gleichberechtigt und privilegiert in der Welt. Sie zu Opfern und zu „IS-Bräuten“ zu machen dreht die Wirklichkeit ihrer Welt um. Es gibt keine Beweise dafür, dass sie eine „Gehirnwäsche“ erlitten haben, oder dass jede westliche Frau, die dem IS beitreten will, eine Art „IS-Braut“ wird. Tatsächlich ist das Gegenteil bewiesen, nämlich dass einige dieser Frauen bei Misshandlungen und Folter involviert waren, dass sie an der Seite der Männer Gewaltverbrechen begingen. Es gibt auch Beweismaterial, dass sie Komplizen beim Missbrauch der Jesidinnen waren. Jesidinnen sind sogar manchmal in Kontakt mit westlichen Frauen im IS gekommen, als sie missbraucht und verklavt wurden. Es gibt keine Beweise dafür, dass diese westlichen IS-Unterstützer irgendwelchen Genozid-Opfern geholfen hätten. Sie haben ihnen nicht geholfen, mit ihren Verwandten Kontakt aufzunehmen oder zu fliehen. Dahingehend waren sie Komplizen bei Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese freiwilligen westlichen weiblichen und männlichen Kon-

vertiten wussten über den Genozid seit 2014-2015 Bescheid und haben sich trotzdem angeschlossen.

Warum also machen unsere Medien Schuldige zu Opfern? Warum sprechen sie nicht zuerst von den Opfern des IS in den Lagern Speicher und Sinjar? Warum sind in ihren Augen nicht das die wirklichen Opfer? Warum werden westliche Konvertiten aus privilegierten Familien mit Geld, die sich damit brüsten, Frauen zu verkaufen und zu vergewaltigen, die in den Mittleren Osten reisen, um am Genozid teilzunehmen und die KKK- und Naziverbrechen des 21. Jahrhunderts zu begehen, als irgendwie unschuldig betrachtet?

Der IS hatte mehr westliche Helfer als die Kurden

Es gibt noch einen anderen interessanten Aspekt der Zahl westlicher konvertierter Freiwilliger. In vielerlei Hinsicht repräsentieren sie die Kollaborateure, die die Nazi-Partei im Zweiten Weltkrieg unterstützten. Halten sie sich die Anzahl der wenigen Menschen aus dem Westen vor Augen, die sich Anti-ISIS Gruppen wie der YPG und der Peschmerga anschließen. Es sind sehr wenige. Ein paar hundert vielleicht. Aber 5.000 gingen zum IS. Das bedeutet, 5.000 wollten den Genozid und nur eine Handvoll wollte die Menschenrechte. Die Konvertiten kamen aus den selben Verhältnissen, die einen wollten eine Art Nazi-Völkermord, die anderen wollten den Faschismus bekämpfen. Das ist die Aufspaltung im Westen zwischen den verschiedenen Freiwilligen.

Aber wir müssen sie zur Rechenschaft ziehen und sie verantwortlich machen. Sie nicht alle als Opfer vorführen. Die meisten von ihnen sind es nicht. Konzentrieren sie sich auf die wirklichen Opfer des IS, von denen viele überhaupt noch nicht gefunden wurden.

Übersetzung: Jan Bentz

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

tik, statt in unserem Land auf die kaum noch reversible massive negative Veränderung unseres Lebens, unseres Denkens und unseres Verhaltens hinzuweisen.

Eine zahnlose, links-ideologisierte 68er-Justiz, die Gesinnungs-immanente Nichtanwendung von Strafgesetzen bei islamischen und linken Straftätern, die bis zur Lächerlichkeit reichende Herabsenkung der Hemmschwelle für neue Straftaten aus diesem Bevölkerungskreis durch Politik-gewollte massive Entproportionalisierung und Herabsetzung von Strafmaßen bei Islam-korrelierten Gewalttaten tun ein Übriges.

Größere Events im Bereich Sport und Kultur, Karnevalsumzüge, Weihnachtsfeste, Fanmeilen werden immer häufiger abgesagt oder weniger besucht. Nahezu jeder harmlose Gang in den Supermarkt und jede U-Bahn-Fahrt sind in unseren Städten zum echten Survival-Trip geworden, so wie die gesamte Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel zwischenzeitlich zum täglichen Risiko für Leib und Leben gewachsen sind. Badeveranstaltungen und Freibäderbetriebe lassen sich zum Schutz vor sexuellen Übergriffen überhaupt nur noch unter einem Großaufgebot von Sicherheitskräften aufrecht erhalten.

Was für den nichtjüdischen Bevölkerungsanteil zur täglichen, nahezu in allen Lebensbereichen spürbaren Erschwernis geworden ist, ist für die hiesige jüdische Minderheit eine schnell voranschreitende, immer deutlicher werdende Verunmöglichung eines normalen Lebens in Sicherheit und Würde, und lässt sich häufig nur noch unter Verleugnung der eigenen jüdischen Identität bewältigen.

Von der Politik nur widerwillig oder kaum und von dem sich bei der Kanzlerin und ihren Polit-Epigonen, ganz anders als zu Zeiten Galinskis und Bubis, allzu sehr anbiedernden Zentralrat der Juden nur zögerlich thematisiert, hat die von der Kanzlerin noch 2015 lauthals propagierte verantwortungslose Islameinlass-Politik nur etwas mehr als 70 Jahre nach dem Ende der Judenverfolgung und nach der Ermordung von 6 Millionen europäischer Juden diesem Land nicht nur einen massiven Zuwachs von allgemeinen islamischen, die Schwächen des Rechtsstaates für sich ausschöpfenden, aber keinesfalls mit dem Rechtsstaat konformen islamischen Feinden unserer säkularen, Religions-toleranten freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung beschert, sondern vor allem Tür und Tor geöffnet für einen neuen gewalttätigen, virulenten islamischen Antisemitismus eines in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands und Westeuropas nie dagewesenen und nicht einmal geahnten Ausmaßes.

Das Problem wiegt umso mehr als es sich hierbei nicht um den an dieser Stelle keinesfalls zu negierenden tradierten alltäglichen Judenvorbehalt der christlichen Gesellschaft und den Antisemitismus einiger ewiggestriger durch das Sinn-entleerte Leben am Rande der Debitilität taumelnder, tumbrer Neo-Nazi-Glatzen handelt.

Der in den Ursprungsländern der islamischen Migranten und der durch den neuen Menschenzuwachs verstärkt infizierten hier ansässigen Muslime – auch in der heutigen Türkei – zur Staatsdoktrin erhobene, Mord-lüsterne islamische Judenhass ist

durchaus kompatibel mit dem Judenvorbehalt und der Israel-Feindschaft des hiesigen linken Mainstreams, der zwischenzeitlich sowohl unsere Politik als auch unsere Medien dominiert und das Phänomen des nicht mehr zu übersehenden ideologisierten Israelhasses und antijüdischen Vorbehalts ebenso sehr auslebt wie leugnet.

Erst kürzlich war gut zu sehen, wie ein hervorragend recherchierter Bericht über diese Form des Antisemitismus im Konsens mit unserer Politik vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen verhindert werden sollte. Die dann doch erzwungene Veröffentlichung wurde letztendlich durch Verunglimpfung der Initiatoren und erzwungene Zusatzkommentierung von der linken Redaktion und einem ungeniert falsch-gewichtete Aussagen verbreitenden Programm-Direktor inhaltlich in Frage gestellt und öffentlich in ihrer Bedeutung kleingeredet. Hinter den Kulissen endet das mutige und ehrliche Auftreten der Autoren durch repressive Maßnahmen des Regierungsnahen linken Senderklüngels wie üblich durch berufliche Erschwernisse.

Das Ergebnis der Islameinlass-Politik indessen sind sich immer mehr ausweitende No-Go-Areas in zusehends islamisch dominierten Stadtbereichen, die von Juden im Interesse der körperlichen Unversehrtheit besser nicht aufgesucht werden sollten.

Das Ergebnis sind aus deutschen Schulen mit hohem Islam-Anteil dauerhaft hinausgeprägelter jüdische Schüler und zwar unter fürsorglichem Wegsehen der verantwortlichen Lehrer, der Schulleitungen, der Behörden und der nichtjüdischen Elternbeiräte.

Das Ergebnis der Politik der Kanzlerin und ihres Gesinnungstrosses sind auf derartigen an Zahl sprunghaft zunehmenden und an Bildungsniveau deutlich verfallenden Lehrinstituten der Verzicht auf Unterricht über Holocaust und ausgewogene Behandlung des Nahostkonflikts.

Das Ergebnis ist trotz nicht mehr wegzudenkender Sicherheitserfordernisse für alle jüdischen Einrichtungen und Veranstaltungen nur 70 Jahre nach Ende des Nazi-Horrors schon wieder die Angst jüdischer Eltern um die Sicherheit und das unbeschwertere gleichberechtigte Aufwachsen ihrer Kinder in eben diesem Deutschland, in dem bezeichnenderweise die antisemitischen islamischen Gewalttäter unbehindert und unangefochten leben können und ohne jemals die entwürdigenden Schutzmaßnahmen beanspruchen zu müssen, denen sich die Juden zusehends und verstärkt angefeindet zu unterwerfen haben.

Das Ergebnis unserer Politik ist, dass der jederzeit wieder aufstachelbare arabische Mord an Juden in Israel, eine von den islamischen Terrorbossen verordnete Verschärfung der dortigen Konfliktlage oder eine Hassrede von Terrorfreunden wie Abbas oder Diktatoren wie Erdogan zu einem jederzeit wiederholbaren Spießrutenlauf für die hiesigen Juden wird, in dem sie körperlichen Angriffen und nahezu ungeahndeten „Juden ins Gas“-Rufen ausgesetzt sind.

Die achselzuckende Empfehlung unserer Ordnungsbehörden an die Juden, sich doch einfach zu demarkieren und die Zeichen der jüdischen Identität zu verbergen, ist nicht nur eine böswillige judenfeindliche Bankrotterklärung der noch vor Amtsantritt dieser Kanzlerin ihre freiheitlich-de-

mokratischen Werte hochhaltenden Bundesrepublik Deutschland. In unserem Land, in dem islamische Vorschriften und islamische Kleiderordnung zusehends unseren Alltag bestimmen, ist diese offiziöse Empfehlung an die Juden, tunlichst nicht aufzufallen, Kippot und Davidsstern zu verbergen, bestimmte zunehmend größer werdende Stadtbezirke zu meiden und keine israelischen Fähnchen oder T-Shirts bei Sportveranstaltungen zu zeigen, um die dieses Land mit Hilfe unserer Politik und Justiz immer deutlicher vereinnahmenden Muslime ja nicht zu beleidigen oder zu provozieren, ein ebenso Empathiefreies wie zynisches Zeichen höchster Missachtung und Entwürdigung jüdischen Lebens durch unsere vermeintlich gutmenschliche linksdurchseuchte Politik. Es ist schlichtweg eine weitere Form des Antisemitismus, die das alljährlich von unserer unsäglichen Politik und der Kanzlermannschaft praktizierte Alibi der Gedenkveranstaltungen für tote, von Nazi-Deutschland ermordete Juden nur noch scheinheiliger, widerwärtiger und verlogener macht.

Last but not Last, das Ergebnis der Kanzler-Politik ist die Vertreibung der Juden aus Deutschland und ein Umtausch der weit über anderthalb Jahrtausende alten jüdischen Präsenz und Verflechtung mit der Kultur dieses Landes gegen eine atavistische und kulturverachtende muslimische Zuwanderung.

Wie die Umfragewerte zu den bevorstehenden Wahlen zeigen, erfreuen sich diese Kanzlerin und ihre politischen Seitengänger, zu denen auch der sich längst nur noch als als Mehrheitsbeschaffer für Frau Merkel sehende Krüppeltorso der Schröder-SPD zu zählen ist, bei dem offensichtlich alles verzeihenden und vergessenden deutschen Wähler unverständlicherweise immer noch einer hinreichenden Mehrheit.

Dies ist für eine Kanzlerin, die ihre eigenen früheren Aussagen und die früherer Kanzler zur Einwanderung und Sicherheit ihrer Bürger ad absurdum geführt, die treuwidrig und entgegen ihrem Amtseid den kulturellen Suizid dieses Landes eingeleitet und den Untergang des für alle lebenswerten über die Nachkriegsjahrzehnte dieser Republik Wohlergehen und Freiheit bescherenden freiheitlich-demokratischen Rechtssystems maßgeblich zu vertreten hat, die alle nicht mehr zu übersehenden Probleme weitestgehend schweigend aussitzt und die nicht einmal mehr einen Wahlkampf für ihre Stimmen betreiben muss, ein beachtlicher Erfolg. Ob es auch einer für den deutschen Wähler ist, darf man mit großer Skepsis betrachten.

In diese Skepsis ist durchaus auch die hauptsächlich von außenpolitischen Fehlentscheidungen getragene Außenpolitik dieser Kanzlerin und ihrer Mannschaft zu sehen.

Von der kurzfristigen Islam-Affinität und der Unterstützung der Muslim-Brüderschaft in Ägypten, von der Abbas-Finanzierung bis zur mittelbare <ftp://seitenempfang:beethov en@193.30.62.56> n Hilfe für den Terror in und aus Gaza, von der bis ins Groteske gehenden Anbiederung bei dem gewissenlosen Diktator, Menschenrechtsverletzer, Pressefreiheit-Ausheber, Kurden-Bombardierer, Israel-Hasser und Islamisten Erdogan bis zur ideologischen Anfeindung der

USA – von Israel gar nicht zu reden – ist die Bilanz der Merkel'schen Falsch einschätzungen eher ernüchternd.

Trotzdem – dem deutschen Wähler und den Manipulationsmedien sei's gedankt – eine Wiederauflage der großen Koalition, diesmal mit dem Israel-Wasserlügen-Erzähler und der politischen Nullnummer Schulz als Vizekanzler, dem Israel-Hasser und Terror-Abbas-Freund Gabriel als Karikatur eines Außenministers sowie vermutlich der Herausgeber-Schwester des Islamismus-nahen „Muslim-Markts“ Aydan Özoguz als Integrationsbeauftragte und dem einseitig erblindeten Heiko Maas als Justizminister zeichnet sich ab. Dazu der ohnehin schon rechtzeitig ins Amt hineinproporzte „Atom für den Iran“-Bereiter F.W.Steinmeier als Bundespräsident.

Ob dieses Land wirklich gestärkt in seinen Funktionen als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat aus dieser nächsten Merkel'schen Regierungskadenz hervorgehen wird, darf ganz sicher bezweifelt werden. Jedenfalls verspricht dies nicht einmal die Kanzlerin.

Die zwischenzeitlich nicht nur auf die faktisch ausgegrenzte jüdische Minderheit beschränkten, sondern mit Ausnahme der Muslime konfessionsübergreifend zunehmenden Auswanderungsabsichten nicht weniger besorgter, originärer und dem westlichen Lebensideal nahestehender Bürger dieses Landes wird der sich abzeichnende suizidale Wahlalptraum nicht wirklich eindämmen.

Dennoch dürfen die nächsten vier Merkel-Jahre noch als positiv angesehen werden gegenüber den in nicht allzu ferner Zukunft bevorstehenden Regierungskadenz, in denen eine künftig Populations-gestärkte, in dieser politischen Gemengelage unausweichlich auf uns zukommende Islampartei im Bundestag oder gar in der Regierung mitbestimmen wird.

Die USA, mit und ohne Präsident Trump, die Russische Föderation mit und ohne Putin, die auf Zuwanderungsgrenzen gegenüber dem Islam vorsichtig agierenden und deshalb von unseren EU-Bessermenschen an den Pranger gestellten Staaten Osteuropas werden die Entwicklung in Merkel-Deutschland sicher überstehen. Ob man das von Deutschland und Westeuropa sagen kann, wird die Zukunft weisen. Die Aussichten hierfür sind eher überschaubar.

Wichtig aber ist auch, das demokratische Israel wird überleben. Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Schulz und Herr Steinmeier sowieso. Ebenso die Mogherinis, die Wallströms und die Trudeaus. Ganz sicher aber die Hamas, die Hisbollah, Herr Erdogan, Herr Abbas und die iranischen Mullahs auch.

Das jüdische Volk hat in seiner harten und leidvollen Geschichte bisher alle seine Feinde überlebt und gedenkt diesen Überlebenswillen auch jetzt nicht aufzugeben.

In diesem Sinne allen unseren Lesern, und allen, die es noch werden, Ihnen und uns allen, vor allem aber dem neuen Staat Israel, für den im August des Jahres 1897, vor 120 Jahren Theodor Herzl in Basel den theoretischen Grundstein gelegt hat, ein herzliches Schalom und alles erdenklich Gute!

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Noch sieben Wochen weder Wahl noch Kampf

In 50 Tagen sind Bundestagswahlen – und keiner merkt's



Von Matthias Heitmann

Wenn Angela Merkel öffentlich Olaf Scholz von der SPD verteidigt, dann wird eines klar: Es ist Bundestagswahlkampf, allerdings ohne Wahl und auch ohne Kampf. Zeitgeisterjäger Matthias Heitmann und „Antenne Frankfurt“-Moderator Tim Lauth reden in der aktuellen Ausgabe der Radio-Kolumne „Der Wochen-Wahnsinn“ über die politische Langeweile neun Wochen vor den Wahlen.

Das Erschütterndste an der Ödnis aber ist: Früher konnte man sich wenigstens auf das Ende des Wahlkampfes freuen. Auch das fällt nun flach.

Tim Lauth: Wir gehen wir auf Zeitgeisterjagd im WochenWahnsinn mit dem Mann, der das Hardcover-Buch und das E-Book Zeitgeisterjagd geschrieben hat: Matthias Heitmann. Matthias; was gibt's denn Neues?

Matthias Heitmann: Neues? Das Interessanteste ist die Langeweile. In neun Wochen sind Bundestagswahlen, und keiner merkt's. Erinnerst Du Dich noch daran, wie alle möglichen Gruppierungen noch vor eineinhalb oder zwei Jahren dem Termin zur Abwahl von Angela Merkel entgegengefeibert haben? Und nun? Friedhofsruhe.

Lauth: Ja, da hast Du Recht. Und es ist scheinbar auch völlig egal, ob da halbe Stadtviertel in Hamburg verwüstet oder ob Anschläge verübt werden – offensichtlich beeinflusst das die Menschen kaum. Woran liegt das?

Heitmann: Ich denke schon, dass das die Menschen beeinflusst – aber halt nicht ihre parteipolitischen Haltungen. CDU und SPD

setzen alles daran, Politik weiterhin als etwas Stabiles, Vorhersehbares und Tiefgefrorenes darzustellen. Es gab zwar alle möglichen Veränderungen – die Wahl von Trump, der Brexit, die Wahlen in Frankreich –, doch all das wird bei uns entweder als rückschrittlich abgetan oder ignoriert. Angela Merkel gibt sich als Madame Alternativlos, und das kann sie gut: Wenn keiner nach dem Weg fragt, fällt es nicht auf, wenn man selbst auch nicht weiß, wo es langgeht.

Lauth: Aber woran liegt es, dass Schulz und seine SPD keine Alternative sind?

Heitmann: Die SPD war von den letzten 20 Jahren selbst insgesamt 15 Jahre an der Regierung, und damit länger als die CDU! Warum sollte sich also Grundlegendes ändern, wenn man SPD wählt? Angela Merkel ist sich ihrer Sache so sicher, dass sie sogar Hamburgs Olaf Scholz von der SPD gegen Rücktrittsfordernungen aus der Union verteidigen kann...!

Lauth: Und Grüne, Linke oder AfD – ist von denen auch nichts zu erwarten?

Heitmann: Die Grünen sind so öde, dass die Medien sogar Jutta Ditfurth wieder ausgraben und in Talkshows setzen mussten. Offensichtlich ist sonst niemand in der Lage, Herrn Bosbach vom Bildschirm zu vertreiben. Die Linke hofft immer noch auf die Wiederauferstehung des Gottkanzlers Martin Schulz und schweigt. Und die AfD hat es in vier Jahren nicht geschafft, etwas zu erreichen. Dabei lief alles optimal für sie: Flüchtlingskrise, Übergriffe, Terroranschläge, Krawalle. Derzeit liegen die Deutschalternativen bei 8 Prozent – vor vier Jahren lagen sie bei knapp 5. Das ist wirklich schwach. Nicht, dass ich Mitleid mit

der AfD hätte – aber man fragt sich schon, wie viele Steilvorlagen die eigentlich noch brauchen.

Lauth: Apropos Chancetod. Möchtest Du noch etwas zur Frauenfußball-EM sagen, Matthias?

Heitmann: Nein, ich interessiere mich nicht für Frauenfußball. Ich habe eh den Eindruck, dass sich der Männerfußball, was Aggressivität, Zweikampfverhalten und Intensität angeht, dem Frauenfußball immer mehr anpasst. Daher brauche ich in der Sommerpause keinen zusätzlichen Zickenterror.

Discover the real Japanese
KOBE BEEF

beefbar
Born in Monte-Carlo

HAUSVOGTEIPLATZ 10
10117 BERLIN
ÖFFNUNGSZEITEN:
MO – FR AB 12 UHR, SA/SO AB 18 UHR
RESERVIERUNGEN UNTER:
030 - 20 67 93 01

Deutsche Journalisten finden immer eine Rechtfertigung für „palästinensische“ Terrorgewalt

Süddeutsche Zeitung, Tagesschau und NDR konstruieren den arabischen Opfer-Mythos

Von Claudio Casula

„It all started when Israel hit back“: Für Journalisten ist mal wieder die Reaktion auf den Terror verwerflicher als dieser selbst. Immer wenn es zu den periodisch losgetretenen Gewaltwellen von „Palästinensern“ gegen Israelis kommt, haben Medienschaffende ein Problem:

Die Ereignisse müssen so dargestellt werden, dass sie ins seit Jahrzehnten verbreitete Narrativ passen, demzufolge am Schlamassel im Nahen Osten entweder die Israelis schuld sind oder bestenfalls beide Parteien. Dementsprechend soll der Auslöser der Unruhen in Jerusalem die Installierung von Metalldetektoren am Tempelberg-Gelände gewesen sein, wie etwa heute Morgen im NDR zu hören war. Dass diese Maßnahme infolge der Ermordung zweier drusisch-israelischer Polizisten sowie der Entdeckung von auf dem „Haram el-Sharif“ gehorteten Feuerwaffen getroffen wurde - was soll's?

Für „palästinensische“ Gewalt findet sich immer ein Grund. 1996 war es die Öffnung eines antiken Tunnels in der Altstadt Jerusalems, 2000 der Kurzbesuch des damaligen israelischen Oppositionsführers Scharon auf der Esplanade. Das Verständnis für Terrorwellen, das den „Palästinensern“ ausgerechnet aus einem Land entgegengebracht wird, in dem das Credo „Gewalt ist keine Lösung“ schon über jeder Kita-Tür eingemeißelt ist, ist schon erstaunlich. Jetzt also sollen es Sicherheitsmaßnahmen sein, die die „Palästinenser“-Führung den traditionellen „Day of Rage“ ausrufen ließ, wahlweise der Frust über die „Besatzung“.

„Die Palästinenser befürchten, dass Israel nach und nach mehr Kontrolle auf dem Tempelberg übernehmen will“, weiß die „Tagesschau“ zu berichten, offenbar nicht ahnend, dass es sich bei dieser Behauptung um den



Angreifender Araber

raelischen Regierung zu prüfen, was eigentlich Aufgabe einer sich als seriös verstehenden Zeitung sein sollte. Allerdings könnten so Dinge ans Licht kommen, die das Narrativ ins Wanken bringen und den einschlägig präparier-

und dass „jeder Märtyrer das Paradies erreichen“ werde.

Zuletzt nahm ein 19-jähriger „Palästinenser“ aus dem Westjordanland seinen Präsidenten beim Wort, verschaffte sich Zugang zum Haus einer jüdischen Familie in Neve Tzur und schlachtete einen 70-Jährigen, dessen Tochter (46) und Sohn (36) ab. Eine Tat, die von johlenden „Palästinensern“ gefei-

ert wurde und für die seine Familie von der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ mit EU-Geldern üppig entlohnt werden wird.

Die Barbarei zwischen Jenin und Gaza ist für Medienschaffende in Deutschland jedoch ebenso wenig ein Thema wie die Tatsache, dass Jerusalem nie Hauptstadt eines arabischen Staates war, dass Israel den Tempelberg 1967 zwar Jordanien abnahm, jedoch dem islamischen Waqf die Kontrolle über das Plateau übergab (weshalb es Juden untersagt ist, an ihrer heiligsten Stätte zu beten), und dass „palästinensische“ Offizielle längst jede historische und religiöse Verbindung der Juden zu Jerusalem leugnen, womit sie noch hinter den Erkenntnisstand des Obersten Muslimischen Rates im Jahre 1930 zurückfallen.

Mit deutschen Geldern wird der Terror finanziert

Kein gramvoller Claus Kleber wird uns mit der besorgten Feststellung begrüßen, dass die „palästinensische“ Gesellschaft einen perversen Totenkult pflegt, dass der ewige Dschihad ihre Raison d'Être geworden ist und dass wir den Fehler gemacht haben, ihnen immer wieder die Stange gehalten und bis heute Milliarden Euro hinten und vorne reingeschoben zu haben, damit sie auf ihrem verhängnisvollen Weg weitermachen können.

Von dort wäre es ja auch nur ein ganz kleiner Schritt zur Thematisierung des medialen Dauerversagens, und wir haben schon bei der „Faktencheck“-Posse um die Antisemitismus-Doku gesehen, wohin so etwas führen kann. Also machen sie immer weiter im Pogrom: „Spirale der Gewalt“, „Eskalation“, „beide Seiten...“ - was die Branche eben an Satzbausteinen zum Thema bereithält, denn wenn in Israel oder auch in Europa Juden von Muslimen umgebracht werden, nur weil sie Juden sind, müssen wir unbedingt relativieren oder nach nachvollziehbaren Gründen suchen, und sei es der Frust der Mörder. Dann ist es eben die Gegengewalt, die keine Lösung ist.

„Alles begann als Israel zurückschlug.“

ältesten Hut überhaupt im arabischen Propagandaarsenal handelt, selbstverständlich damals ebenso wenig wahr wie heute. Zuletzt meinte Friedensnobelpreisträger Jassir Arafat im Jahr 2000 eine „Al-Aksa-Intifada“ loszutreten zu müssen, denn des Arguments, es gelte, Al-Aksa zu verteidigen, bedient sich nicht nur eine islamistische Terrorbande wie die Hamas, sondern auch die ach so säkulare Fatah Jassir Arafats (und Mahmud Abbas'), weshalb eine besonders mörderische Abteilung den Namen „Al-Aksa-Märtyrer-Brigaden“ trägt, der „bewaffnete Arm“ der Fatah, verantwortlich unter anderem für zahlreiche Selbstmordattentate und von der EU als terroristische Vereinigung gelistet.

Das ficht deutsche Journalisten nicht an. „Die israelische Regierung hat der palästinensischen Autonomiebehörde wiederholt vorgeworfen, Hass auf Israel zu schüren. Die Palästinenser weisen das zurück“, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Nicht, dass bei der SZ jemand auf die Idee käme, den Vorwurf der is-

ten Medienkonsumenten nachhaltig verunsichern könnten.

Kein Ende des medialen Dauerversagens in Sicht

Deshalb bläst „Spiegel Online“ ins gleiche Horn. In einem Artikel, der die irreführende Überschrift „Darum geht es bei der Tempelberg-Krise“ trägt, werden die wahren Gründe einfach weiträumig umfahren, dafür darf der für vier Jahre gewählte, jedoch seit zwölf Jahren regierende Abbas zu Wort kommen: „Palästinenserpräsident Mahmud Abbas warf Israel vor, es wolle eine Wiederbelebung des Friedensprozesses verhindern und den Konflikt von einem politischen in einen religiösen verwandeln.“

Als wäre es nicht Abu Mazen selbst, der im Herbst 2015 randalierende Landsleute in den höchsten Tönen lobte und den Juden vorwarf, sie würden mit ihren „dreckigen Füßen“ die Moscheen entweihen, nebst der Bekräftigung, dass „jeder Tropfen Blut, der in Jerusalem vergossen werde“, heilig sei,

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTlich.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 70 Cent bei:

- Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;
- Jede weitere Ausgabe – eine zusätzliche Briefmarke.

Deutsche Politiker: Wie sie Juden und Israel sehen

Die Bundestagsparteien auf dem Prüfstand

Von Miriam Magall

Am 24. September 2017 finden in der Bundesrepublik Deutschland die Wahlen für einen neuen Bundestag statt. Die folgende Kurze, bei weitem nicht vollständige Übersicht über die gegenwärtige politische Landschaft zeigt ein wenig die Richtung, aus der der Wind für Israel bläst.

Beginnen wir bei der CDU/CSU, lange Jahre die staatstragende Partei der Deutschen Bundesrepublik schlechthin. Einer der bekannteren CDU-Politiker ist Norbert Blüm, der mit seiner anti-israelischen Meinung nicht zurückhält. Immer wieder äußert er sich in kernigen Sprüchen über Israel; so sagt er im Juni 2002: „Ich kann in den Aktionen der israelischen Militärs keinen Abwehrkampf gegen den Terrorismus sehen – sondern nur Vernichtung.“

Schon davor, Anfang April 2002 wirft Blüm Israel vor, „einen hemmungslosen Vernichtungskrieg“ gegen die „Palästinenser“ zu führen! Da er diesen Begriff später wiederholt verwendet, obwohl ihn Parteikollegen darauf hingewiesen haben dürften, aus welchem historischen Rahmen dieser Begriff stammt, ist davon auszugehen, dass er ihn ganz bewusst verwendet, um zu provozieren. Es hat ihm nicht geschadet. Ganz im Gegenteil.

„Nahost-Experte“ Norbert Blüm bezichtigt Israel des „Vernichtungskrieges“

Innerhalb kurzer Zeit avanciert Blüm zu einem in den Medien fragten „Nahost-Experten“! Aber nicht genug damit. Blüm weiß in einem Interview mit der Zeitschrift „Stern“, das am 18. Juni 2002 erscheint, auch Erstaunliches zu Ariel Scharons Besuch auf dem Tempelberg zu sagen: „Die 2. Intifada begann, nachdem Scharon in einer provokativen Kraftmeierei mit 2.000 Soldaten und Polizisten den Tempelberg betreten hatte. Die friedliche Gegendemonstration wurde niedergewalzt: 30 Tote.“ Was Blüm zu erzählen vergisst, ist, dass Scharons Besuch auf dem Tempelberg mit dem Waqf, der für den Tempelberg zuständigen muslimischen Behörde, abgesprochen war. Außerdem hat Blüm anscheinend Probleme mit dem Zählen: Es sind nur die Hälfte der Soldaten und Polizisten auf dem Tempelberg. Die „friedliche Gegendemonstration“ findet erst am Tag darauf statt. Die „friedlichen Demonstranten“ bewerten dann allerdings vom Tempelberg herab die Juden, die friedlich an der Klagemauer darunter beten, mit Steinen. Nach der Stürmung des Tempelbergs durch israelische Polizisten gibt es sieben Tote, keine 30. Und „niederwalzen“ kann die Polizei die Demonstranten auf gar keinen Fall, denn mit irgendwelchen „Walzen“ gelangt man schon allein aufgrund der geografischen Gegebenheiten nicht auf den Tempelberg.

Auch Helmut Schmidt (SPD) folgte einer verqueren Logik

Doch auch die SPD und eine Reihe ihrer Vertreter stehen in Sachen Antisemitismus und Anti-Israelismus nicht gerade mit einer weißen Weste da. Vielen mag es entfallen – oder aber erst gar nicht aufgefallen – sein: Helmut Schmidt, der in Deutschland allseits hochverehrte fünfte Bundeskanzler



Norbert Blüm, Martin Schulz, Sigmar Gabriel

von 1974 bis 1985, hat nicht nur seine braun angehauchte Vergangenheit diskret verschwiegen, sondern außerdem mit israelischen Politikern wiederholt die Klinge gekreuzt.

Im Sommer 1980 erklärt Helmut Schmidt seinen Genossen die wesentlichen Bestandteile einiger zu erwartenden EU-Resolutionen: Rückkehr Israels zu den Waffenstillstandslinien von 1949 (sic!) und, falls Israel sich weigert, Sanktionen, denn schließlich akzeptiere Europa kein Ölembargo wegen der starrsinnigen Haltung Israels. Seine Begründung: Der Staat Israel sei aufgrund des Holocaust gegründet worden. Deutschland sei verantwortlich für den Holocaust – deshalb sei Deutschland auch verantwortlich für die Schaffung des Staates Israel und für das damit einhergehende Leid der „Palästinenser“. Deshalb sei Deutschland den „Palästinensern“ etwas schuldig.

Wie verquer kann man noch argumentieren? Kein Wunder, dass Menachem Begin und mit ihm viele andere Juden wie Nichtjuden höchst empört reagieren.

Auch Schmidts Nachfolger in der SPD weichen selten von seinem Pfad ab, was die Pflege guter Beziehungen mit arabischen Ländern im Nahen Os-

heid-Staat in Hebron, habe Gabriel gesagt und das auch so getwittert, kaum, dass er eine halbe Stunde vor Ort ist. Er belässt es nicht bei dieser kurzen Feststellung, sondern führt auf seiner Facebook-Mitteilung weiter aus, er finde Israels gegenwärtige Siedlungspolitik völlig falsch und die Bedingungen [in Hebron] unwürdig. Gleichzeitig empfiehlt Gabriel Israel den Dialog mit der Hamas im Gasa-Streifen, schließlich sei die Hamas ein Faktor in diesem Konflikt, und man könne diesen Konflikt nicht lösen, wenn man einen Faktor übergehe. Außerdem spricht Gabriel sich dafür aus, „Palästina“ als Mitglied in die Vereinten Nationen aufzunehmen.

Andrea Nahles: Gemeinsame Werte zwischen SPD und Fatah

Ins gleiche Horn bläst auch die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles in einer Erklärung am 8. November 2012, als sie die „gemeinsamen Werte“ und eine „strategische Partnerschaft“ zwischen Fatah und SPD in den höchsten Tönen lobt. Gabriel erklärt: „Ich verstehe die Kritik nicht“, als sich der Präsident des Zentralrats der Juden, Dieter Graumann, sehr verärgert über Nahles Erklärung äußert. Gemeinsame Werte

umbringen. Wenn das die „gemeinsamen Werte und Ziele“ sind, die auch der SPD-Führungsriege teuer sind, dann wähle ich – und hoffentlich viele andere deutsche Bürger – lieber keine Vertreter dieser Partei in den nächsten Bundestag!

Damit aber nicht genug. In seinem neuen Amt als Außenminister seit dem 17. Januar 2017 macht Gabriel bei seinem ersten offiziellen Besuch als neuer Außenminister im April 2017, „einiges anders als sein Vorgänger“ Frank-Walter Steinmeier. Er besteht darauf, sich mit den Vertretern von zwei israelischen Organisationen zu treffen: Bezelem – einige ihrer Vertreter leugnen die Schoa! – und „Breaking the Silence“ – diese Organisation bezeichnet israelische Soldaten als „Mörder“!

Aus dem Büro des israelischen Ministerpräsidenten tönt es warnend: Dann werde es kein Treffen mit ihm geben. Gabriel geht das Risiko ein und trifft sich mit ihnen, wie geplant. Deshalb wird das Treffen mit dem israelischen Staatsoberhaupt kurzfristig abgesagt. Ein Affront – ja, in der Tat, aber in den deutschen Medien wird er ausschließlich Israel angelastet. Der neue deutsche Außenminister erhält dagegen rauschenden Beifall.

Seit Januar 2017 ist ein anderer als SPD-Kanzlerkandidat an Sigmar Gabriels Stelle getreten. Martin Schulz heißt der Mann, der mit viel Vorschusslorbeeren antritt und dem die SPD es zu verdanken hat, dass ihre Beliebtheit völlig unerwartet – allerdings nur vorübergehend – in die Höhe geschossen ist. Wer genau ist Martin Schulz?

Schon im Alter von 19 Jahren tritt Schulz der SPD bei. 1994 wird Schulz ins Europäische Parlament gewählt und bleibt dort bis 2016. Am 24. November 2016 erklärt Schulz, er werde in die Bundespolitik wechseln und wird am 29. Januar 2017 vom SPD-Parteivorstand einstimmig zum Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl am 24. September 2017 nominiert.

Natürlich stellt man auch Martin Schulz die Gretchenfrage: Wie hältst

„ „Detschland sei den ‚Palästinensern‘ wegen Israel etwas ‚schuldig‘.“

ten angeht. Dazu gibt es, aus jüngster Vergangenheit, einige recht beredte Beispiele. Immer wieder hat Sigmar Gabriel, bis Januar 2017 Vorsitzender der SPD und seit dem 27. Januar 2017 deutscher Außenminister, Israel besucht. Das geschieht meistens, ohne dass das besondere Aufmerksamkeit erregen würde. Am 14. März 2012 berichtet „The Times of Israel“ auf ihrer Internetseite dann allerdings: „Israel running ‚apartheid regime‘ in Hebron“, also: Israel verhält sich wie ein Apart-

zwischen SPD und Fatah sieht Gabriel im Frieden in „Palästina“, ebenso wie bei Demokratie und Ablehnung der Gewalt. Komisch nur, dass „Präsident“ Abbas gerne Schulen, Straßen und Plätze nach Mördern benennt, die bei Terroranschlägen – mit Sprengstoffgürteln, mit Messern und Äxten und mit PKWs oder Lastwagen, die sie gerne in Gruppen wartender israelischer Zivilisten an Bushaltestellen fahren – Männer, Frauen und Kinder, einschließlich Säuglingen im Kinderwagen wahllos



Kerstin Müller, Oskar Lafontaine, Andrea Nahles

du's mit Israel? Und da tritt er unweigerlich ins Fettnäpfchen. Im Februar 2014 reist er nach Israel und wird eingeladen, am 12. Februar 2014 eine Rede – auf Deutsch! – in der Knesseth zu halten. Scheinbar wie nebenbei erwähnt er, er habe zwei Tage zuvor in Ramallah junge Menschen getroffen. Einer von ihnen stellte ihm die Frage: Wie könne es sein, dass Israelis 70 Liter Wasser am Tag benutzen dürfen, die „Palästinenser“ dagegen nur 17? Der Präsident des Europaparlaments sollte es eigentlich wissen: Solch eine Frage stellt man nicht ungeprüft in den Raum. Es kommt, wie es kommen muss: zu einem Éclat.

Erinnert sei auch an die heftig applaudierte Rede des Vorsitzenden der „Palästinensischen Autonomiebehörde“ Mahmud Abbas am 23. Juni 2016 vor dem EU-Parlament – die in den deutschen Medien praktisch keine Resonanz fand. Niemand erhebt Einspruch, als Abbas von dem Rabbiner fabuliert, der die israelischen Behörden auffordere, sie mögen doch „palästinensische“ Brunnen vergiften! Ganz im Gegenteil, am Ende dankt ihm der Präsident des Europäischen Parlaments – kein anderer als Martin Schulz – für seine herausragende Rede!

SPD verhindert Waffenlieferung an Israel

Ende Juni 2017 geht die SPD noch einmal auf Wählerfang – auf Kosten Israels! Seit über drei Jahren verhandelt das deutsche Verteidigungsministerium mit Israel, um bis 2025 Heron-Kampfdrohnen zu mieten. Das Votum der SPD am 28. Juni 2017 ist ausschlaggebend: Aus „völkerrechtlichen“ Gründen müsse Deutschland unbedingt davon absehen, besagte Kampfdrohnen von Israel zu mieten oder zu leasen! Komisch, dass die SPD durch keine „völkerrechtlichen“ Gründe davon abgehalten wird, Kriegsgesetz in Form von Sturmgewehren und Schützenpanzern kriegsführenden Staaten wie Saudi-Arabien zu überlassen!

Die FDP und die Beschneidung

Die Mitglieder der FDP-Jugendorganisation Junge Liberale (Julis) wollen sozusagen späte Genugtuung für Mölemann, als sie im Jahr 2012 die Forde-

rung stellen, die Beschneidung aus religiösen Gründen im Kleinkindalter zu verbieten, dagegen die Leugnung des Holocaust zu legalisieren. Schließlich führe die Beschneidung zu einer Schädigung des Kindes „hinsichtlich seiner sexuellen Empfindsamkeit im Erwachsenenalter“. Und was die Leugnung der Schoa angeht, meint Lasse Becker, Juli-Bundesvorsitzender: „Grundsätzlich sehen wir Meinungsverbote sehr kritisch.“ Er möchte Holocaust-Leugner „lieber durch sachliche Argumente entlarven.“

Wenn ich mich nicht sehr irre, geht es bei der Ermordung von 6 Millionen Juden durch die Nationalsozialisten nicht um Meinungen, ob das nun stimmt oder nicht, sondern um handfest bewiesene Tatsachen. Die Bundes-FDP hält sich in dieser Sache lieber diskret zurück.

Grüne Boykottforderungen

Als nächstes kommen wir zur Partei Bündnis 90/Die Grünen. Die Fusion der Partei „Die Grünen“ mit dem „Bündnis 90“ erfolgt im Jahr 1993; danach zieht diese neue Partei 1994 in den Bundestag ein und ist von 1998 bis 2005 auch an der Bundesregierung beteiligt. Ihre Anliegen sind Anti-Atomkraft und Umwelt sowie Frieden, was die Partei aber nicht davon abgehalten hat, für die deutsche Teilnahme am Balkankrieg (1991-1999) zu stimmen.

Grundsätzlich betrachten sich die Mitglieder der Partei Bündnis 90/Die Grünen „als Anwälte des Friedens“. Zu einer derartigen Einstellung dürfte dann wohl auch die Kleine Anfrage an die Bundesregierung passen, die selbige Partei auf die Initiative der Abgeordneten Kerstin Müller im Mai 2013 stellt. Es geht darin, wie es ganz naiv heißt, „um den Import von Produkten aus israelischen Siedlungen im Westjordanland in die EU beziehungsweise nach Deutschland“ und ihre besondere Kennzeichnung als solche. Auf die Proteste der israelischen Botschaft – dabei handele es sich um einen weiteren Versuch, Israel negativ herauszuheben und zu einem wirtschaftlichen Boykott aufzurufen – wird erklärt, es gehe nicht um den Boykott israelischer oder gar jüdischer Produkte, sondern lediglich um die „Ermöglichung infor-

mierter Kaufentscheidungen“. Unterstützt wird diese Kleine Anfrage von der Vizepräsidentin, bis 2012, der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, der Abgeordneten Marieluise Beck.

Die umbenannte SED pflegt das alte schlechte Verhältnis zu Israel

Noch etwas ausgeprägter israelfeindlich verhält sich eine jüngere Partei. Durch verschiedene Fusionen entsteht die Partei „Die Linke“, die im 18. Deutschen Bundestag einen Sitz Vorsprung vor dem



Marieluise Beck

Bündnis 90/Die Grünen hat und damit die größere Oppositionspartei ist. Ihr liegen soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit am Herzen. Gleichzeitig nimmt diese neue Partei jedoch ein schweres Erbe mit in die Zukunft: Denn DDR und SED waren über Jahrzehnte hinweg unversöhnliche Todfeinde des jüdischen Staates und haben ihn mit allen Mitteln systematisch bekämpft. Noch im Herbst 2006 lädt die Bundestagsfraktion der Linkspartei ganz offiziell einen Minister der Hamas nach Berlin ein!

Zwar bekennen sich der ehemalige Parteivorsitzende Gregor Gysi und die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Petra Pau offen zu Israel. Leider sind jedoch nicht alle ihrer Meinung. So hat es die frühere Vorsitzende Sahra Wagenknecht seinerzeit nicht für nötig

gehalten, zusammen mit allen anderen Bundestagsabgeordneten aufzustehen, als der damalige israelische Staatspräsident Schimon Peres anlässlich des Gedenktags am 27. Januar 2010 seine Rede beendet hat. Mit dieser Haltung steht sie jedoch nicht allein. Ihr Parteigenosse Oskar Lafontaine nutzt jede sich bietende Gelegenheit, sich populistisch gegen Israel zu äußern, ohne sich weder von Fakten noch von Verantwortungsgefühl beirren zu lassen.

Lafontaines Verständnis für Irans Atomwaffen

Im letzten Libanonkrieg fordert Lafontaine die „gleichgewichtige Entwaffnung“ von Hisbollah und Israel – das ist so, als würde gefordert, nicht nur die Mafia solle entwaffnet werden, sondern auch die Polizei! Er habe auch durchaus Verständnis dafür, lässt er verlautbaren, dass der Iran den Besitz von Kernwaffen anstrebt, schließlich verfüge auch Israel über solche. Kaum jemand widerspricht Lafontaine.

Und dann ist da auch noch die Linken-Abgeordnete Inge Höger. Im Jahr 2010 nimmt sie an der umstrittenen „Gasa-Flottille“ teil; bei einem Kongress „palästinensischer“ Gruppen im Jahr 2011 hat sie sich mit einem Schal drapiert, auf dessen Ende eine Nahost-Karte zu sehen ist – ohne Israel!

Abschließend sei noch auf die vielen Veranstaltungen hingewiesen, die „Die Linke“ im Rahmen ihrer „Palästina-Solidarität“ allein im Jahr 2017 in Göttingen, Freiburg, Berlin, in Bonn, Freiburg und Bremen und noch einigen anderen Städten in ganz Deutschland veranstaltet. Vorgesehen sind Themen wie „BDS und Antisemitismus“ von einem Professor Farid Esack aus Südafrika, einem glühenden Anhänger der BDS-Bewegung; „Wem gehört Jerusalem? Kämpfe um die heilige-unheilige Stadt“, eine Podiumsdiskussion mit Daniel Seidemann und Saman Khoury; „50 Jahre israelische Besatzung – Unsere Verantwortung für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts“, vom „Deutschen Koordinationskreis Palästina“. Israelische Zionisten oder pro-israelische Hörer sind nicht erwünscht.

ERIC FEFERBERG, JOHN MACDOUGALL, AFP

Am 24. September 2017 verzichten die Deutschen auf eine wirkliche Wahl

Angela Merkel bleibt Kanzlerin und die wenigen Juden Deutschlands spielen als Wahlvolk keine Rolle

Von Carl Christian Jancke

Eines kann als sicher gelten. Egal wie sich der einzelne Wähler entscheidet: Im Oktober wird Angela Merkel vom Bundestag zur Bundeskanzlerin gewählt. Und zwei Parteien werden wohl sicher nicht Teil ihrer Regierung sein: Die Linke und die AfD. Und alle sind sich einig: Im „Nahostkonflikt“ muss es eine „Zweistaatenlösung“ geben.

Über dem Land liegt eine gespenstische Stille. Aber unter der Oberfläche des öffentlich-rechtlich-privaten Mainstream rumort es. Intellektuelle und Redakteure veröffentlichen ganze Bücher, in denen sie sich kritisch mit der Kanzlerin auseinandersetzen und Medien wie „Cicero“, die „Achse des Guten“ und „Tichys Einblick“ finden immer mehr Zuspruch und werden angesichts ihrer bürgerlichen Diskussionskultur als „rechts“ oder „populistisch“ angefeindet. Die Unruhen rund um den G20-Gipfel haben wieder ins Gedächtnis gerufen, dass die Gefahr nicht nur von „rechts“, sondern eben auch von „linken“ Extremisten ausgeht.

Die veröffentlichte Meinung beschäftigt sich stattdessen mit dem „Diesel-Skandal“, der keiner ist, und bemühen sich mit wüsten Unterstellungen die ganze Automobilindustrie zu skandalisieren.

Damit verschwindet die Frage aus den Schlagzeilen, wie wir mit der „Flüchtlingskrise“, der damit verbundenen Kriminalität und der gewachsenen Terror-Gefahr umgehen wollen. Von Euro- und Schuldenkrise oder gar der misslungenen Energiewende redet ohnehin keiner. Doch längst gibt es einen Unterschied zwischen der veröffentlichten Meinung und dem gesunden Volksempfinden. Die Menschen sind im persönlichen Gespräch aber auch auf Twitter und bei Facebook schon längst nicht mehr verunsichert, sondern sauer und skeptisch, weil sich die Wertentwicklung ihres neuen Euro-6-Diesel-Autos nach unten entwickelt und der Teenage-Tochter schon wieder das Mobiltelefon von Maghreb-Arabern in der U-Bahn gestohlen wurde. Ob die Demoskopie die tatsächliche Stimmung erfasst, kann bezweifelt werden, nicht nur weil die Befragter wohl ausschließlich Festnetznummern für die Telefoninterviews benutzen. Schon die Altmeisterin Elisabeth Noelle-Neumann sprach von einer Schweige-Spirale. Und dass angesichts der Stigmatisierung der AfD all jene, die vorhaben, sie zu wählen, das einem anonymen Call-Center-Mitarbeiter mitteilen, darf bezweifelt werden.

Mit dem Mut der Verzweiflung hat ausgerechnet der Sozialdemokrat Martin Schulz, der bisher schlicht ignoriert wird, mit den Worten „2015 darf sich nicht wiederholen“ auf den wieder steigenden Zuwandererstrom hingewiesen, ohne zu erwähnen, wie er das denn anstellen wollte – ohne die ehemals „Bundesgrenzschutz“ genannte Bundespolizei mit Macht an den Außengrenzen auftreten zu lassen.

Lippenbekenntnis zur Existenz Israels

Mit der Kanzlerin Merkel wird das allgemeine Lippenbekenntnis zum Existenzrecht Israels in Kraft bleiben. Das Prinzip der „Äquidistanz“ wird weiter gepflegt und geflissentlich übersehen, dass der „Palästinenserpräsident“ zum letzten Mal 2005 gewählt wurde (und seine Amtszeit längst abgelaufen ist), und dass die rund 50 Milliarden Euro, die die UN, die EU und auch die Bundesrepublik seit 1995 für die „Palästinenser“ aufgewendet haben, nicht zu



Die „ewige Kanzlerin“

Fortschritten in Gaza und dem Westjordanland führten, sondern in die Taschen der korrupten arabischen Eliten flossen.

Stattdessen besucht der Bundesaußenminister gegen den Wunsch der israelischen Regierung die umstrittene israelische NGO „Breaking the silence“. Das ist in etwa so, als ob Benjamin Netanjahu beim nächsten Besuch in Dresden bei Pegida sprechen würde. Der deutsche Außenminister wurde zum Akteur der israelischen Innenpolitik und missachtete die demokratisch gewählte Regierung. Die Einzige die, das öffentlich kritisiert hat, war Frauke Petry von der AfD. Ansonsten hört man meist nur Schulmeisterisches gegenüber den Israelis, in deren Innenpolitik sich Politiker aus aller Welt gerne mit beserwisserischen Vorschlägen einmischen.

Irrweg Äquidistanz

Dabei ist die sogenannte Äquidistanz gar keine. Seit 1995 gibt es die Autonomiebehörde, die die „palästinensische“ Staatsgründung vorbereiten sollte. Bei allen Infrastrukturaufgaben wie Wasser und Elektrizität hängt man von Israel ab und bezahlt weder Strom- noch Wasserrechnung vollständig. Schul- und Gesundheitswesen werden von der UNRWA organisiert und der internationalen Volksgemeinschaft bezahlt. Eine bloße arabische Staatsgründung würde an diesem Staatsversagen nichts ändern. „Palästina“ wäre von Anfang an ein failed state.

Auch die Tatsache, dass aus den Subventionen der Welt verurteilten Mördern und Terroristen ein Gehalt von bis zu 3.000 Euro gezahlt wird, wird von der deutschen Politik nicht thematisiert. Immerhin 300 Millionen Euro sollen auch als Renten an die Familien von Selbstmordattentätern geflossen sein – pro Jahr! Der Mann, der vor ein paar Tagen gleich drei Israelis überfiel und abstach, hat also schon mal ausgesorgt. Statt potentiellen Terrorismus zu bekämpfen, wird er durch die „Autonomiebehörde“ mit Anreizen belohnt.

Manche Parteien sind gleicher

In Bezug auf ihre israelskeptische Haltung scheinen also alle Parteien gleich zu sein, doch manche sind gleicher. Das gilt z.B. für die Linke, die Abgeordnete in ihren Reihen hat, die sich als Brecher der Seeblo-

ckade gegen Gaza hervortun wollten. Und das gilt für die SPD. Außenminister Gabriel, bis vor kurzem SPD-Chef, besuchte zwar Israel, wollte aber Benjamin Netanjahu bewusst provozieren. Oder Stefan Grönebaum, ein SPD-Mitglied und Abteilungsleiter im NRW-Wirtschaftsministerium, der auf Facebook folgendes zum besten gab:

„Hier agiert eine wohl organisierte, gut vernetzte ‚fünfte Kolonne‘ im Interesse der israelischen Politik und fühlt sich in Deutschland offenbar so geschützt, dass sie mit Antisemitismusvorwürfen und Beleidigungen nur so um sich wirft, anstatt auf ein einziges Argument einzugehen.“

Gegen ein solches Parteimitglied müsste der

Gerechtigkeitsfanatiker Martin Schulz eigentlich mit Macht vorgehen. Aber der Mann, der als Bürgermeister von Würselen seiner Heimatstadt ein Millionengrab in Form eines Spaßbades hinterließ, hatte sich auch als Präsident des EU-Parlaments vor der Knesset hervorgetan: Er frage ja nur, ob es wahr sei, dass ein Israeli ein vielfaches des Wassers verbrauche wie ein Palästinenser zur Verfügung habe. Die Metapher vom Brunnenvergifter lässt grüssen. Wer ein Freund Israels ist und Antisemitismus für keine gute Sache hält, könnte also bei der SPD das falsche Kreuz machen.

Juden sind numerisch eben weniger wichtig als „Israelkritiker“

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden, Joseph Schuster, warnt vor muslimisch importiertem Antisemitismus. In der Summe ist das Thema jedoch keines im Wahlkampf, was jedoch kaum verwundert. Als ausschlaggebende Menge bei der Bundestagswahl reichen die paar Tausend Juden nicht, und durch zu viel Entgegenkommen gegenüber Juden könnte man ja auch all jene vergrätzen, die „kritisch“ gegenüber Israel oder gar Juden eingestellt sind.

Merkel hat die Union zum prinzipienlosen Seismographen der Demoskopie gemacht, um sich an der Macht zu halten. Ob Energiewende, Dieselskandal oder Flüchtlingskrise, zielsicher sucht sie die Schnittmenge zur Stimmenmaximierung, oder was sie dafür hält. Auf der Suche nach den urbanen großstädtischen akademischen Frauen bleibt der konservative Kleinbürger auf der Strecke.

Die SPD gibt Antworten auf Fragen, die keiner mehr stellt

Wenigstens Martin Schulz bemüht sich um das vermeintlich sozialdemokratische Industriearbeiter-Milieu und singt das hohe Lied der Gerechtigkeit, mit dem schon die Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel, Rudolf Scharping, Oskar Lafontaine, Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück untergegangen sind. Einzig Gerhard Schröder hatte auf die „Neue Mitte“ und eine vernünftige Wirtschaftspolitik gesetzt.

Dass die SPD ihre „Erfolge“ wie den Mindestlohn und die Frauenquote in Un-

ternehmensvorständen nicht in Beliebtheit umsetzen kann, liegt nicht an Angela Merkel. Sondern daran, dass ihre Politik die Antwort auf Fragen gibt, die keiner mehr stellt. Die Diskrepanz zwischen dem 100-Prozent-Ergebnis des Martin Schulz bei den Genossen und den rund 25 in den Umfragen zeigt nur den Realitätsverlust der Partei, die im 19. Jahrhundert angetreten war, um den Facharbeiter zu emanzipieren.

Wofür steht Lindners FDP?

Es besteht der begründete Verdacht, dass Christian Lindner nur ein „Westerwelle 2.0“ ist. Es geht um die Macht und keiner weiß, was er mit dieser Macht eigentlich wollte. Den Fehler, ultimativ ein einfaches Steuersystem mit niedrigen Sätzen und ohne Ausnahmen zu fordern, macht er allerdings nicht. Das Programm ist weichgespült und koalitionskompatibel bis hin zur möglichen Jamaika-Koalition. Wirkliche kontroverse Punkte lassen sich nicht finden.

Außenpolitisch kann man zu den Liberalen keine Aussagen machen. Westerwelles beliebiger Pazifismus, der der Genscher-Doktrin folgte, dass Deutsche sich bei internationalen Konflikten die Hände nicht schmutzig machen sollten, dürfte seinen tragischen Tod überlebt haben.

Bleibt die Linke?

Schon allein wegen der antiisraelischen Strömungen ist sie wohl keine wirkliche Alternative. Daran ändert auch Sarah Wagenknecht nichts, deren Reden zur Euro- und Bankenkrise die richtige Analyse, aber die falschen Lösungen anboten. Mehr ist zu der Regionalpartei Ostdeutschlands, in der auch Pragmatiker sitzen, nicht zu sagen.

Fazit

Wegen der Fünf-Prozent Hürde sassen die Volksvertreter von rund 10 Prozent der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament: Die FDP und auch die AfD scheiterten. Liberale und konservative Meinungen wurden daraufhin auch von der Hauptstadt- und Landespresse ignoriert. Gerne wurden die verbleibenden Äußerungen in den sozialen Netzen als „rechts“ oder „Hatespeech“ diffamiert. Das wird sich ändern. Mehr Vielfalt kehrt ins Plenum und die Talkshows zurück.

Das aber dürfte wohl das Einzige sein, was sich ändert. Und die drei innenpolitischen latenten Krisen werden vermutlich weiter ignoriert: Die Staatsschulden- und Währungskrise, die Frage, wie wir mit den Millionen Immigranten und deren Kultur und Religion umgehen, die ja nicht nur einen neuen Antisemitismus mitbringen, sondern auch ein Menschenbild und Wertesystem, das dem Mittelalter entspringt. Und die Merkel-gemachte Energiekrise, die über zu hohe Strompreise und instabile Netze zur Deindustrialisierung führen kann. Stattdessen wird die lebenswichtige Automobilindustrie sturmreif geschossen, deren Produkte nur einen Bruchteil aller Emissionen auslöst, die überhaupt auftreten. Und Angela Merkel lächelt dazu.

Auch Antisemitismus und Israel spielen im Wahlkampf keine Rolle. Dafür gibt es einfach zu wenig jüdische Wähler und Freunde Israels. Die Minderheit wird gerne am Holocaust-Gedenktag an die Mikrofone gelassen. Ansonsten ist sie ohne Einfluss.

Warum heißt der Tempelberg eigentlich „Tempelberg“, und nicht „Moscheeberg“?

Gibt Israel nach, so kommt es erst recht zu arabischer Gewalt

Von Dr. Nikoline Hansen

Es war eine Eskalation mit Ansage, deren trauriger Höhepunkt die Ermordung von Mitgliedern der Familie Salomon aus dem im Westjordanland liegenden Ort Halamisch war: Die Familie saß am Sabbat und erwartete Gäste, um die Geburt eines neuen Familienmitglieds zu feiern. Deshalb war man wohl in freudiger Stimmung und nicht auf den Attentäter vorbereitet, der vor der Tür stand.

Drei Menschen mussten sterben: Yossi Salomon (70) sowie seine Tochter Chaya (46) und Sohn Elad (36). Yossis Ehefrau Tova überlebte mit Verletzungen durch Messerstiche. Die Enkelkinder wurden durch diesen heimtückischen Mord zu Halbwaisen und selbst die deutschen Medien sahen sich zu der Formulierung gezwungen, die Familie habe „eigentlich“ nichts mit den Unruhen zu tun gehabt, die nach der Ermordung von zwei israelischen Polizisten durch arabische Attentäter am Tempelberg ausgebrochen waren.

So Lissy Kaufmann im „Tagesspiegel“: „Familien wie die Salomons haben natürlich eigentlich nichts mit Metalldetektoren zu tun. Doch der Hass der Palästinenser richtet sich undifferenziert und schonungslos gegen alle Israelis.“

So wurden diese Toten aufgerechnet gegen die Toten auf „palästinensischer“ Seite, die von den Israelis nach den beiden Morden im Zuge der Selbstverteidigung erschossen wurden – etwa in der Pressemitteilung des Auswärtigen Amtes, das die Erklärung des Sprechers am 22.7. wie folgt einleitet: „Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes sagte zur Ermordung von drei israelischen Staatsangehörigen in der Siedlung Halamish im besetzten Westjordanland und zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen in Ost-Jerusalem und Orten des Westjordanlands, bei denen drei Palästinenser getötet und Dutzende verletzt wurden heute“ ... „Gewalt gegen Menschen ist durch nichts zu rechtfertigen“.

Es ist beunruhigend, wie undifferenziert die Wahrnehmung der Situation im Nahen Osten von der deutschen Regierung und den Medien erfolgt und der Öffentlichkeit präsentiert wird, denn so ergibt sich ein falsches Bild der Situation, in der es letztendlich um die Existenz eines Staates geht, der seinen Nachbarn ein Dorn im Auge ist. Dies ist der Grund, weshalb Rationalität in dem Konflikt kaum eine Rolle spielt, sondern Emotionen im Vordergrund stehen. Nur so ist zu erklären, weshalb Metalldetektoren mit der Vorstellung von „Kontrollverlust“ verbunden werden, der zu massiven „Protesten“ - bzw. „Unruhen“ führt. Es geht um Machtansprüche und um das Austesten, wie weit man gehen kann, ohne dass es zu bedrohlichen Reaktionen der Gegenseite kommt.

1967 durften die Juden erstmals seit 1948 an den Tempelberg

Der Tempelberg ist dabei zum Symbol geworden, an dem sich die Gemüter leicht erhitzen lassen. Es muss daran erinnert werden, dass 1967 der Augenblick war, an dem Juden erstmals seit der Staatsgründung Israels der Zugang zum Tempelberg wieder möglich war – durch den israelischen Sieg nach dem sogenannten Sechs-Tage-Krieg. In den anschließenden Friedensverhandlungen übernahm Jordanien die Verantwortung und Kontrolle des muslimischen Teils



Ein Modell des jüdischen Tempels, der lange vor jeder Moschee auf dem Tempelberg stand.

des Berges mit dem Felsendom und der Al-Aksa-Moschee. Es ist logisch, dass Niederlagen unangenehm sind und nicht gerne hingenommen werden. Insofern ist die Lage seitdem bekanntermaßen fragil und die Emotionalisierung mit der Erziehung zum Hass ist ein Phänomen, das viele der Probleme erklärt, mit denen sich die Region und die Weltöffentlichkeit regelmäßig konfrontiert sieht.

Es ist also logisch, dass der Friede nicht von realen Maßnahmen, sondern eher der gegenwärtigen Stimmungslage der Machthaber abhängt, darunter der religiösen Führung der „Palästinenser“, die zu „Gebeten“ aufruft, die sich in Demonstrationen, Proteste und Unruhen verwandeln. So auch wieder anlässlich des Freitagsge-

chen Rundfunk ihre Zuschauer über die Lage auf dem Laufenden hält: „In den vergangenen Tagen war es in Jerusalem und dem Westjordanland immer wieder zu Unruhen gekommen. Auslöser waren zwischenzeitliche neue Sicherheitskontrollen für muslimische Gläubige am Tempelberg. Zwar baute Israel alle Kontrollvorrichtungen an den Zugängen ab. Dennoch war auch gestern die Gewalt eskaliert. Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden 96 „Palästinenser“ bei Zusammenstößen mit israelischen Polizisten verletzt. Es flogen Steine, Tränengas und Gummigeschosse.“ lautet die Meldung der „Tagesschau“ am 28. Juli. Da wird dann sogar die Ursache wieder verkürzt und verfälscht dargestellt,

reits innerhalb von 14 Tagen produziert. Im gesamten Kontext geht es natürlich um sehr viel längere Zeitabschnitte, wie weiter oben angesprochen.

Dabei stehen alle Seiten unter Rechtfertigungsdruck: Machmud Abbas, weil die innenpolitische Lage im Westjordanland mit der Konkurrenzsituation zwischen der Fatah und der Hamas mehr als unbefriedigend ist und Netanjahu, weil sein Nachgeben im Streit um die Metalldetektoren zwar auch auf positive Resonanz stieß – aber eben nicht nur.

Deshalb kann man verstehen, weshalb Netanjahu die Todesstrafe für den Mörder der Familie Salomon fordert, auch wenn man das aus dem Aspekt einer lupenreinen Menschenrechtspolitik schwierig finden muss: Der Attentäter erhält von der „palästinensischen“ Regierung monatlich ein großzügiges Salär für seine abscheuliche Tat. Das ist die bittere Realität im Nahen Osten. So ist ein weiterer Aspekt im Nahostkonflikt die Gratwanderung zwischen der Realität einer mörderischen Welt und einer Welt, in der Menschenrechte universal respektiert werden. Daher werden zwar immer beide Seiten verurteilt, aber eine etwas mehr. Schließlich gibt es keinen Aufschrei im Westen, wenn in Gaza „Kollaborateure“ hingerichtet werden und damit ein Klima der Angst erzeugt wird oder wenn im Iran Menschen an Kräne gehängt werden – offensichtlich hat hier ein Gewöhnungseffekt eingesetzt.

Wenn israelische Sicherheitskräfte in Jerusalem bemüht sind, das zwar spannungsgeladene aber weitgehend friedliche Zusammenleben zwischen Juden, Christen und Muslimen zum Wohle aller aufrecht zu erhalten kann man allerdings davon ausgehen, dass die Weltöffentlichkeit genau diese Maßnahmen verurteilt. So geschehen wieder im UN-Sicherheitsrat am 25. Juli.

„Eigentlich hatte Familie Salomon nichts mit Metalldetektoren zu tun...“

bets am 28. Juli. Es ist für die israelischen Sicherheitskräfte eine Herausforderung, diese gewaltsamen Ausschreitungen zu unterbinden, ohne dabei mehr politischen Schaden anzurichten, als durch die notwendigen Maßnahmen ohnehin entsteht – denn der Eindruck, der in der Weltöffentlichkeit mehrheitlich vermittelt wird, ist, dass die „palästinensischen“ Proteste aufgrund der „Besetzung“ der „palästinensischen Gebiete“ durch Israel gerechtfertigt sind.

Israel gibt nach – die Gewalt eskaliert dennoch

In den deutschen Medien finden sich dann Schlagzeilen wie „Zugang zum Tempelberg eingeschränkt“, „Konflikt um Tempelberg: Muslime setzen Boykott fort“ und „Israel schränkt Zugang zu Tempelberg wieder ein“, mit denen die „Tagesschau“ im öffentlich-rechtli-

denn begonnen hatte die gegenwärtige Eskalation mit der Ermordung von zwei israelischen Polizisten am Tempelberg – und das war der Grund für die Aufstellung der Metalldetektoren, denn auf dem heiligen Areal war ein Waffenlager gefunden worden, dessen erneutes Anlegen verhindert werden sollte. So wird die deutsche Öffentlichkeit für € 17,50 pro Wohnung und Monat fehl-informiert. Das ist nicht nur absurd sondern auch gefährlich, denn es schürt antisraelische und oft auch antisemitische Ressentiments in der deutschen Bevölkerung.

Die Situation ist nicht so einfach, wie die deutsche Medienwelt sie gerne immer wieder darstellt. Wie das obige Beispiel zeigt liegt die Gefahr insbesondere in der Einseitigkeit und dem Weglassen wichtiger Informationen – in diesem Fall wurde die irreführende Darstellung be-

Was Lidl mit prügelnden Tschetschenen und Frauenbadetagen zu tun hat

Wie unser Staat zusehends auch mit vermeintlich „friedlichen“ Mitteln islamisiert wird

Von Jaklin Chatschadorian

„Den Islam“ gibt es nicht. Der moderne, differenzierende Demokrat verkündet, es gäbe Facetten des Islam, ebenso wie jeder anderen Religion, und es gäbe ihren Missbrauch. Das mag so sein. Nun wäre es jedoch absurd, durch die Kulisse von Facetten einer Religion dieser die gemeinsame, identitätsstiftende Funktion zu nehmen.

Das Bekenntnis zu einer bestimmten Religion ist der öffentliche Ausdruck des persönlichen Glaubens ebenso wie die Einordnung der eigenen Person zu dem dazugehörigen Kollektiv der Gleichgläubigen.

Mit ihnen teilt man die zentralen Glaubensinhalte, übt die gleichen Zeremonien und Riten aus, feiert die gemeinsamen Glaubensfeste und grenzt sich damit zu anderen Religionen ab. Innerhalb einer Religion gibt es selbstverständlich immer verschiedene Meinungen darüber, wie bestimmte Einzelfragen der Heiligen Schriften ausgelegt und verstanden werden sollen. Diese vielfältigen Untergruppen innerhalb einer Religion, die Konfessionenvielfalt, ist nicht nur dem Islam eigen, sondern auch dem Christen- und Judentum.

Anders als bei den Glaubensgemeinschaften der Juden und Christen, werden im Islam bestimmte muslimische Einzelpersonen oder Organisationen von einzelnen Mitgliedern der Umma, vorzugsweise in politischen Diskussionen, formfrei und ohne den Anspruch von den Betroffenen oder von anerkannten Institutionen oder hohen Geistlichen gehört zu werden, exkommuniziert.

Die eigentliche Chuzpe liegt hier weniger in der Akzeptanz einer systemstabilisierenden Selbstjustiz (Vigilantismus). Erstaunlich ist vielmehr Umstand, dass gerade jene Gläubigen, die eine strenge, wörtliche Auslegung der eigenen, heiligen Schrift bevorzugen, die Orthodoxen, von denen, die selbst diese Regeln weniger streng befolgen, der sog. friedlichen Mitte der Umma, politisch exkommuniziert werden.

Ein guter Grund sich diese sogenannte „friedliche Mitte“ inmitten unserer Gesellschaft und den bei uns gelebten Islam näher anzuschauen.

Hier gibt es in einem ersten Schritt zwei zu differenzierende Lager: Die politische Vertretung des Islams in Deutschland und die einfache Bevölkerung muslimischen Glaubens.

Der Islam hat kein Oberhaupt und damit keinen Ansprechpartner

Der Islam hat kein führendes geistliches Oberhaupt und damit auch keine einzelne feste Autorität als Ansprechpartner für Muslime oder Außenstehende. Es existieren Theologen, die man um Rat fragen kann und bestimmte anerkannte Rechtsschulen, denen unverbindlich ein bestimmter Geltungskreis zugesprochen wird.

Zweifel und konstruktive Kritik sind im Islam unerwünscht

Dieser strategische Schachzug kommt dem Absolutheitsanspruch der Religion zugute und bedarf aufgrund seines politischen Konzeptes auch keines spirituellen Anspruchs auf Führung.

Die Religion sieht in der sehr präzisen Befolgung seines immensen Regelwerks seine Verwirklichung und erklärt diese materielle Übung blanko zu einer transzendenten Erfahrung. Inhalte, so kennen wir es aus Koranschulen aller Richtungen, gilt



Auch der Lebensmittelkonzern LIDL bekam bereits erheblichen moslemischen Druck zu spüren.

es vor allem auswendig zu lernen und zu befolgen. Erkenntnisgewinn durch Nachfrage, Zweifel und Kritik, Mediation oder ein konzentriertes, kontemplatives Betrachten sind unerwünscht und hinderlich.

Bereits aus diesem Grunde haben moderne Reformen wie Abdel Hakim Ourghi (Universität Freiburg) oder Mouhanda Khorchide (Universität Münster) den Widerstand der konservativen Muslime ebenso wie die fehlende Unterstützung aus der Mitte der friedlichen Muslime zu beklagen.

Der auf Gehorsam und Unterwerfung unter das göttliche Regelwerk gelegte Schwerpunkt des Islam und die Tatsache, dass eben dieses muslimische Leben nicht immer in Einklang mit der (christlich-jüdischen) Rechts- und Werteordnung des europäischen Westens zu bringen ist, bedingt die Existenz einer politischen Vertretung.

Nur durch diese können normative Positionen und Inhalte per Sonderregelung oder Rechtsfortbildung (im weitesten Sinn) übertragen werden. Die Integrationspolitik und die Gewährung der Teilhabe trifft auf das Interesse der Verwirklichung islamischer Regelungen, die sich explizit nicht auf die eigene Umma begrenzen lassen, sondern absolut gelten und auch von Außenstehenden zu beachten sind.

Nun ist eine solche Interessenvertretung grundsätzlich legitim. Doch sobald es um die Verschiebung des vorhandenen Grundgesetzes geht, etwa durch die Integration islamischer Normen wie der Scharia in unser Verständnis von Recht und Gesetz, ist bei der Beurteilung der Friedfertigkeit einer Organisation, Religion oder Glaubensgemeinschaft Vorsicht geboten.

Die Deutschen sind naiv

Eine Achtsamkeit, die sich in Deutschland nicht zeigen will. Diese fatale Erscheinung einer naiven Blindheit gegenüber feindlichen Strukturen gewinnt unstreitig an Geschwindigkeit. Unsere Debattenkultur, die Kritik und Streit nutzte, um mit neuen Erkenntnissen und zu besseren Ergebnissen zu kommen, sieht sich inzwischen – unter dem Deckmantel des Kampfes gegen die sogenannte „Hassrede“ – Zensurgesetzen gegenüber. Die „Politische Korrektheit“ katalysiert die Machtabgabe des neutralen Staates an eine (gut organisierte und gut finanzierte) herrschende Meinung zum Thema Islam und Muslime.

Den Verlust der eigenen Religiosität feiern

Während wir, aufgeklärt und modern, den Verlust unserer eigenen Religiosität feiern, und tiefreligiöse Juden wie Christen sehr schnell mit einem skeptischen Blick beäugen, feiern wir religiöse Muslime, indem wir uns, vor jede Kritik ihrer Religion stellen und die Kritiker, über das ausgiebig finanzierte Vehikel der „Islamophobie“ zu Rassisten erklären.

Es ist geradezu unhöflich, zuweilen gar vermeintlich menschenfeindlich, zu detailliert nachzufragen und erst recht seinen Gesprächspartner ins Kreuzverhör zu nehmen. Political correctness verlangt uns nicht nur Respekt für andere Positionen ab, sondern überträgt zwischenmenschliche Höflichkeitsformen gegenüber einer Privatperson auch auf politische Vertreter und den dahinterstehenden Zielen/Ab-sichten. Harmonisierungswahn und die Übernahme orientalischer Mentalitäten (Respekt gegenüber dem Nächsthöheren in der Hierarchie, Verfemung des Zweifels etc.) bremsen unsere, über Jahrhunderte gewachsene Debattenkultur, die Grundlage unserer Entwicklung aus.

Dialog statt Kritik

Wenn Dialog statt Kritik und Verständnis statt Einhalt im Rahmen von Toleranz und political correctness propagiert werden, so ist der Verschiebung des Grundgerüsts unserer Gesellschaft Tür und Tor geöffnet. Zieht man die ungesteuerte Einwanderung in die Bundesrepublik durch fast ausschließlich muslimische Bevölkerungsgruppen zu der Betrachtung des politischen Islams der Bestandsmigrantenschaft hinzu, zeigt sich das Ergebnis einer neuen, sehr gefährlichen Gesinnung: Eine Kanzlerin, die in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ öffentlich zur Legalisierung der erfolgten illegalen Einwanderung aufruft; ein Innenminister, der trotz Verfassungsschutzberichten und europaweiten Terroranschlägen die Angst vor dem Islam der Unwissenheit des besorgten, deutschen Bürgers zuschreibt; ein Kanzlerkandidat, der seine steuerzahlenden Wähler abwertet, indem er muslimische Flüchtlinge, die sich der Integration in den Arbeitsmarkt, und im Besonderen in die hiesige Gesellschaft verweigern, mit Aussagen wie „wertvoller als Gold“ überhöht.

Die Etablierung der politischen Vertretungen der Muslime in Deutschland in Gesellschaft und Debatte, ist ebenfalls das Ergebnis eines neuen, deutschen Gesinnungs-Mainstreams.

Die Deutsche Islamkonferenz unter Führung der Bundesregierung hat bestimmte Gesprächspartner auf ein Podest gehoben und diese mit einer Art Prüfsiegel an die beiden großen deutschen Kirchen als Gesprächspartner weitergereicht. Der Bevölkerung werden diese in Zeitungsinterviews, Polit-Talk-Shows und als besonders wertvolle Redner präsentiert. Diese Einnahme einer sicheren Position scheint unumstößlich.

Der „Zentralrat der Muslime“ bietet der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD), welche der extremistischen Muslimbruderschaft zugeordnet und vom Verfassungsschutz beobachtet wird ebenso ein Dach wie der „Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.“ (ATIB), den türkischen „Grauen Wölfen“, Rechtsextreme unter Beobachtung des Verfassungsschutzes.

Der Islamrat wird dominiert von der „Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs e.V.“ (IGMG), welche ebenfalls vom Verfassungsschutz wegen religiös extremistischer Ziele beobachtet wird.

Die Gülen-Bewegung will mit Bildung und Karriere unterwandern

Die DITIB ist dem türkischen Präsidenten unterstellt und gerät nicht nur mit ihrer Politik gegen Anhänger der Gülen-Bewegung regelmäßig in den Focus öffentlicher Aufmerksamkeit.

Die Gülen-Bewegung ist uns allen seit dem als Putsch getarnten Staatsstreich Erdogans ein Begriff. Die meisten sehen hier eine zu Unrecht verfolgte Gruppe von modernen, bildungsfreudigen, friedlichen Muslimen, die alle ein gutes Deutsch sprechen. Sie übersehen aber, dass sich die weltweit betriebenen Dialogschulen mit sogenannten „Lichthäusern“ (kontrollierte Wohngemeinschaften) in Indoktrination üben. Hier geht es um Unterwanderung durch Bildung und Karriere, die keiner sehen will.

All diese und andere Organisationen unterhalten Stiftungen, Vereine und Bildungseinrichtungen, bieten Hilfsdienste, Frauen- und Jugendarbeit an, um die

verschiedensten Bereiche muslimischen Lebens in Deutschland abzudecken. Sie gelten als Kooperationspartner in den Bereichen Integration, Schulbildung und Salafismusprävention. Ihre prominenten Vertreter sind gern gesehene Mitglieder bzw. Gäste von Parteien und Politikern, Kirchentagen. Es stört sich keiner an den Verfassungsschutzberichten und an den regelmäßigen Berichten aufkommender Skandale, Spionageaffären, Radikalisierungen, Syrien-Reisenden etc. Selbst bei fragwürdigen Aussagen populärer Vertreter des deutschen Islam wird die kritische Nachfrage unterlassen.

Die Ahmadiyya-Gemeinde will die Scharia für Deutschland

Ein nicht zu unterschätzender Wettbewerber in diesen Runden ist auch die Gemeinschaft der „Ahmadiyya Muslim Jamaat Deutschland“, welche in Hessen die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts erreicht hat. Ihr Ziel, die Durchsetzung bzw. Integration der Scharia in die deutsche Lebens- und Rechtswirklichkeit, wird aufgrund eines geschickten Marketings, oberflächlich guter Integration und einer besonderen Verschwiegenheit unter Mitstreitern erfolgreich verschleiert. Sie bedient sich der Methode einer aufdringlichen Missionierung von vorzugsweise deutschen Staatsbürgern, zuweilen auch durch die Befürwortung von Mischehen. Sie professionalisiert damit die Unterwanderung, wie sie etwa von der Gülen-Bewegung praktiziert wird, während der Mehrheitsgesellschaft Integrationsfähigkeit vorgeführt wird. So kommt es, dass Zwangsehen und Ehrenmorde nur als Ausreiter wahrgenommen werden, das Bild der Ahmadiyya-Jugend, die regelmäßig am Neujahrsmorgen den städtischen Abfallsorgungsbetrieben beim Aufräumen des Silvestermülls hilft, aber unvergesslich wird.

Die einfache Bevölkerung

Ist der friedliche Islam hier bei uns in Deutschland zu finden?

Die einfache Bevölkerung gilt zumeist als politisch unorganisiert und unsichtbar. Dicht gefolgt vom netten Gemüsehändler aus der eigenen Nachbarschaft schwebt uns das Bild des fleißigen Arbeiters, der im Marathon der Erwirtschaftung seines Lebensunterhaltes keine Zeit für politische Fragestellungen hat, als erstes vor. Gleich danach erfreuen wir uns an unserem alten Klassenkameraden, der sich aufgrund seiner persönlichen, fortgeschrittenen Integration und einer beruflichen Karriere nicht mehr mit ihrer Herkunftsgruppe identifizieren will und damit zu „einem von uns“ wird.

Und dann das: Im Rahmen von Demonstrationen zum Verfassungsreferendum der Türkei begeben sich Tausende junger Menschen, nicht selten mit guten Deutschkenntnissen, mit „Allahu Akbar“-Rufen an den Kölner Rhein und feiern einen faschistoiden Führer.

Wo waren diese Menschen vorher? Wo waren sie bei den Anschlägen von Brüssel, Paris oder Manchester?

Kaum wird diesen Menschen gegenüber der Vorwurf der mittelbaren Unterstützung des Terrors durch eine gleichgültige Unsichtbarkeit laut, verstummen diese auch schon durch Wortbeiträge von Lobbyisten ebenso wie von deutscher Seite: Man könne dem gemeinen AKP-Anhänger aus Deutschland nichts vorwerfen. Er handle ohne politisches Urteilsvermögen, aus einer, sich gegen die in Deutschland erfahrene Ablehnung und Diskriminierung auflehrenden Gefühlsgemengelage heraus, kaum spürend, dass seine Positionierung sich zugunsten einer sich als Vaterfigur präsentierenden Person wie Präsident Erdogan auswirke.

Aber es gibt ja nicht nur die türkischen

AKP-Muslime in Deutschland. Schauen wir weiter, wo der Islam bzw. seine Umma sich in der Bundesrepublik zeigen.

Großstädte beklagen Integrationsprobleme, die sich in sogenannten „Migrantenvierteln“ besonders zeigen. Durch die Ghettoisierung bedarf es für Einkauf, Friseur und Arztbesuch keiner deutschen Sprachkenntnisse. Zuweilen ist auch das städtische Personal mit Migrationshintergrund angewiesen, im Rahmen des Kundenservice aktiv die mit dem Kunden geteilte Herkunftssprache zu nutzen.

Ballungsräume wie Berlin oder das Ruhrgebiet vermelden innerhalb dieser Viertel immer öfter sogenannte „No-Go-Areas“, also Gebiete, in die man nicht gehen sollte, weil staatliche Instanzen hier weder Kontrolle noch Sicherheit gewährleisten können.

Prügel-Tschtschenen, Wuppertaler Scharia-Polizei und schiitische Geißelung in Bonn

Diese rechtsfreien Räume in Deutschland, in denen die Rudelbildung gegen Beamte oder Rettungskräfte ebenso wie Drogenhandel, eine, durch die erhöhte Inanspruch-

mindestens ebenso unfriedlich zu qualifizieren.

Der staatliche, schulische Religionsunterricht wird regelmäßig von Verbänden, die selbst oder durch ihre Mitglieder Verfassungsschutzberichte zieren, mitgestaltet. Welche Legitimation haben sie hierfür?

Nicht-moslemische Kinder werden durch die Schule an den Islam herangeführt

Deutsche, nicht-muslimische Kindergärten und Schüler besuchen Moscheen und werden spaßeshalber bzw. zur Weiterbildung und zur Entwicklung von Toleranz aufgefordert, die Shahada, das islamische Glaubensbekenntnis, theologisch richtig, dreimal und vor mindestens zwei Zeugen, auszusprechen. In Hamburg stehen Eltern vor Gericht, weil sie den Besuch einer vom Verfassungsschutz beobachteten Moschee, unter Missachtung der Schulpflicht, verhinderten.

In sehr vielen Schulen des Landes bekommen die Schüler bereits aus Prinzip kein Schweinefleisch in den Kantinen angeboten, weil eine bestimmte Gruppe, die der Muslime, kein Schweinefleisch essen darf.

„ Anders als bei Juden und Christen, werden im Islam bestimmte muslimische Einzelpersonen von einzelnen Mitgliedern der Umma, vorzugsweise in politischen Diskussionen, ohne den Anspruch von hohen Geistlichen gehört zu werden, exkommuniziert.“

nahme öffentlicher Mittel zu vermutende Armut zu beobachten ist, zeichnet sich meist auch durch Erscheinungen, die der Religion des Islam bzw. den Mitgliedern der Glaubensgemeinschaft eigen sind, aus: Jugendliche, die als uniformierte „Scharia-Polizisten“ durch Wuppertal patrouillieren und Passanten mit Blick auf Alkoholverbote und Kleidungsgebote ermahnen, tschetschenische Moralwächter, die als Schlägertruppe in Berlin öffentliche Räume sichern, Scharia-Gerichte, die eine Paralleljustiz etablieren, ethnische Clanbildungen, mafiaartige Aufteilungen von „Herrschaftsgebieten“, schiitische Selbstgeißelungen auf den Straßen Bonns, die als Trauermarsch getarnte Anspruchsbekundungen gegenüber Sunniten, zu qualifizieren sind.

In der Kölner Silvesternacht 2015/16 machen Horden muslimischer Männer den anwesenden Frauen den öffentlichen Raum streitig, indem sie diese gemeinschaftlich sexuell belästigen bzw. vergewaltigen. Gleichzeitig beschießen sie den Kölner Dom mit Feuerwerkskörpern und zeigen der unterbesetzten Polizei, dass diese dort nichts zu melden hat.

In Flüchtlingsheimen erleiden orientalische Christen, Konvertiten, Homosexuelle und Frauen, zuweilen gar Kinder, ein Martyrium, weil sie „islamkonform“ zu existieren bzw. die ihr Umfeld nicht zu verunreinigen haben.

Ein jesidischer Kurde wird in Oldenburg von einem islamischen „Flüchtling“ erstochen, weil er, vom Täter zum Muslim erklärt, ein Eis aß, statt ordnungsgemäß zu fasten.

Doch es sind nicht nur strafrechtlich relevante Erscheinungen, die nach der friedlichen Mitte des Islam suchen lassen.

Maßnahmen bzw. Absichten, die der Mehrheitsgesellschaft unter dem Deckmantel der Toleranz bestimmte Veränderungen aufoktroyieren, verändern den Status quo zuweilen unwiederbringlich und sind, trotz fehlender Gewaltanwendung als

Es ist gerechter, hier zwei Menüs nebeneinander anzubieten. Doch offenbar reicht das nicht. Vielfalt endet dort, wo Praktikabilität vorgeschoben wird.

Frauenbadetage

Öffentliche Badeanstalten bieten nicht nur das nach Geschlechtern getrennte Schwimmen an, damit muslimische Frauen auch in den Genuss der Fortbewegung zu Wasser kommen. Es gibt inzwischen Bestrebungen, die Schwimmbäder nur für muslimische Frauen anzubieten. Die religiöse Begründung, die hinter dieser Etappe islamischer Interessenverbände steht, ist rassistisch: Der Ungläubige wird für unrein erklärt und verunreinigt das Wasser durch seine Berührung. Der Aufschrei freiheitlicher Demokraten ist nicht zu hören.

Gleiches gilt für bestimmte Forderungen im Bereich der Bestattung. Hier darf der Boden nicht durch Ungläubige verunreinigt sein. Neben der jungfräulichen Aushebung eines Grabes kommt damit nur die Wiederbelegung durch einen weiteren Muslim in Frage. Jede Religion mag ihren Bereich für die letzte Ruhe beanspruchen. Das ist in Ordnung. Aber die Begründung dieser Aussonderung, die Verunreinigung durch einen anderen Verstorbenen, die Erklärung eines Menschen zu Dreck ist rassistisch und in diesem Fall auch pietätlos.

Alters- und Pflegeheime gehen seit einiger Zeit auf die religiösen Bedürfnisse von Muslimen ein. Es geht hier, anders als kommuniziert nicht um die persönliche Religionsfreiheit des einzelnen Geriatrie- oder Psychiatriepatienten, sondern um die Durchsetzung von islamischen Reinheitsgeboten und einer damit entsprechenden Sexualmoral. Würde die politisch korrekte Mehrheitsgesellschaft nachfragen, wüsste sie hierüber.

Auch das staatliche Neutralitätsgebot gegenüber Religionen wird mit den eigenen Mitteln des Rechtsstaates, also „friedlich“ bekämpft. Lehrer und Richter, die das Bild

des deutschen Staates mit dem Kopftuch prägen sollen, sind in Arbeit. Verbände finanzieren die Rechtsstreitigkeiten, Klage um Klage.

„Räume der Stille“ werden häufig islamisch okkupiert

Universitäten räumen ihren Studierenden „stille Räume“ des Gebetes ein, die sich kaum eingerichtet, zu salafistischen Zentren bzw. Rekrutierungsstellen entwickeln und bei der Gefahr der Schließung mit öffentlichen Gebeten auf dem Campus die öffentliche Ordnung stören.

Studentenvereinigungen laden Referenzen zu Vorträgen, etwa 2016 an den Universitäten in Duisburg und Köln ein. Einziger Programmpunkt: die völkermordleugnende Hetze gegen Armenier und andere „Ungläubige“ und „imperialistische Kräfte“. Andere laden dem Salafismus zuzurechnende Redner ein, damit diese über die islamische Seelsorge oder die fehlende Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe sprechen. Sie sprechen ja nur. Sind sie also friedlich?

Kopftuchverbote in der Schweiz ziehen ein Bußgeld mit sich. Kaum findet diese Vorschrift Geltung, findet sich ein reicher Scheich, der sich bereit erklärt, Frauen, die sich in Ausübung der Religion über demokratisch legitimates, geltendes Recht hinwegsetzen, die Buße zahlen.

Der gewaltfreie islamische Druck wächst

Zuletzt überhäufte friedliche Muslime, muslimische Verbraucher die Discounterkette Lidl mit Beschwerden, weil die „orientalische“ Frischkäse-Blätterteigschnecke mit Schweinefett zubereitet worden war. Nun stellt sich hier nicht nur die Frage, warum der Begriff „orientalisch“ unbedingt mit „muslimisch“ gleichgesetzt werden soll, da er auch ein Gebiet der Juden und Orientchristen ebenso umschreiben kann wie er manchmal im Kontext mit Indien und China verwendet wird. Es ist auch fraglich, was genau an diesem Angebot verwerflich gewesen sein soll. Schweinefett war auf der Verpackung ordnungsgemäß als Zutat angegeben.

Ein Mitglied des Integrationsrates der Stadt Köln namens Ali Esen spricht offen von „Christen und anderen Ungläubigen“. Und er sitzt den kommunalen Politikern gegenüber, die sich, in Sorge um negative Auswirkungen auf die eigene politische Karriere, nicht trauen den Mund aufzumachen, und den erlebten Rassismus als solchen anzuprangern.

All diese Beispiele zeigen uns, nicht nur der spirituelle Islam, sondern auch der friedliche kommt zu kurz. Es ist nicht nur der Gewalt anwendende Dschihadist, der sich unfriedlich zeigt, sondern auch derjenige, der mit erlaubten Mitteln an nicht erlaubten Veränderungen arbeitet. Beide Kräfte arbeiten Hand in Hand. Der eine beseitigt die Ungläubigen durch ihre Tötung, der andere beseitigt den Unglauben und versucht die Identität einer ihm fremden, nach islamischem Recht zu erobernden, Gesellschaft zu verändern. Kurzfristige Maßnahmen mögen abgelehnt werden, weil sie schockieren, den Ruf der Religion, das politische Vorankommen der Eroberung schädigen und durch ihre Offenheit beschämen.

Langfristig erfolgreiche, gewaltfreie Maßnahmen hingegen, die dem gleichen Ziel dienen, werden von einer friedlich genannten Mehrheit erarbeitet und gefördert.

Jede über das Mittel der Integrationspolitik und der politisch korrekten Debatte erreichte Sonderregelung und jede Zurückhaltung auf Seiten von Politik und Mehrheitsgesellschaft führt in die schleichende Einführung rückständiger bis menschenfeindlicher Moral- und Wertvorstellungen. Manch einer spricht von Islamisierung.

Endet der Klimawandel wie das Waldsterben?

Rezension zu Markus Vahlefelds neuen Buch „Mal eben kurz die Welt retten. Die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung“

Von Cora Stephan

„Ich war das erste Mal in meinem Leben stolz auf dieses Land.“ Das seufzen noch heute viele in Erinnerung an die Wonnezeit des großen Willkommens im August 2015, Menschen, die sich normalerweise allein mit dem Wort „Deutschland“ schon schwer tun und niemals die deutsche Fahne schwingen oder bei der Nationalhymne mitsingen würden. Deutschland und seine Bevölkerung waren offenbar in ihren Augen endlich auf der richtigen Seite angekommen: bei den Guten.

Tatsächlich leisteten viele an der „Basis“, in den Gemeinden und Turnhallen, von den Bürgermeistern bis zu den vielen freiwilligen Helfern, Großartiges. Das, konstatiert Markus Vahlefeld, war „die Sonne, in deren moralischen Licht die Bundespolitiker badeten“ – Politiker, die jene Zustände sehenden Auges zugelassen, ja herbeigeführt hatten, die eine derart große Hilfsbereitschaft überhaupt erst nötig machten. Die kollektive Begeisterung zeigte jedoch bald ihre Kehrseite: den Ausschluss all derer, die eine Politik der offenen Grenzen nüchtern sahen und für brandgefährlich hielten. Das hinterließ zerstörte Freundschaften und spaltet das Land noch heute, obwohl die Verantwortlichen längst stillschweigend zurückrudern.

Was ist los? Sind alle, auf je verschiedene Weise, wahnsinnig geworden? Wer glaubt, schon alles über die Lage zu wissen, darf sich überraschen lassen. Markus Vahlefeld, „Achse des Guten“-Lesern als scharfsinniger Stilist vertraut, führt in seinem im Selbstverlag erschienenen Buch „Mal eben kurz die Welt retten“ die Gefühlslagen auf ihren realistischen Kern zurück.

Als erstes demontiert er die Vorstellung, die Willkommenseuphorie habe gezeigt, dass das deutsche Volk „ein besseres Volk“ geworden sei, weil es „Schlüsse aus seiner Vergangenheit“ gezogen habe, wie Bernd Ulrich von der „Zeit“ im April 2016 verkündete. Mal abgesehen davon, dass man schon eine volkhafte Kollektivschuld annehmen müsse, um sich an der Läuterungsfähigkeit des deutschen Volkes zu erfreuen – nicht die Lehren aus der Geschichte, nicht der Fortschritt zum Guten, als dessen Motor sich nun schon seit Jahrzehnten eine vor allem linksgrüne Moral geriere, die Auschwitz als eine Art Besserungsanstalt funktionalisiert, habe das Land weiblicher, offener und friedlicher gemacht. Das Böses ist den Deutschen aus ganz anderen Gründen abhanden gekommen: it's the demography, stupid.

Ihnen fehlt die Grundlage für gewalttätige Eroberungslust: eine hohe Zahl testosteronstarker junger Männer. „Die Stärke der westlichen Gesellschaften“, schreibt Vahlefeld, „ist ihr demographischer Niedergang.“ Die Antibabypille hat nicht nur die Frauen vom Gebärzwang befreit, sondern auch die Gesellschaft von der Sprengkraft männlicher Aggression.

Eine alternde Gesellschaft, in der beschäftigungslos marodierende junge Männer eine schwache Minderheit sind, ist eine friedlichere. Nichts könnte also idiotischer sein, als sie sich aus anderen Ländern und Kulturen massenhaft einzuladen, weil man eine (global doch eigentlich nur wünschenswerte) Bevölkerungsabnahme vermeiden will.

Vor allem aber: „Die kulturelle Offenheit und der Frieden, die sich Europa durch niedrige Geburtenraten erkaufte“, wird „als höhere Moral, die für alle Anwendung finden soll, missverstanden.“



Wir sind friedlich, weil wir nicht anders können. Das gilt nicht für Länder mit einem großen Anteil junger Männer, die keine Beschäftigung finden.

Statt die dramatisch wachsenden Bevölkerungen in Afrika als Ursache von Gewalt und Krieg zur Kenntnis zu nehmen und über Abhilfe nachzusinnen, hat sich der Westen auf eine „Klimakatastrophe“ kapriziert, die man für ursächlich für Fluchtbewegungen erklärt. Dabei ist es die Perspektivlosigkeit in überbevölkerten Gesellschaften, die sie auslöst.

Praktischerweise aber kann man mit der dräuenden „Klimakatastrophe“ vor allem die eigene Bevölkerung kujonieren, die an der dramatischen Lage durch ihre Lebensweise (und womöglich auch noch durch die Kolonialgeschichte) schuld sei, weshalb sie Verzicht zu üben habe. „Das Zwei-Grad-Ziel, das bis zum Jahr 2100 erreicht werden soll, und in das weltweit Billionen Dollar gesteckt werden, ist die Nebelkerze, die es brauchte, um von den dramatischen Ursachen der Völkerwanderungsbewegungen ablenken zu können.“ Das erklärt zu einem nicht geringen Teil die Vehemenz, mit der „Klimaleugner“ in die ultraböse Ecke gestellt werden.

Solch Widerspruch gegen das allgemeine Eiapopeia „Wir werden uns verändern, und ich freu mich drauf“ wird deren Apologeten ärgern. Den anderen dürfte Vahlefelds Abrechnung mit dem „linken“ Denken Spaß machen: er nimmt den „linken“ Populismus auf die Hörner, der am laufenden Meter Angst schürt: vor Atomkraft, dem Waldsterben, der Klimakatastrophe. Nur den Islam haben gute „Linke“ lieb, die bei jedem Terroranschlag vor allem daran denken, dass „Rechte“ daraus Honig saugen und Muslime unter „Generalverdacht“ geraten könnten.

Überhaupt: Ganz offenbar gibt es mittlerweile eine Opferhierarchie. Opfer realer Gewalt dürfen weniger Verständnis erwarten als jene „struktureller Gewalt“. „Ein Opfer der Verhältnisse steht in der Hierarchie über einem Opfer realer Gewalt.“ Ein sich durchsetzender positiver Rassismus (den anderen, den Migranten gegenüber) erweist sich als „negativer Selbst-Rassismus“.

Das mag einer der Gründe dafür sein, dass „Hate Speech“ oder auch nur Abneigung gegen jemanden aus der Minderheit der illegal Eingewanderten als schlimmer empfunden wird, denn Gewalt eines solchen „Opfers der Verhältnisse“ gegen ein Mitglied der Mehrheitsgesellschaft. Doch „wenn die Zugehörigkeit zu einer Minderheitengruppe darüber entscheidet, ob Anliegen Gehör finden oder nicht, wird eines der konstitutiven Elemente der Demokratie ausgehöhlt: dass die Mehrheit entscheidet.“

Die Antagonisten bei diesem Spiel: „Konservative“, die an Regionalem und Überschaubarem festhalten, und „Progressive“, die eine Verflüssigung der Verhältnisse zugunsten eines weltumspannenden Neuen anstreben: „Identität versus Globalität.“

Fürs „Weltoffene“ werden die herkömmlichen Grenzen geschleift, nicht nur die Staatsgrenzen. Dass es um „Werte“ gehe, ist ein Argument, dass mittlerweile jederzeit Recht und Gesetz außer Kraft setzen kann. Der Bezug auf „Werte“ verbürgt den anhaltenden Ausnahmezustand.

Und wie kämpft man gegen „kleingeistigen Nationalismus“? Indem man den „Großraum Europa“ schafft. Je größer der Raum und die Aufgaben, desto eher entziehen sie sich dem banalen Modus demokratischer Entscheidungen inner-

halb eines Nationalstaates. Wenn die Probleme groß genug sind – Klima oder weltweite Fluchtbewegungen – hat das Individuum schön stille zu halten. Wir erinnern uns: der Klimaonkel Schellhuber hat bereits vor einigen Jahren verkündet, dass man die Rettung des Klimas nicht dem blöden Volk überlassen dürfe, sondern „Experten“.

Die bunte Vielfalt, die freudig annoncierte Weltoffenheit gehen auf Kosten der Demokratie. Es ist nicht „Nationalismus“, wenn man den Nationalstaat für das beste Gehäuse der Demokratie hält. Und es ist nicht „rechts“, wenn man dem Globalisierungs- und Multikultitraum widerspricht. Vahlefeld ist hier wie dort auf der Seite auch „linker“ Gesellschaftskritiker wie Wolfgang Streeck.

Futter also für eine intensive Diskussion, insbesondere das letzte Kapitel, in dem Vahlefeld über eine mögliche Ratio hinter all dem moralischen Getue nachdenkt. Ich glaube zwar eher an die Kurzsichtigkeit der Regierenden denn an ihre großen strategischen Entwürfe, doch auch wer Verschwörungstheorien meidet, sollte darüber nachdenken: Der Bürgerkrieg in Syrien, argumentiert Vahlefeld, sei zu keinem Zeitpunkt der Hauptgrund der Völkerwanderung gewesen, sondern wurde als Vorwand genommen für etwas, das aufs Schlusskapitel des Buches hinführt: eine Art Strategie – eine „Weltinnenpolitik“.

Angela Merkel denke nicht in Staaten oder Nationen, sondern in Großräumen, ihre Nachgiebigkeit der Türkei gegenüber könne darauf hindeuten, dass sie Europa bis weit in den islamischen Bogen hinein ausdehnen wolle. Putin habe ihr die Osterweiterung der EU durch die Annexion der Krim unmöglich gemacht, jetzt richte sich ihr Streben auf die Ausdehnung der EU nach Süden: „Vom europäischen Herzland über die Türkei und Damaskus bis nach Casablanca könnte der Großraum Europas in Zukunft reichen. Dazu ist eine religiöse Homogenisierung nötig und ein intensiver Austausch zwischen den Völkern, um die ersten Bande zwischen den zu überwindenden Staaten zu knüpfen.“

Das erste Opfer eines solchen „Eurabien“ wäre Israel, die einzige Demokratie im Nahen Osten. Dafür hätte man mit dem islamischen Bogen eine Pufferzone gegen Afrika geschaffen, die man mit Gaddafis Libyen verloren hat.

Der Fels in der Brandung gegen solche Großraumphantasien der europäischen Eliten? Die osteuropäischen Staaten, Polen, Ungarn, Tschechien, auch Österreich, derzeit die Prügelknaben der Eurokraten. Geostrategisches Denken ist hierzulande in Verruf geraten seit der gescheiterten Großraumpolitik Hitlers. Andere haben keine dieser Hemmungen. Möge die Debatte darüber endlich öffentlich werden, egal, ob man Markus Vahlefelds Thesen hierzu zustimmt.

Das Buch ist ein ungemein spannender Parforceritt durch die bizarre Landschaft deutscher Befindlichkeiten. Es ist ein Meilenstein für die schon lange überfällige Diskussion über die Zukunft Deutschlands und Europas. In dieser Diskussion geht es weder um höhere Moral noch um Werte, nicht um „rechts“ oder „links“. Wer begreifen will, hat sich den Realitäten zuzuwenden.

Markus Vahlefeld: *Mal eben kurz die Welt retten. Die Deutschen zwischen Größenwahn und Selbstverleugnung*. Köln 2017

Wenn die türkischen „Graue Wölfe“ die Mitgliederdaten der CDU Köln einsehen

Jaklin Chatschadorian erklärt, warum sie die CDU verlässt

Offener Brief an die CDU Köln

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,
sehr geehrter Herr Laschet,
sehr geehrter Herr Petelkau,
sehr geehrte Damen und Herren der
CDU,

den Kurs unserer Partei kann und will ich nicht weiter mittragen. Ich trete aus.

Mein Bemühen um Kurskorrekturen auf kommunaler Ebene, auf der Ebene der Landes- ebenso wie der Bundespolitik haben hiermit nach vielen Jahren ein Ende.

Meine Kritik an einer Politik, die an den Interessen eines Großteils der deutschen Bevölkerung vorbeigeht, werde ich aber fortsetzen. Schließlich fühle ich mich diesem, meinem, Land und seinen Menschen verbunden.

Dass die CDU eine solche selbstverständliche Verbundenheit zu Land und Menschen, zu Staatsvolk, Bürger und Wähler hat, wage ich zu bezweifeln.

Außenpolitisch stellen wir uns an die Seite Saudi-Arabiens, des Irans und der Türkei und erlauben, sehenden Auges, innenpolitisch ebenso wie innerhalb der Partei eine entsprechende Vernetzung der Kräfte des politischen Islam.

Ein gutes Verhältnis zur Türkei wird jeder anderen bilateralen Beziehung zu europäischen Nachbarn untergeordnet. Dabei ist der sog. Flüchtlingsdeal aus dem Horizont eines verständigen Dritten ebenso wenig nachvollziehbar wie die Unterwürfigkeit eines G7-Staates gegenüber einem faschistoiden Führer.

Wir ziehen die Bundeswehr aus Incirlik ab, in Konya aber ist sie nach wie vor. Wir verbieten einen Wahlkampfauftritt Erdogans, doch die Ditib bleibt in Bund, Land und Kommune Integrations- und Salafismuspräventionspartner mit entsprechender Finanzierung aus deutschen Steuermitteln. Man könnte meinen, es ginge darum, den Wähler mit halben Sachen hinters Licht zu führen.

In der europäischen Flüchtlingspolitik lässt die Bundesrepublik Deutschland unter Führung der CDU-Vorsitzenden Dr. Angela Merkel jeden Respekt für ihre Nachbarn missen. Die Ausbebelung des Art. 16 GG und der Dublin-Verordnung, die Gefährdung der inneren Sicherheit durch die Erlaubnis zur unkontrollierten Einreise, die mangelhafte Gestaltung der Rahmenbedingungen für Abschiebungen, die Bedrängung der Balkanstaaten und Polens in Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen, die man selbst eingeladen hat, sind von der CDU (mit-)zuverantworten. Man will die illegale Einreise nicht verhindern, sondern legalisieren.

Eine an humanistischen Werten orientierte Politik ist die deutsche Flüchtlingspolitik, entgegen all der Verlautbarungen, nicht. Gerade auch die Ignoranz gegenüber der Not von geflüchteten Christen zeigt, dass es nicht um Nächstenliebe und moralische Verpflichtungen gehen kann.

Dem Namen nach sprechen wir von Staatsräson, wenn es um das deutsch-israelische Verhältnis geht. Die Realität sieht – bekanntlich – beschämend anders aus. Was aber gerade der Umgang mit historischen Völkermorden wert ist, hat uns unsere Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin eindrücklich in Zusammenhang mit der Völkermord-



Resolution zeigt:

Während der Debatte zum Völkermord im Osmanischen Reich 1915, im Februar 2016, flanierte sie hüftschwingend und auffällig oft durch den Plenarsaal und besprach, ausgehend von einer schnell wieder gelöschten Nachricht einer Gesprächspartnerin, andere Dinge. Am Tag der Resolution (02. Juni 2016) hielt sie irgendwo eine Rede zum Thema „Digitale Bildung“, ein Bereich, den sie bis dahin eigentlich nur mit „Neuland“ in Verbindung gebracht hatte. Zu guter Letzt gab sie das deutsche Parlament der Lächerlichkeit preis, indem sie die rechtliche Unverbindlichkeit seiner Resolutionen gegenüber der Türkei versicherte.

Die Bedeutungslosigkeit von demokratisch gefassten Entscheidungen zeigt sich bei Frau Dr. Merkel, und einer dies gewährenden CDU, immer wieder. Dem Parteitagbeschluss zur doppelten Staatsbürgerschaft stellte sie sich aktiv entgegen und vor nur zwei Tagen beging sie mit der Öffnung der CDU für sog. „Ehe für Alle“ einen Vertragsbruch gegenüber dem Wähler von 2013.

Der Abbau der Meinungsfreiheit mit dem sog. „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“, droht das Grundgerüst unserer Werte- und Rechtsordnung zu verschieben und ist als ein gewaltiger

Ruf unserer Söhne und Töchter (nichts Anderes sind unsere Soldaten) der Lächerlichkeit Preis gibt: Nazis raus, Muslime explizit willkommen und Gender-/Sexseminare als Toleranzübung? Ernsthaft?

Das heißt nicht, dass die Bundeswehr keine Extremisten hätte. Die gibt es überall. Aber man hätte das Problem nicht medial aufbauschen müssen. Man hätte auch die Unterwanderung der Bundeswehr durch Nationalislamisten thematisieren können. Man hätte wertorientierter handeln können.

Nicht weniger kritikwürdig sind Äußerungen und Maßnahmen der Herren Schäuble und de Maizière. Die noch so begründete Forderung nach geschützten Grenzen wird zur Abschottung mit Inzuchtgefahr erklärt, die Ablehnung des Islamismus (der friedliche Islam scheint sich rar gemacht zu haben) wird zur unbegründeten Angst aus Unwissenheit erklärt. Gleichzeitig hoffiert man konservative, teilweise vom Verfassungsschutz beobachtete und als verfassungsfeindlich eingestufte, Religionsverbände, etabliert diese in der Gesellschaftspolitik, um diese an den nächsten großen Player, die evangelische und katholische Kirche in Deutschland, mit Siegel weiterzureichen. Eine Hand wäscht schließlich die andere. Das zeigte der letzte evangeli-

Martin Schulz und der SPD reduzieren darf.

Das Plädoyer für positiv formulierte Inhalte, ohne den Status quo scharf anzugreifen, reicht nicht. Die Änderung einer politischen Richtung bedarf der klaren, durchsetzungswilligen Ansage, der Versagung der Unterstützung, des Aufstandes innerhalb der Partei, zumal der Führungsstil der Vorsitzenden nicht das einzige Problem der CDU ist. In Bund, Land und Kommune gibt es parteiintern Großbaustellen, die ohne Druck nicht zu richten sind.

In NRW etwa ist die Unterwanderung der CDU durch nationalislamistische Kräfte ein sehr großes und ebenso großzügig ignoriertes bzw. toleriertes Problem.

Fast alle integrationspolitischen, parteiinternen bzw. parteinahen Organisationen und Akteure, Mitglieder, Funktionäre oder Abgeordnete, sind mit nationalistischen und/oder islamistischen Äußerungen oder Kontakten in Erscheinung getreten.

Wahlkampf und Dialog öffnen Türen, die geschlossen bleiben müssen. Menschenfeindliche Überzeugungen und ihre Vertreter gehören geächtet. Die CDU in NRW umwirbt sie.

Es ist für einen Grauen Wolf der CDU Köln kein Problem an einem Kreisparteitag teilzunehmen, am Empfang mit-zuhelfen und in Mitgliederlisten die empfindlichen Daten einzusehen. Und das obwohl jeder von seiner nationalislamistisch-rechtsradikalen „Neigung“ weiß und selbst die lokale Presse darüber berichtet hat. Und auch für die integrationspolitischen Akteure aus der CDU Landespolitik, wie etwa die neue Staatssekretärin für Integration, ist es kein Problem im Wahlkampf zum Integrationsrat (2014) solchen Mitgliedern aktive Unterstützung zuzusagen.

Innerhalb der Partei werden Missstände unter den Teppich gekehrt. Wer mit seiner Kritik Gefahr läuft öffentlich wahr genommen zu werden, wird auf möglicherweise parteischädigendes Verhalten hingewiesen und darf „froh sein“, dass man nicht gegen ihn vorgeht. Eigentlich ist genau diese Unterwürfigkeit gegenüber dem Nächsthöheren in der Hierarchie „gelebter Orient“.

Das Streiten haben wir nicht nur verlernt, es ist verpönt. Die Meinungsbildung in der Partei ist Sache der Vorsitzenden, vorzugsweise hinter verschlossenen Türen oder im Rahmen eines Gespräches mit einer Modezeitschrift. Vorschläge, die nicht der Linie von Parteifunktionären (die Basis ist und bleibt irrelevant) entsprechen, werden ignoriert; mal freundlich dezent, mal mit dem Verdrehen der Augen. Parteiarbeit ist fast ausschließlich auf die Organisation von Mehrheiten ausgerichtet. Die Basis traut sich nicht Gedachtes auszusprechen und begrenzt sich selbst auf Wahlplakatdienstleistungen. Eine „konservative“ Partei, die mit Konservativen Inhalten nichts mehr zu tun haben will.

Nein, so wird das nichts. Ich bin raus.

Mit freundlichen Grüßen
Jaklin Chatschadorian

Fast alle integrationspolitischen Mitglieder oder Abgeordnete sind mit nationalistischen und/oder islamistischen Äußerungen oder Kontakten in Erscheinung getreten.

Rückschritt in unserer Debattenkultur zu qualifizieren. In Zeiten der gewaltaffinen, nicht nur terroristischen Bedrohungen – gerade über das Internet – ist die darin enthaltene Herausgabeaufforderung von Kontaktdaten von Privaten an Private ein grob fahrlässig zur Verfügung gestelltes Hilfsmittel für kriminelle Ambitionen. Doch auch das wird, unter dem Deckmantel eines Vorgehens gegen Hassbotschaften, von der CDU unterstützt.

Unter dem Deckmantel des Kampfes „gegen Rechts“ haben wir eine CDU-Verteidigungsministerin, die der Bundeswehr in den Rücken fällt und den

sche Kirchentag überraschend klar.

Dass konservative Kreise innerhalb der Partei sich immer öfter zusammenschließen und wachsen, ist sehr erfreulich. Doch kann ich nicht darüber hinwegsehen, dass diese Bewegung sich nicht an die Personalfrage herantraut und nur still und leise auf eine Zeit nach Merkel hofft. Ich sehe nicht, dass wir für kleinste parteipolitische Entwicklungen Zeit hätten. Das Land steht vor den größten, von der CDU entscheidend mitverursachten, Herausforderungen und Gefahren seit Gründung der Bundesrepublik, die man mitnichten auf einen möglichen Wahlsieg von

Ein Kampf zwischen Zivilisation und Barbarei

Äquidistanz im israelisch-arabischen Konflikt stärkt nur die Barbarei.

Von Thomas Eppinger

Die Familie von Yosef „Yossi“ Salomon versammelte sich Freitagabend zum traditionellen Schabbat-Mahl, um die Geburt eines Enkelkinds zu feiern, das an diesem Morgen geboren wurde. Der Tisch war mit einer weißen Tischdecke gedeckt, reich beladen mit Häppchen, Colaflaschen und einer ungeöffneten Flasche Whiskey. Die 10-köpfige Runde erwartete noch weitere Gäste, die Tür des Hauses stand weit offen. Statt Gästen kam der Horror.

Ein 19-jähriger „Palästinenser“, dessen Name nichts zur Sache tut, drang in das Haus ein und fiel mit einem Messer über die Familienmitglieder her. Er erstach Yossi Salomon (70), die Tochter Chava (46), und den Sohn Elad Salomon (36). Yossis Gattin Tova, 68, und andere Familienmitglieder wurden schwer verletzt. Elads Frau schaffte es, sich mit kleinen Kindern in einem Raum nebenan einzuschließen und die Polizei zu alarmieren. Ihre Hilfeschreie wurden von einem Nachbarn gehört, der in einer Eliteeinheit in der IDF dient. Er schoss den Mörder durch das Fenster nieder und rettete damit wohl sieben Familienmitgliedern das Leben.

Motiv für das Attentat war der Protest gegen verstärkte Sicherheitskontrollen am Tempelberg, nachdem in der Vorwoche drei „Palästinenser“ zwei israelische Polizisten mit Waffen erschossen hatten, die in die Al-Aksa Moschee geschmuggelt worden waren. Die Aufstellung von Metalldetektoren, wie sie auch an vielen islamischen Stätten verwendet werden, führte zu Gewaltausbrüchen wütender Muslime.

„Keine Versöhnung im Tempelberg-Streit“, übertitelt die „Tagesschau“ der ARD ihren Bericht über die Auseinandersetzungen. Gleich zu Beginn darf der Vater des dreifachen Mörders auf die Tränendrüse drücken:

„Ein älterer palästinensischer Mann steht vor seinem Haus und wischt sich Tränen aus dem Gesicht. Sein Sohn hat am Vorabend drei Israelis getötet. Manche israelische Medien schreiben, er habe die Familienmitglieder förmlich abgeschlachtet. ‚Der Junge hat gesehen, was die Israelis gerade an der Al-Aksa-Moschee machen‘, sagt er. ‚Sie töten,



Es gibt eigentlich keinen Grund sich nicht eindeutig für Israel zu positionieren.

wegen der Gebete der Juden auf dem Tempelberg begangen.“

Der Stolz der Eltern hat durchaus handfeste Gründe, schließlich vergütet die „palästinensische“ Autonomiebehörde jeden Judenmord mit barem Geld. Die Familie des Mörders darf sich jetzt jeden Monat auf fast 3.500 Dollar freuen – nicht zuletzt finanziert von der EU, also mit unserem Steuergeld.

Ich bin parteiisch

Die Ereignisse der letzten zwei Wochen, die Reaktionen der internationalen Politik darauf und die Berichterstattung in den Medien darüber, sind charakteristisch. Der Westen, seine Politiker, seine Leitmedien und seine In-

eigenen Taschen der Funktionäre, in Waffen und die Bezahlung von Terroristen und deren Angehörigen. Oppositionelle werden verfolgt und ermordet.

Im Kampf verstecken sie sich hinter ihren Frauen und Kindern, die sie ohne Skrupel der eigenen Propaganda opfern. Ihre Mörder preisen sie als Helden, die Ermordung von Juden feiern sie mit der Verteilung von Süßigkeiten. Wenn der Staat, den sie wollen, jemals Wirklichkeit wird, gibt es nur einen Unrechtsstaat mehr.

Wer sonst achtet so sehr auf Opfervermeidung wie die Israelis?

Auf der anderen Seite steht die einzige Demokratie im Nahen Osten. Ein Rechtsstaat, der selbstverständlich auch Regierungsangehörige belangt, wenn sie sich etwas zuschulden kommen lassen. Eine Demokratie, in der Araber mehr Rechte genießen als in jedem arabischen Land. Mit emanzipierten Frauen und Love Parades. Eine High-Tech Oase der Bildung und des Wissens, der die Welt unzählige Innovationen verdankt. Mit einer Armee, die mehr als jede andere in der Geschichte unternimmt, um zivile Opfer beim Gegner zu vermeiden. Ein Land, das denen, die es vernichten wollen, Strom und Wasser liefert und in seinen Krankenhäusern deren Kranke und Verwundete versorgt. Ein Land, das jedes Leben so wertschätzt, dass es lieber inhaftierte Mörder freilässt als ein einziges wissentlich zu opfern.

Und nein, dass ich parteiisch bin, hat nicht das Geringste mit irgendeiner „besonderen historischen Verantwortung“ zu tun. Es reicht die Antwort auf die einfache Frage, wo man die eigene Tochter lieber aufwachsen sähe: in Tel Aviv oder in Ramallah? Wie kann man unparteiisch sein, wenn die Barbarei die Zivilisation bekämpft?

Die Araber wollen nicht nur Gaza, Judäa und Samaria

Als wäre „unparteiisch“ nicht schon schlimm genug, positionieren sich die westlichen Eliten überwiegend gegen Israel. Sie schüren die Hoffnung der „palästinensischen“ Führung, ihr Ziel irgendwann zu erreichen. Und dieses Ziel ist nicht ein eigener Staat in Gaza und im Westjordanland – den könnten sie längst haben, wenn sie ihn gewollt hätten. Ihr Ziel ist die Vernichtung Israels als jüdischer Staat. Mit weniger werden sie sich solange nicht zufriedengeben, bis sie sich damit abfinden, dass sie dieses Ziel niemals erreichen werden.

Darum ist es falsch, der korrupten „palästinensischen“ Führung auf gleicher Augenhöhe zu begegnen. Es ist falsch, den Terror mit der Aufnahme in die UNESCO zu belohnen. Es ist falsch, die „Palästinenser“ zur höchstalimierten Gruppe der Welt zu machen. Es ist falsch, dass „Palästinenser“ als weltweit einzige ihren Flüchtlingsstatus über Generationen vererben können.

Am Anfang jedes Friedens stehen Sieg und Niederlage. Solange sich die „Palästinenser“ ihre Niederlage nicht eingestehen, die sich in der schieren Existenz des jüdischen Staates manifestiert, wird es keinen Frieden geben. Indem wir die Hoffnungen der „Palästinenser“ nähren, liefern wir das Motiv für die nächste Intifada.

Wir sollten klar und unmissverständlich Stellung beziehen, auf welcher Seite wir stehen. Wir sollten zu „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ aufrufen, aber gegen die „Palästinenser“. Wir sollten Hamas und Fatah politisch und wirtschaftlich isolieren und die UNRWA endlich schließen.

Nichts davon ist in absehbarer Zeit realistisch. Im Vergleich zum Status quo wäre „unparteiisch“ schon ein Fortschritt. Das ist unsere Schande.

„ Die Tür stand offen. Die Familie erwartete noch Gäste, stattdessen kam der Horror.“

schlagen, verwunden die Menschen. Es gibt keine Gebete in unserer Heiligen Stätte mehr.‘ Wenn es diesen Ort nicht mehr gebe, sagt der Vater, dann verschwinde auch die Ehre der Muslime.“

Über die Tränen der Salomons erfahren wir nichts.

Dass sich Israelis nicht einfach ohne Gegenmaßnahmen ermorden lassen wollen, ist für „Palästinenser“ offenbar eine nicht hinnehmbare Provokation. Die Mutter des Terroristen ist stolz auf ihren Sohn und preist ihn wenig später in einem Video, in dem sie zu weiteren Anschlägen aufruft:

„Ich bin stolz auf dich, mein Sohn und hoffe, Allah wird Dich mit offenen Armen empfangen. Sein Vater hat ihn unterstützt. Unser Sohn hat den Angriff

tellektuellen, lassen Israel größtenteils im Stich. Spreche ich diesen Umstand in privaten Diskussionen an, wird mir vorgeworfen, ich sei offensichtlich parteiisch. Ja, natürlich bin ich parteiisch. Wie kann man das denn nicht sein?

Auf der einen Seite stehen islam-faschistische Terrororganisationen wie Hamas und Hisbollah und eine bis ins Mark korrupte „Palästinensische“ Autonomiebehörde (PA), deren oberster Chef Machmud Abbas unter anderem Drahtzieher und Finanzier des Terroranschlags von München 1972 war. Hamas und PA haben die Ermordung von Israelis zu einem einträglichen Geschäftsmodell gemacht. Das Geld, mit dem sie von der Weltgemeinschaft überschüttet werden, fließt nicht in Bildung und Infrastruktur, sondern in die

Ich bin für die Zweistaatenlösung – Wirklich!

Eine Glosse des Sängers Yehoram Gaon zur „Zwei-Staaten-Lösung“

Von Redaktion Audiatur

In einem Radiomonolog erklärt Israels beliebter Sänger, Schauspieler und Moderator Yehoram Gaon die Zweistaatenlösung – einfach und verständlich.

Ich gestehe, dass ich für die „zwei Staaten für zwei Völker“ bin. Aber zuerst müsste mir jemand, der wirklich kompetent ist, erklären, was dieser Ausdruck bedeutet, den alle dreimal am Tag wiederholen, als sei er das Shmona-Esrey, das Gebet der 18 Segensprüche. „Zwei Staaten für zwei Völker“ ... kann mir jemand erklären, von welchen Völkern dabei die Rede ist? Von welchen Staaten die Rede ist? Nur, damit ich das mal verstehe: Sprechen wir von einem jüdischen und einem „palästinensischen“ Staat, oder sind wir uns über die Definitionen noch gar nicht im Klaren? Ich habe das noch nicht verstanden...

Ich bin dafür, ich schwöre es Ihnen, ich bin für diese „zwei Staaten für zwei Völker“. Aber jemand, einer, der kompetent ist, einer, der es weiß, der es wirklich weiß. Nicht jemand, der es wie alle anderen einfach nur vor sich hin nuschelt, also so einer möge mir doch erklären, was das eigentlich bedeutet? Was bedeutet dieses „Zwei Staaten für zwei Völker“? Wo soll das geschehen? Wie soll es geschehen?

Nur, um das zu verstehen: wo wird unser Staat sein, und wo der des anderen Volkes? Ich sage das mit Absicht „des anderen Volkes“, weil ich nicht weiß, ob auch Gaza in diesem Abkommen enthalten ist? Oder ob es eventuell noch einen weiteren Staat geben wird?

Vielleicht versteht man in Frankreich mehr davon

Es ist schön, ich finde es gut, dass man in Frankreich darüber debattiert, vielleicht weiß man dort mehr, denn hier, also da, wo diese Staaten beheimatet sein sollen, weiß man nicht, aber wirklich nicht, wie das Ganze aussehen soll. Wenn nämlich der Gazastreifen nicht in diesem Abkommen enthalten ist, dann sprechen wir ja schon über drei Staaten für zwei Völker, richtig? Einen Staat in Gaza, für die „Palästinenser“ der Hamas, und ein zweiter „palästinensischer“ Staat auf dem Boden von Judäa und Samaria im Westjordanland, von wo dann 500.000 Juden evakuiert werden sollen, damit dieser reibungslos an die PLO übergeben werden kann, richtig? Also zwei Staaten für sie und einen für uns. Soweit alles klar. Und – damit sie mich nicht falsch verstehen: ich bin für „zwei Staaten für zwei Völker“.

Weiter mit der Arithmetik...

Aber halt, einen Augenblick... 80 % der jordanischen Bevölkerung sind „Palästinenser“? Das heißt, wenn dieses Abkommen echt sein, und die Realität getreu widergeben sollte, dann müsste darin auch vermerkt werden, dass es bereits vier Staaten für zwei Völker sind. Einer für die Juden – falls man uns in diesem Abkommen erlaubt, uns als solche zu bezeichnen – und drei für die „Palästinenser“. Erstens Gaza, zweitens das Westjordanland und drittens Jordanien.

Gesetzt den Fall, wir hätten uns darauf geeinigt: einen Staat für uns und drei für sie, sagen wir, wir wären damit einverstanden, dürften wir als Juden dann in Gaza wohnen? Oder in Jordanien? Oder im von Juden evakuierten Westjordanland? Das ist nicht sicher. Aus zwei Gründen



Yehoram Gaon spielte auch die Rolle des Jonathan Netanjahu im Film „Operation Thunderbolt“

– erstens glaube ich nicht, dass es auch nur einen Juden gibt, der zum Beispiel in Gaza wohnen möchte, und zweitens glaube ich auch nicht, dass irgendjemand es überhaupt zulassen würde, dass ein Jude, natürlich nach der Evakuierung, im Westjordanland lebt.

Im jüdischen Staat hingegen – falls man uns erlauben wird, diesen so zu nennen – gibt es eineinhalb Millionen Araber.

Daraus lernen wir, dass das Mantra von den zwei Staaten für zwei Völker eigentlich Folgendes bedeutet: drei judenreine Staaten für die Palästinenser und einen weiteren Staat für all seine Bürger, in dem auch Israelis leben dürfen. Korrigieren Sie mich, falls ich irren sollte. Aber... Ich bin dafür, ich bin für die „zwei Staaten für zwei Völker“.

„Man darf sich nicht von Ängsten lähmen lassen.“

Wenn ich diesen Satz ausspreche, dann fühlt sich das so fortschrittlich an. Aber ich stecke auch voller Ängste, ich gestehe es. Nehmen wir mal an, wir erklären uns einverstanden, für den heiß ersehnten Frieden aus dem Westjordanland abzuziehen, zurück auf die Grenzen von 1948... wenn schon eine Geste, dann Jallah, lasst uns aufs Ganze gehen. Vielleicht wird das der gesamten Region hier guttun, die ja bekanntlich so friedliebend ist, sich so sehr nach Frieden sehnt. Schließlich erblüht rings um uns alles in einem einzigen regionalen Frühling.

Also sagen wir mal, wir hätten die Ge-

biete geräumt, seien mit Lastwägen abgezogen, aus diesen besetzten Gebieten, die man früher einmal Judäa und Samaria nannte. 500.000 Menschen... Weiß jemand, wo diese hingehen sollen? Bereitet sich jemand auf ihre Ankunft vor?

Viele Gaza-Juden sind heute noch enturzelt

Die Welt und ihr Gewissen mögen eines bedenken: für viele der 7.000 im Jahr 2005 aus Katif im Gazastreifen umgesiedelten Israelis hat sich immer noch keine Lösung gefunden, und ein beachtlicher Teil von ihnen siedelt heute auf der Couch von Psychiatern. Sind wir zu einer freiwilligen Völkerwanderung von weiteren 500.000 Menschen bereit? Von drei Generationen? Haben wir eine halbe Million Psychiater, die bereitstehen, um zu empfangen, was da kommen mag?

Ich bin dafür, ich versichere es Ihnen, ich bin dafür: „Zwei Staaten für zwei Völker“... ich schwöre es. Es gibt nichts, was richtiger klänge, was so romantisch und so moralisch klänge. Aber... was ist das überhaupt? Wie soll es aussehen, dieses Zauber-, dieses Allheilmittel?

Die paar Hindernisse sind schnell gelöst

Und Jerusalem? Was ist mit Jerusalem? Es soll die Hauptstadt beider Völker werden, richtig? Nein, nein, nein... Sagen Sie mir nicht, dieses Thema müsse man für zuletzt aufbewahren. Nein, lassen Sie uns damit beginnen, damit müs-

sen wir beginnen. Denn wegen dieses Themas wird der Stadt bereits eine neue Vergangenheit erfunden, eine Vergangenheit ohne König David, ohne König Salomo, ohne die Tempel... das ist alles nur eine Erfindung der Juden.

Jerusalem ist das Herzstück des Konflikts. Was also soll in Jerusalem geschehen? Soll eine Mauer die miteinander verflochtenen Stadtviertel trennen? Soll es eine Art von allmächtiger Super-Stadtverwaltung geben?

Und noch eine interessante Frage: wird überhaupt bedacht, dass wir hier von Menschen sprechen? Denen irgendein willkürliches Abkommen etwas vorschreiben soll, das im Widerspruch zu ihrer Kultur, ihrem Alltag, ihrer Geschichte und ihrem Glauben steht? Hören Sie, das ist interessant: wenn in Jerusalem keine Menschen lebten, dann wäre es sehr viel leichter, die Stadt zu teilen, ich gebe es zu. Man würde ganz einfach eine Linie auf einer Karte ziehen. Und das wär's.

Das hat es ja bereits gegeben. Sehen Sie sich nur an, wie es in unserer Region aussieht, weil ein paar Leute früher schon einmal Linien auf einer Landkarte gezogen haben. Aber in dieser Stadt leben und atmen 800.000 Menschen. Das ist etwas komplizierter.

Ich bin für die „zwei Staaten für zwei Völker“. Was aber geschieht, wenn Mahmud Abbas am Tag der Unterschriftsleistung aus dem Amt scheidet? Oder davongejagt wird? Und Ismail Haniya, der feine Herr Haniya, in dieses Gebiet Einzug hält?

Und weiter: angesichts der in Flammen aufgehenden arabischen Welt, von der wir umgeben sind – was soll geschehen, wenn die israelischen Araber ein Teil dieser Staaten werden wollen, die plötzlich rings um sie aus dem Boden gestampft werden, was dann? Was soll dann mit Wadi Ara geschehen? Wird uns dann nur noch Wadi Milek bleiben, um vom Westen des Landes in den Osten zu fahren?

Ich bin dafür...

Ich bin dafür, bin dafür, bin dafür... für die zwei Staaten. Aber jemand möge mir doch erklären, wie das aussehen soll? Wo genau das stattfinden soll? Was hier passiert, am Tag nach dem Abkommen? Werden sie ein Militär haben? Werden sie kein Militär haben? Und wenn in diesem unterzeichneten Abkommen schriftlich vereinbart worden ist, dass sie kein Militär haben werden, halten sie sich dann daran?

Schließlich sehen wir den Präzedenzfall Gaza, wo es einmal einen Flughafen, einen Hafen und Nachtclubs gab. Gaza hat sich in eine grausame Armee verwandelt, die einen Staat besitzt! Wer garantiert uns, dass sich das nicht mit allen vier Staaten wiederholt, die sie bekommen werden?

Ich bin dafür, ich bin für zwei Staaten... aber wenn sich das dennoch nicht so ganz nach dem amorphen Plan entwickelt, der ignoriert, dass hier von Menschen die Rede ist? Der nur Gebiete sieht? Wie sollen wir dann über die Schnellstraße 6 fahren? Mit sicherheitsverglasteten Autos? Mit Panzerfahrzeugen?

Hören Sie, ich bin für „zwei Staaten für zwei...“. Ich weiß ganz einfach nicht, was das ist. Gibt es auf diesem Planeten überhaupt jemanden, der das weiß?

Aus dem Hebräischen von Rachel Grünberger-Elbaz

Metalldetektoren stören in Jerusalem – in Mekka jedoch nicht

Von der Doppelzüngigkeit moslemischer Glaubensführer und unserer Presse

Von Melissa Kaiser

Metalldetektoren sind ein Angriff auf die Menschlichkeit. Zumindest dann, wenn sie von den Falschen eingesetzt werden. Ganz unabhängig von der Tatsache, ob jeder – egal ob Jude, Hindu oder Scientologe, sie passieren muss.

Dies geschieht tagtäglich an nahezu allen Flughäfen dieser Welt. Auch für Mekka-Pilger aus der ganzen Welt. Und nicht nur das – selbst vor Ort in der heiligsten Stadt der Moslems ist das Passieren einer Sicherheitsschleuse unabdingbar. Diese beinhaltet im übrigen Metalldetektoren. Lediglich Muslime dürften hierbei kontrolliert werden, denn ein Besuch in Mekka ist ohnehin allen Nichtmuslimen verboten. Darauf weisen freundlicherweise Straßenschilder rechtzeitig hin. Mekka. Nicht Jerusalem. Gott sei Dank!

Blicken wir auf die Vorkommnisse am Tempelberg, so gestaltete sich dort der Einsatz dieser Detektoren als weitaus schwieriger als in Mekka. Nicht etwa, weil es an Legitimation fehlen würde. Zwei israelisch-drusische Beamte verloren ihr Leben bei einem arabischen Terroranschlag auf dem Tempelberg. Es ist eher verwunderlich, warum die Installation der Detektoren nicht schon früher erfolgte – denn die Lagerung von Waffen ist dort schon fast eine Tradition.

Als Reaktion auf die daraufhin vorgenommenen israelischen Sicherheitsvorkehrungen folgte der „Tag des Zorns“. Initiiert vom „gemäßigten“ „Friedensengel Abbas“ höchstpersönlich (um Papst Franziskus zu zitieren). Nun möchte man sich unweigerlich fragen, was an blindem und indoktrinierten Zorn dieser Person und seiner Anhänger neu sei. Im Grunde gar nichts. Und so widerwärtig die anschließenden Morde an drei Israelis in Judäa und Samaria waren, so wenig überraschend sind sie.

Ebenso wenig überraschend sind die zahlreichen Dschihadistenglorifizierer à la Todenhöfer, die sich berufen fühlen, die bestialischen Verbrechen als emanzipatorischen Akt zu verkaufen. Im Angesichte jeglicher barbarischen Akte müssen die Schlagworte Israelkritik und Besatzung gewahrt bleiben – dafür kämpfen zahlreiche selbsternannte Nahostexperten seit der Gründung des jüdischen Staates.

Metalldetektoren sind die Ursache allen Übels?

Formt man diese geistigen Kapitulationen allerdings zu einer Prämisse, so ist die einleitende Frage umso drängender: Warum sind israelische Metalldetekto-



Mekka: Hier sind Metall-Detektoren Normalität.

ren, die jeder Besucher des Tempelbergs durchqueren muss, ein „Friedenshindernis“, die Metalldetektoren in Mekka aber nicht?

Ebenso wenig diskutiert die besorg-

Situation eines Staates anzuerkennen, dem es nicht einmal mehr gestattet ist, auf diese Weise seine Besucher und Bewohner schützen zu dürfen. Die mediale Öffentlichkeit affirmiert zu einem

Recht auf Sicherheit hinge von der Herkunft seiner Installateure ab? Die Knobelei dürfte fortgeführt werden. Ganz ausgebufft ist der Hinweis, es ginge hier lediglich um die Verletzung von jordanischen Hoheitsrechten. Natürlich kommt diese Argumentation sehr gelegen, sie weist weitere Nachfragen gekonnt ab.

Mittlerweile wurden die Detektoren auf Geheiß des Sicherheitskabinetts entfernt. Stattdessen soll das Problem durch eine Gesichtserkennungssoftware angegangen werden. Aber auch dabei wird es wieder genügend Spielraum für Hass und Zorn weltweit geben. Der arabische Boykott des Tempelbergs soll jedenfalls andauern. Denn jegliche Vorkehrung untergräbt in seiner Konsequenz das Menschenrecht auf Waffenarsenale direkt neben der Klagemauer und den vielfach gepriesenen „Status Quo“.

„ Die Israelis wollen das „arabische Menschenrecht“ auf Waffenarsenale direkt neben der Klagemauer in Frage stellen. “

te Weltöffentlichkeit ähnliche Sicherheitsvorkehrungen für Moscheen in Ägypten oder Kuwait. Man könnte die Antwort auf diese Fragen derart mystifizieren und herumorakeln, bis „alles nichts mehr mit nichts“ zu tun hätte. Das wäre die eine Option. Eine andere und vernünftiger wäre, die verfahren-

nicht geringen Teil Überzeugungen der eingefeilchten Gottesstaatfraktion:

Diese Vorkehrungen verletzen religiöse Gefühle, Gebete werden dadurch angeblich nicht mehr erhört. Reisen nun zahlreiche Menschen umsonst nach Mekka? Oder ist es einfach ein unverblümter Hinweis darauf, das

Warum wird Mekka nicht von Juden bewacht?

Von Gerd Buurmann

Der Tempelberg ist die heiligste Stätte des Judentums. Alle Tore zum Tempelberg werden jedoch von Angestellten einer sogenannten „Frommen Stiftung des Islams“ (Waqf) überwacht. Nicht selten wird nur Muslimen der Zutritt zum Tempelberg erlaubt. Das ist in etwa so, als würde Medina von Christen, Mekka von Juden und der Vatikan von Muslimen überwacht.

Der Status quo auf dem Tempelberg wird von israelischen Sicherheitskräften

bewahrt. Kann sich irgendjemand vorstellen, dass muslimische Sicherheitskräfte dafür einstehen würden, dass Medina christlich und Mekka jüdisch bewacht werden? Was würde wohl der Vatikan sagen, wenn der Zugang zum Vatikan von einer „Frommen Stiftung des Islams“ bewacht werden würde, die zu bestimmten Zeiten nur Muslime in den Vatikan lassen würde? Glaubt irgendwer ernsthaft, Christen und Muslime würden nur mit Metalldetektoren und Kameras antworten?

Wieder einmal machen Juden für den Frieden Zugeständnisse, die kein Christ und kein Muslim jemals gemacht hat oder jemals machen würde. Dennoch wird Israel kritisiert.

Judenhass ist, wenn man Juden für etwas kritisiert, das man bei allen Anderen durchgehen lässt. Wer in der heutigen Situation und bei der Eskalation auf dem Tempelberg Israel kritisiert, fällt in genau diese Definition.

Daher, solange Mekka nicht jüdisch, Medina nicht christlich und der Vati-

kan nicht muslimisch überwacht sind, sollte niemand Israel kritisieren, denn die heiligste Stätte der Juden ist nicht jüdisch überwacht. Würde man das Judentum so behandeln wie jede andere Religion auch, dann müsste der Tempelberg jüdisch überwacht sein und ein Tempel auf dem Berg stehen!

Israel aber ist mit Frieden zufrieden und überlässt dafür den Tempelberg einer „Frommen Stiftung des Islams“, wenn es dafür nur Frieden gibt. Wieviel vorbildlicher geht es noch?

„Wer betet, kommt ins Gefängnis.“

In Jordanien werden Juden an der Ausübung ihrer Religion gehindert

Von Ulrich W. Sahm

In ganz Jordanien ist es jetzt Juden verboten, zu beten. Das erfuhr eine Gruppe frommer israelischer Touristen auf dem Weg zum Grabmal von Aaron, dem biblischen Hohepriester und Bruder des Moses. Laut der Tradition liegt Aaron auf dem Berg Hor (Jabal Haroun), in der Nähe von Petra, im Süden Jordaniens begraben.

Die jordanische Polizei drohte der Gruppe mit ihrer Inhaftierung, falls sie irgendwo im Lande beteten. Das bestätigte auch der Sprecher des israelischen Außenministeriums, Emmanuel Nahshon: „Es stellte sich heraus, dass ihnen nicht erlaubt war, religiöse Symbole zu zeigen.“

Einer der Touristen, Rabbi Menashe Zelicha von Bnei Brak, sagte: „Wir dürfen nicht morgens beten, keine Tefillin (Gebetsriemen) umbinden, keine Gebetschals überziehen, nichts. Wir konnten nicht beten, auch im Hotel, oder gar in unserem Zimmer. Polizisten kamen ins Hotel und schrien wild. Sie sagten, dass sie uns in einer Minute aus Jordanien deportieren würden, wenn wir auch nur einen Pieps machten: Wer betet, wird ins Gefängnis geworfen.“

Beim Grenzübergang hätten die jordanischen Behörden „die Koffer überprüft. Sie beschlagnahmten unsere Gebetsbücher, die Gebetschals, die Tefillin. Eine Person musste sogar das traditionelle Hemd mit den Schaufäden (Zizit) ausziehen.“ Wie der Rabbiner weiter einem frommen Radiosender in Israel berichtete, hätten die Jordanier ihnen sogar die Kipot weggenommen. „Die Leute blieben nur mit ihrem Hemd und ihrer Hose.“



Aarons Grab in Petra (Jordanien)

Israelische Diplomaten in Jordanien baten die Touristen, „unauffällig zu bleiben und die Anweisungen der Polizei zu befolgen.“

Den Israelis wurden geraten, das Land umgehend zu verlassen, angesichts der an-

gespannten Situation in Israel und in der Westbank infolge des Terrorangriffs vom 14. Juli am Tempelberg. Zusätzlich kam es zu einem Angriff auf einen Sicherheitsmann der israelischen Botschaft in Amman. Dabei wurden zwei Jordanier erschossen.

Die jordanischen Behörden verweigerten Antworten auf Fragen israelischer Medien. Doch ist bekannt, dass israelische Touristen auch in der Vergangenheit empfohlen worden war, sich trotz des Friedensabkommens in Jordanien „unauffällig“ zu verhalten.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben rechts und ganz unten im Menü „Service“) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Wie die Araber den Juden ihre Vergangenheit stehlen

Der unzumutbare Status quo von Hebron lässt erahnen wie es den Juden in einem geteilten Jerusalem ergehen würde

Von Stefan Frank

Eine Zeitlang war es um Hebron recht ruhig geworden – zumindest, was die Wahrnehmung der Stadt in der internationalen Presse betrifft. Diesen Monat wurde wieder Notiz von ihr genommen: Auf Antrag einiger arabischer Länder hat die UNESCO Hebron und die Grabstätte der Patriarchen zum „gefährdeten“ „palästinensischen Weltkulturerbe“ ernannt.

Der archäologische Dschihad gegen Israel und die Juden geht weiter. Schon seit langem streitet die UNESCO den Juden jedes Recht an ihren Heiligtümern ab, sei es die Höhle der Patriarchen, Rachels Grab, der Tempelberg oder die Westmauer. Juden werden ihrer Vergangenheit beraubt – so, wie die Nationalsozialisten Heinrich Heines „Lied von der Loreley“ zum „Volkslied“ eines „unbekannten Verfassers“ machten, um jegliche jüdische Spur zu tilgen.

Hebron ist eine der ältesten jüdischen Städte, schon vor Jahrtausenden lebten dort Juden. Im 2. Buch Samuel, Kapitel 2 lesen wir: „Nach dieser Geschichte fragte David den HERRN und sprach: Soll ich hinauf in der Städte Juda's eine ziehen? Und der HERR sprach zu ihm: Zieh hinauf! David sprach: Wohin? Er sprach: Gen Hebron.“ Und weiter heißt es: „Die Zeit aber, da David König war zu Hebron über das Haus Juda, war sieben Jahre und sechs Monate.“

Jüdischer als Hebron kann eine Stadt wohl nicht sein. Und doch – oder vielleicht gerade deshalb? – bringt kaum etwas die Feinde Israels so in Rage wie Juden, die in Hebron leben, in ihrer uraltesten Stadt. Das ist auch deshalb so merkwürdig, weil der Status Hebrons ja in einem bilateralen Abkommen geregelt ist, das der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu 1997 mit Jassir Arafat, dem seinerzeitigen Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde, geschlossen hat. Es war eines der wenigen konkreten Abkommen, zu deren Unterzeichnung Arafat bereit war.

Das war kein Wunder: Ihm wurde etwas gegeben, was er vorher nicht besessen hatte (die Kontrolle über 80 Prozent von Hebron), ohne dass er irgendeine Gegenleistung hätte erbringen müssen. Das passte in die Strategie des im Juni 1974 von Zentralkomitee der PLO verabschiedeten „Phasenplans“, der vorsieht, dass die PLO die Kontrolle über jedes Gebiet antritt, das sie durch bewaffneten Kampf „befreit“ hat, um von dort aus den Krieg gegen Israel weiterzuführen.

Arafat lehnte alle Angebote ab

Als Netanjahu und Arafat vor 20 Jahren den Vertrag über die Aufteilung Hebrons unterzeichneten, galt dies als Meilenstein der bilateralen Verhandlungen und Muster für zukünftige Abkommen über die Aufteilung von Territorien und den Verlauf der Grenzen. „Einmal mehr haben die Kräfte des Friedens über eine Geschichte des Zwistes gesiegt“, kommentierte der damalige US-Präsident Bill Clinton. Doch bekanntlich weigerte sich Arafat danach beharrlich, über einen weitergehenden Friedensvertrag auch nur zu verhandeln. Als Clinton ihn im Sommer 2000 zusammen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak nach



Blick über die Stadt Hebron

Camp David einlud, um kurz vor Ende von Clintons Amtszeit noch ein Friedensabkommen zu besiegeln, lehnte Arafat nicht nur Baraks großzügiges Angebot ab, einen arabisch-„palästinensischen“ Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt zu gründen; er selbst machte nicht einmal einen Gegenvorschlag. Der damalige amerikanische Vermittler Dennis Ross erinnert sich:

„Tatsächlich hat er selbst während der 15 Tage keine einzige Idee vorgebracht. ... Die einzige neue Idee, die er in Camp David vorgebracht hat, war, dass der Tempel nicht in Jerusalem gestanden habe, sondern in Nablus.“

Das ist symptomatisch: Vielleicht fasste Arafat just in Camp David den Plan, den Juden international jegliche Verbindung zu ihrem Land streitig zu machen. Die Welt, das wusste Arafat, bestraft nicht seine Weigerung, irgendeine diplomatische Verständigung zu suchen, sondern bestraft immer nur die Israelis. Das zeigt sich auch darin, dass die Juden überhaupt keine Anerkennung dafür be-

geteilt – ein Teil wird kontrolliert von der Palästinensischen Autonomiebehörde und ein Teil von Israel. Dort, geschützt vom israelischen Militär, mitten im Zentrum, wohnen 800 jüdische Siedler. Eine einzigartige Situation, denn andernorts im Westjordanland haben sie separate Siedlungen auf palästinensischem Grund errichtet. Laut UNO verstoßen sie damit gegen internationales Recht.“

Gerne würde man genauer erfahren, gegen welchen Artikel des „internationalen Rechts“ sie eigentlich verstoßen. Wenn überhaupt ein juristisches Argument angeführt wird (in der Regel geschieht das nicht), dann wird meist auf Artikel 49 der Vierten Genfer Konvention Bezug genommen, die den Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten regelt. Er lautet:

„Zwangswise Einzel- oder Massensiedlungen sowie Deportationen von geschützten Personen aus besetztem Gebiet nach dem Gebiet der Besatzungsmacht oder dem irgendeines anderen besetzten oder unbesetzten Staates sind ohne Rücksicht auf ihren Beweggrund

in die ‚besetzten Gebiete‘ vornahme.“

Um zu verstehen, woran die Urheber der Konvention bei diesem Artikel gedacht hätten, müsste man den historischen Hintergrund berücksichtigen, so Hertz:

„Der Text von Artikel 49 wurde in der Folge des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzung formuliert.“ Millionen waren damals in Zwangsarbeitslager deportiert worden, Juden in die Gaskammern geschickt. „Den Autoren von Artikel 49 ging es darum, zukünftige Genozide zu verhindern. Kritiker und Feinde Israels, darunter Mitglieder der UNO und Organe wie der Internationale Strafgerichtshofs (ICJ) benutzen die Genfer Konvention als Waffe gegen Israel, obwohl die Erklärungen von maßgeblicher Gelehrten und Autoren des Dokuments allem widersprechen, was diejenigen sagen, die die Geschichte aus politischen Gründen verzerren wollen.“

„Besetzte Gebiete“?

Kann man das Territorium, das Jordanien 1948 illegal besetzt hat und das Israel 1967 eroberte, als es sich gegen das angreifende Jordanien zur Wehr setzte, überhaupt mit Fug und Recht als „besetztes Gebiet“ bezeichnen? Hertz verneint dies: Der Begriff „besetzte Gebiete“, der in der Vierten Genfer Konvention vorkommt, habe seinen Ursprung in der Nazibesatzung Europas. „Obwohl es sich in der Umgangssprache eingebürgert hat, die Westbank und Gaza als ‚besetzte Gebiete‘ zu bezeichnen, gibt es keine juristische Basis dafür, diesen Begriff in Bezug zum arabisch-israelischen Konflikt zu benutzen.“

Er verweist auf Professor Julius Stone, eine führende Autorität auf dem Gebiet des Völkerrechts, der es aus mehreren juristischen Gründen kategorisch ablehnte, den Begriff „besetztes Gebiet“ zur Be-

„ Jüdischer als Hebron kann eine Stadt wohl nicht sein. “

kommen, dass sie 80 Prozent von Hebron weggegeben haben.

Selbst die 20 Prozent, die der von Arafat mitunterzeichnete Vertrag den Juden zuspricht, gönnt man diesen nicht. (Was das für eine hypothetische Aufteilung Jerusalems bedeuten würde, ist klar. Je mehr Territorium Israel abgibt, desto aggressiver drängen seine Feinde nach).

Die „Siedler“

Juden, die in Hebron leben, werden in der europäischen Presse fast immer „Siedler“ genannt. In einem Beitrag über die Entscheidung der UNESCO schreibt „Spiegel Online“: „Hebron ist seit 1998

verboten.“

Zukünftige Genozide verhindern

Trifft diese Beschreibung auf die Situation in Hebron und den übrigen Teilen von Judäa und Samaria zu? Eli Hertz, Autor zahlreicher Bücher über den israelisch-arabischen Konflikt und Betreiber der Website Myths & Facts, kommentiert: „Es ist schwer, die haltlose Behauptung des Internationalen Strafgerichtshofs zu glauben, wonach Israel, das einzig freie und demokratische Land im Nahen Osten ‚Deportationen‘ und ‚zwangsweisen Umsiedlungen‘ seiner eigenen Bevölke-

schreibung der von Israel kontrollierten Gebiete zu verwenden. Erstens beziehe sich Artikel 49 auf die Invasion von souveränen Staaten und sei daher nicht anwendbar, da die West Bank weder damals noch heute zu einem anderen Staat gehörte bzw. gehört. Zweitens müsse man die Entstehungsgeschichte von Artikel 49 [Protection of Civilian Persons in Time of War] berücksichtigen: Es ging dar-

– jeglicher juristischen Rechtfertigung; und da sie solcherart schadhaft ist konnte sie nicht die Basis dafür sein, dass Jordanien das Vakuum an Souveränität in der Altstadt [und dem gesamten Gebiet westlich des Jordans] füllt.“

Auch Professor Eugene Rostow, der frühere Dekan der Yale Law School, US-Staatssekretär für politische Angelegenheiten und einer der wichtigsten Ver-

einem juristischen Argument – dass solche Siedlungen gegen die Vierte Genfer Konvention verstießen, die es der Besatzungsmacht verbietet, ihre eigenen Bürger in die besetzten Territorien zu transferieren. Wie die Konvention auf Juden angewandt werden kann, die bereits ein von Artikel 80 der UN-Charta geschütztes Recht besaßen, in der West Bank, Ostjerusalem und dem Gazastreifen zu leben, ist nie erklärt worden.“

„Wie es scheint, hat auch der Internationale Strafgerichtshof dies nie erklärt“, so Hertz.

„Mandat für Palästina“ wurde 1948 nicht ungültig

Ein Punkt, der in der Debatte nie zur Sprache kommt, sind die Rechte, die die Juden auf das Land haben, das früher das britische Mandatsgebiet Palästina war, in welchem laut der Balfour-Deklaration von 1917 und dem Abkommen

von Sanremo von 1920 die Heimstatt für das jüdische Volk entstehen sollte. Hertz verweist auf Artikel 80 der Charta der Vereinten Nationen, die am 26. Juni 1945 in San Francisco ins Leben gerufen wurde. Sie erkennt die fortdauernde Gültigkeit der „Rechte von Staaten oder Völkern oder von Bestimmungen bestehender internationaler Verträge“ an, darunter derjenigen, die vom Völkerbund angenommen wurden, wie etwa das Mandat für Palästina.

„Die juristischen Rechte der Juden zur Besiedlung haben den britischen Rückzug von 1948 überdauert“, so Hertz. „Weder der Internationale Strafgerichtshof und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs noch die Vierte Genfer Konvention besitzen die Autorität, die Eigentumsrechte an den Gebieten Judäa und Samaria, die auch als Westbank bekannt sind, zu berühren.“

Welcher „Verstoß gegen internationales Recht?“

um, „genozidale Zielsetzungen“ zu verhindern. Solche Verhältnisse existierten im Falle Israels nicht. Und schließlich: „Wenn Juden in der Westbank siedeln, dann tun sie das freiwillig und verdrängen keine dort ansässigen Einwohner.“ Zudem habe schon Stone darauf hingewiesen, dass keine ernsthafte Verwässerung (und schon gar keine Ausrottung) der einheimischen Populationen stattfinden. „Vielmehr hat es seit 1967 eine dramatische Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der örtlichen palästinensischen Einwohner gegeben.“

fasser der Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, sei zu dem Schluss gekommen, dass die Vierte Genfer Konvention nicht auf Israels Rechtszustand anzuwenden sei. Er bemerkte:

„Der Widerstand gegen jüdische Siedlungen in der West Bank fußte auch auf

Wann gilt die Genfer Konvention?

Von denen, die Artikel 49 der Genfer Konvention gegen Israel in Stellung bringen wollen, wird oft vergessen, dass Artikel 2 desselben Dokuments besagt, dass die Bestimmungen der Konvention nur für Konflikte gelten, die „zwischen zwei oder mehreren der Hohen Vertragsparteien“ entstehen. „Das trifft im vorliegenden Fall nicht zu, da Israel die einzige Hohe Vertragspartei (bzw. Staat) in diesem Konflikt ist und Jordanien nie Vertragspartei war. Darum ist die Vierte Genfer Konvention nicht anwendbar“, so Hertz. Er verweist auch hier auf Ausführungen von Professor Stone, der sich in einem Artikel von 1980 dem Thema der Anwendbarkeit von Artikel 49 der Genfer Konvention gewidmet hat. Darin heißt es:

„Wegen des Prinzips des ex iniuria principle [unrechtmäßige Handlungen können kein Recht schaffen] besaß Jordanien nie einen rechtsgültigen Anspruch auf die West Bank, und kein anderer Staat erhebt diesen Anspruch. Artikel 49 scheint also schlechterdings nicht anwendbar zu sein. Selbst wenn er es wäre, ist hinzuzufügen, dass die in jüngerer Zeit stattfindenden freiwilligen Siedlungen von der Absicht von Artikel 49 nicht erfasst zu sein scheinen; diese richtet mehr auf den erzwungenen Transfer der Bevölkerung des kriegführenden Landes in das besetzte Gebiet oder die Umsiedlung der örtlichen Bewohner aus anderen als Sicherheitsgründen.“

So habe es auch Sir Professor Elihu Lauterpacht, einer der renommiertesten britischen Völkerrechtler des 20. Jahrhunderts, gesehen, als er 1968 schrieb:

„Daher ermangelte es Jordaniens Besetzung der Altstadt – und tatsächlich des gesamten Gebiets westlich des Jordans



Unser Service für Sie

Gregory's Joaillier am Kurfürstendamm zeichnet sich nicht nur durch innovatives Design unter der Verwendung edelster Schmucksteine aus. Eine Besonderheit ist die haus-interne Werkstatt mit Goldschmied und Steinfasser, die vor Ort individuell auf Kundenwünsche eingehen können. Exklusive Sonderanfertigungen oder das sensible Umarbeiten von altem Schmuck wird hier professionell und mit größter Sorgfalt erledigt. Sowohl Fasser als auch Goldschmied können jahrelange Erfahrung und Expertise vorweisen und arbeiten auf höchstem Niveau.

Umarbeiten

Geliebter alter Schmuck hat oft einen starken emotionalen Wert, entspricht manchmal aber nicht mehr dem eigenen Geschmack. Gregory's Joaillier hilft Ihnen ein neues Lieblingsstück daraus zu machen, ohne dass es den ursprünglichen Charakter verliert. Von kleinen Änderungen bis hin zur kompletten Neufassung von Steinen und Umnutzung des Trägermaterials erstrahlen die antike Kette oder ein alter Ring in neuem Glanz.

Unikate

Entweder wählen Sie eines der bereits fertigen Unikate von Gregory's Joaillier oder aber Sie bringen einen eigenen Entwurf mit. Gemeinsam mit dem Inhaber Gregoy Loeb wird die Auswahl der Materialien und Steine sowie die Umsetzung besprochen. Leidenschaftlich gerne designt Gregory's Joaillier

Reparaturen und Reinigung

Ein Standard-Service für unsere Kunden: kleine Reparaturen und regelmäßige Reinigung Ihres vielgetragenen Schmucks gehören zum Standard-Repertoire. Selbstverständlich sind wir durch unsere hauseigene Werkstatt in der glücklichen Lage Ihre Schmuckstücke selbst zu reparieren. Gerne stehen wir Ihnen beratend zur Verfügung und machen Ihnen einen unverbindlichen Kostenvoranschlag.

Kurfürstendamm 50A 10707 Berlin

Tel.030 88917555
contact@gregorysjoaillier.com
www.gregorysjoaillier.com

Jüdische Frauen im Ersten Weltkrieg

Zur Erinnerung an Paula Glück, Juliane Herrmann, Helene Meyer und Johanna Nathan

Von Dr. Nikoline Hansen

In der Reihe „Jüdische Miniaturen“ versuchen die Diplom-Archivarin Sabine Hank und der Diplom-Historiker Uwe Hank das Leben vier jüdischer Frauen, die sich im Ersten Weltkrieg in verschiedener Weise engagierten, anhand von Archivmaterial zu rekonstruieren. Dabei lässt sich feststellen: Die Quellenlage ist teilweise spärlich. Trotzdem ist es gelungen, die Besonderheiten des Engagements gerade jüdischer Frauen herauszuarbeiten, deren vielfältiges soziales Engagement die gesellschaftlichen Strukturen entscheidend stabilisierte, wie die Autoren in ihrem Vorwort bemerken: „An die Stelle der traditionellen jüdischen Zedaka und bürgerlichen Privatwohltätigkeit trat nun Sozialarbeit mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit, der Erziehung zur Selbsthilfe und der Vorbeugung von Not durch Gesundheitsvorsorge, Arbeitsbeschaffung und gesellschaftliche Reformen“.

Die Taufe als misslungener Rettungsversuch

Juliane Herrmann war im Ersten Weltkrieg als Krankenschwester tätig, später arbeitete sie als Stenotypistin und Kontoristin. Am 15. April 1921 kam ihre Tochter Erika in Berlin zur Welt – einen Vater gab es offi-

ziell nicht, sie war also alleinerziehend. Interessant ist, dass die Familie versuchte ihrem Verfolgungsschicksal durch Taufe zu entgehen. Julianes Bruder Franz hatte sich bereits 1924 anlässlich seiner Eheschließung taufen lassen, sein Sohn Hans Dieter Herrmann aus erster Ehe überlebte als sogenannter Mischling ersten Grades. 1939 heiratete Franz offensichtlich noch einmal eine Jüdin. Die Eheleute und der gemeinsame Sohn Uri Helmut wurden deportiert und ermordet. Juliane Herrmann ließ sich 1939 evangelisch taufen. Trotzdem wurde sie im November 1941 deportiert und ermordet. Die anhand von Archivmaterialien recherchierte Biografie zeichnet einmal mehr die vorherrschenden antisemitischen Ressentiments auf und den misslungenen Versuch einer jüdischen Familie, sich durch Abkehr von der Religion in die deutsche Gesellschaft zu integrieren.

Flucht nach Argentinien

Helene Meyer stammte aus einem gutbürgerlichen Haus, sie engagierte sich in der jüdischen Gemeinde und besuchte Lehrveranstaltungen an der Friedrich-Wilhelm-Universität. Sie interessierte sich für ägyptische Altertumskunde und unternahm Studienreisen nach Rom und 1933 auch nach Kairo. Ihr gelang die Emigration nach Argentinien, wo sie am 22. Februar 1953 starb.



Mit dem Leben wurde oft auch die Erinnerung ausgelöscht

Die Lebensläufe von Paula Glück und Johanna Nathan werden in einem Kapitel behandelt – sie sind ineinander verwoben, da beide teilweise gemeinsam in einem Waisenhaus aufwuchsen. Zur Rekonstruktion ihrer Lebensgeschichte werden insbesondere Zeugnisse von Leo Baeck herangezogen, für den sie arbeiteten. Beide

Frauen blieben unverheiratet und waren berufstätig, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Beide Frauen wurden deportiert. In einer Vorbemerkung schreiben die Autoren: „Wie so häufig beim Deportationsschicksal bewirkte dieses außer der menschlichen Tragödie auch den Verlust von biografischem und anderem Material der Person für die Nachwelt. So haben wir leider von keiner der beiden Frauen eine Fotografie.“ Es ist umso bemerkenswerter, dass eine Rekonstruktion der Lebenswege gelungen ist.

Das kleine Bändchen lässt die Schicksale jüdischer Frauen aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten mit unterschiedlichen Lebenswegen lebendig werden, deren Biografien doch über das ausgeprägte gesellschaftliche Engagement gerade während des Ersten Weltkriegs verbunden sind – eine interessante und kurzweilige Lektüre.

Sabine Hank, Uwe Hank
Jüdische Frauen
im Ersten Weltkrieg
Paula Glück, Juliane Herrmann,
Helene Meyer, Johanna Nathan
Berlin: Hentrich & Hentrich
98 Seiten,
Broschur
ISBN: 978-3-95565-173-2
9,90 €

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung

in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum.

Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.

Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung! Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!

Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark. Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

Ein Leben für die Literatur

Die jüdische Österreicherin Lilly Ungar (96) führt die älteste Buchhandlung in Kolumbiens Hauptstadt Bogota

Von Tobias Käufer (Bogota)

Die Österreicherin Lilly Ungar (96) führt die älteste Bücherei in Kolumbiens Hauptstadt Bogota. Ein Besuch bei einer Frau, die für das Überleben des Buches kämpft.

Von ihrem Platz aus hat Lilly Ungar einen hervorragenden Blick über die ganze „Libreria Central“. Aus einem grünen Sessel heraus steuert sie das Geschehen in Bogotas ältester Bibliothek, empfängt Gäste und freut sich über den Plausch mit den Stammkunden. Um sie herum: Zehntausende Bücher, Zeitschriften und Nachschlagewerke. Und eine alte Schreibmaschine. Auch für eine kleine Galerie für Ausstellungen kolumbianischer und internationaler Künstler ist Platz. Für Stammgäste hält sie stets eine kleine Schale mit selbstgeschnittenen Apfelstreifen bereit. „Das Spannendste an meinem Beruf sind die Gespräche mit den Menschen, denn es sind ausschließlich intelligente Kunden, die ich habe. Dumme gehen nun einmal nicht in die Bibliothek“, sagt die heute 96 Jahre alte Frau mit selbstbewusster Stimme.

Vor fast 80 Jahren floh sie vor den Nazis nach Kolumbien, als Hitler den Anschluss Österreichs durchsetzen konnte. „Was die Nazis den Juden angetan haben, kann man nie wieder gutmachen“, sagt Ungar heute. Damals war sie noch Jüdin, inzwischen aber hat sie der Glaube verlassen. Heute ist sie Atheistin. „Ich glaube an ein höheres Wesen, aber ein wirklich allmächtiger Gott hätte nie zugelassen, dass sechseinhalb Millionen Juden getötet werden.“ Trotz der Verbrechen der Nazis reiste sie nach dem Untergang des Dritten Reiches immer wieder nach Österreich zurück, stieg lange Jahre immer im gleichen Hotel in Wien ab und besuchte Freunde und Bekannte: „Heimat bleibt Heimat, aber Kolumbien ist mein Zuhause“.

Die Kolumbianer haben sie freundlich aufgenommen

Mit dem Zug ging es in den Vorkriegswirren nach Rotterdam, dann per Schiff in drei Wochen nach Südamerika. Noch an Bord lernte sie ihre ersten Wörter in spanischer Sprache. In der kleinen Hafenstadt Puerto Colombia angekommen, konnte sie schon ein paar Brocken: „Der Bücher sei Dank.“



Lilly Ungar

In Kolumbien wurde sie von ihrem Bruder empfangen, das erleichterte den Anfang. „Die Kolumbianer haben uns mit offenen Herzen aufgenommen. Ich hatte nie das Gefühl, dass wir nicht willkommen waren.“ Das südamerikanische Land war weltweit eines der



Das Stadtzentrum der südamerikanischen Metropole

wenigen, die damals noch Visa an jüdische Flüchtlinge ausstellte.

Lilly Bleyer, wie sie damals hieß, lernte dann schnell ihren künftigen Mann Hans kennen. Der war ein wahrer Bücherfresser, und als er vor ein paar Jahren starb, umfasste seine Privatsammlung

Buch muss das Interesse des Lesers wecken und ihn fesseln.“ Lilly Ungar hat sich bis heute die Begeisterung für diese Bücher über Politisches Zeitgeschehen und Geschichte erhalten.

Inzwischen macht der Buchhandlung die digitale Konkurrenz zu

stößt selbst in den neusten Büchern herum. „Zu Hause wäre ich ja doch nur allein, hier bin ich bei meinen Büchern und meinen Kunden. Hier ist mein Platz.“ Auch für die kolumbianische Politik interessiert sich Ungar: „Ich hoffe, dass uns der Friedensvertrag voranbringt. Die Menschen sollten wieder Hoffnung haben. Hoffnung, dass es vorangeht und dass Unternehmen in Kolumbien investieren. Dann wird es den Menschen bessergehen“, sagt Ungar mit Blick auf den Friedensvertrag zwischen der Guerillaorganisation FARC und der Regierung von Präsident und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos.

Dessen Vater Enrique Santos Castillo, zu Lebzeiten Journalist und führender Kopf der bedeutenden Tageszeitung „El Tiempo“, gehörte natürlich auch zur Kundschaft. Ihre bewegte Lebensgeschichte hat auch den damaligen Bundespräsidenten Heinz Fischer bewegt, ihr am Rande des Staatsbesuches 2016 einen Besuch zu Hause abzustatten. Bei solchen Gelegenheiten wird sie stets um einen Rat gebeten. Und diesen einen Ratschlag gibt sie besonders gerne: „Nehmt Euch Zeit. Für ein gutes Buch. Weil es neue Horizonte eröffnet und Diskussionen ermöglicht. Und weil es die Menschen zusammenbringt.“

„Dabei ist das doch das Allerschönste. Das Stöbern, das Suchen.“

26.000 Bücher. Die Buchhandlung wurde 1926 vom mexikanischen Dichter Gilberto Owen gegründet, vier Jahre später übernahm sie der Österreicher Pablo Wolf. Bei eben diesem Pablo Wolf fing Hans Ungar einst an zu arbeiten. Dann ergab sich 1946 die Möglichkeit, den Buchladen selbst zu übernehmen. Und die Erfolgsgeschichte der „Zentralen Buchhandlung“ begann. Schnell wurde die exotische Buchhandlung zu einem Künstler- und Intellektuellentreff. Sogar kolumbianische Präsidenten gingen ein und aus: „Weil wir die einzigen waren, die ausländische Bücher führten.“ – und weil Hans Ungar leidenschaftlich gern diskutierte, während Lilly den Laden zusammenhielt. Debattiert wurde über die aktuelle Politik oder über Biographien. „Ein gutes

schaffen. Es arbeiten nicht mehr 60 Mitarbeiter wie früher in verschiedenen Läden. Aber der Stammladen im Norden der Stadt ist geblieben. „Leider gehen die Verkaufszahlen herunter, weil sich viele Menschen ein Buch jetzt elektronisch herunterladen.“ Für die Österreicherin ist das nur schwer verständlich: „Die Menschen nehmen sich keine Zeit mehr. Sie setzen sich nicht mehr in der Buchhandlung hin, wühlen in den Büchern und deren Worten herum, bis sie etwas finden, das sie interessiert. Dabei ist das doch das Allerschönste. Das Stöbern, das Suchen. Ich finde das schade, aber das ist der Lauf der Dinge.“

Trotz des Todes ihres Mannes kommt Lilly Ungar immer noch jeden Tag in die Buchhandlung, wühlt und

Das große Schlachten zu Ostern

Im Gedenken an die anti-jüdischen Pogrome in Kischinew von 1903

Von Miriam Magall

Praktisch völlig an der Öffentlichkeit vorbeigegangen ist dieser Titel, der bereits im Jahr 2015 herausgekommen ist. Ein guter Grund, heute darauf aufmerksam zu machen, nachdem führende deutsche Medien im Juni 2017 einen Dokumentarfilm über den Antisemitismus in Europa in den hintersten Schubladen ihrer Archive verschwinden lassen wollten und dieser nur dank lautstarker Proteste von Juden wie Nichtjuden doch noch ausgestrahlt und in anschließenden Talkrunden von „Fachleuten“ totgepfückt wurde.

„Man wird ja wohl noch seine Meinung sagen dürfen!“ „Schlussstrich ziehen!“ Wohin dieses Weggucken führen kann, das zeigen die Herausgeber mit ihrer Sammlung von Stimmen zu diesem Pogrom.

„Aufstacheln, aufrütteln aber wird diese Schrift durch keine Kunst der Rede. Die grauenhafte Wahrheit soll sprechen – und sie allein“.

Diese Worte stehen am Anfang von Feiwei Bertholds (1875-1937) Bericht über den Pogrom zu Ostern 1903, der allen früheren wie allen nachfolgenden Pogromen ihren Namen gegeben hat. Er ist aber beileibe nicht der einzige – auf Seite 35 steht eine Liste der antijüdischen Pogrome in Russland in der Zeit von 1881 bis 1884 –, allein in diesen 4 Jahren sind es insgesamt 39! Vorspiele nur zu dem, was sich zu Ostern 1903 in Kischinew in Bessarabien ereignet – und im Oktober 1905 in derselben Stadt noch einmal wiederholt.

Ein Ukas, d. h. ein Edikt des Zaren aus Sankt Petersburg, soll den Ausschlag gegeben haben – nur findet sich ein solches nirgendwo. Das hindert die Rädelsführer, angefangen von den Regierungsorganen, der Polizei und Soldaten nicht, entweder wegzuschauen oder kräftig mitzumischen. Vorbereitet wird es durch Hetze in einer üblen Publikation, praktisch der einzigen erlaubten:

Der „Bessarabetz“ bereitet den Boden. Jeder Mord in Kischinew ist dieser Publikation zufolge ein von Juden begangener Ritualmord. Selbst wenn sich später herausstellt, dass keine Morde von Juden begangen wurden. Zwei Tage und zwei Nächte lang wüten die Horden. Auf Seite 82 stehen die Zahlen der Opfer der Exzesse am Ostersonntag und Ostermontag 1903. Es findet danach auch ein Prozess statt – unter Ausschluss der Öffentlichkeit! Die wahren Rädelsführer verlassen Kischinew, ohne dass sie zur Rechenschaft gezogen worden wären, nur niedrigere Chargen werden bestraft, und auch das noch mit größter Nachsicht.

Als Hintergrund dieser Exzesse ist zu vermuten, dass Russland sich seiner 4 Millionen Juden entledigen will, denn diese Pogrome – neben einer restriktiven Politik in Bezug auf Niederlassungsrecht (nur im westlichen Siedlungsrayon) und erlaubten Berufstätigkeiten – treiben die Verfolgten dazu, in Scharen das Weite und ihr Glück in der „Goldenen Medine“, in der Neuen Welt zu suchen.

Dieser schrecklichste aller Pogrome findet seinen literarischen Nachhall in einer Reihe zeitgenössischer und moderner Werke: in Gedichten von Chaim Nachman Bialik, in Erzählungen von Wladimir Korolenko sowie in Romanen und Theaterstücken auf beiden Seiten des Atlantik.

„Kischinew. Pogrom 1903“ ist als Pflichtlektüre jedem an jüdischer Geschichte Interessierten zu empfehlen – auch und gerade angesichts sich heute leider wieder häufender – verbaler und tätlicher – Übergriffe auf Juden, nicht nur in Deutschland.

Kischinew. Das Pogrom 1903.

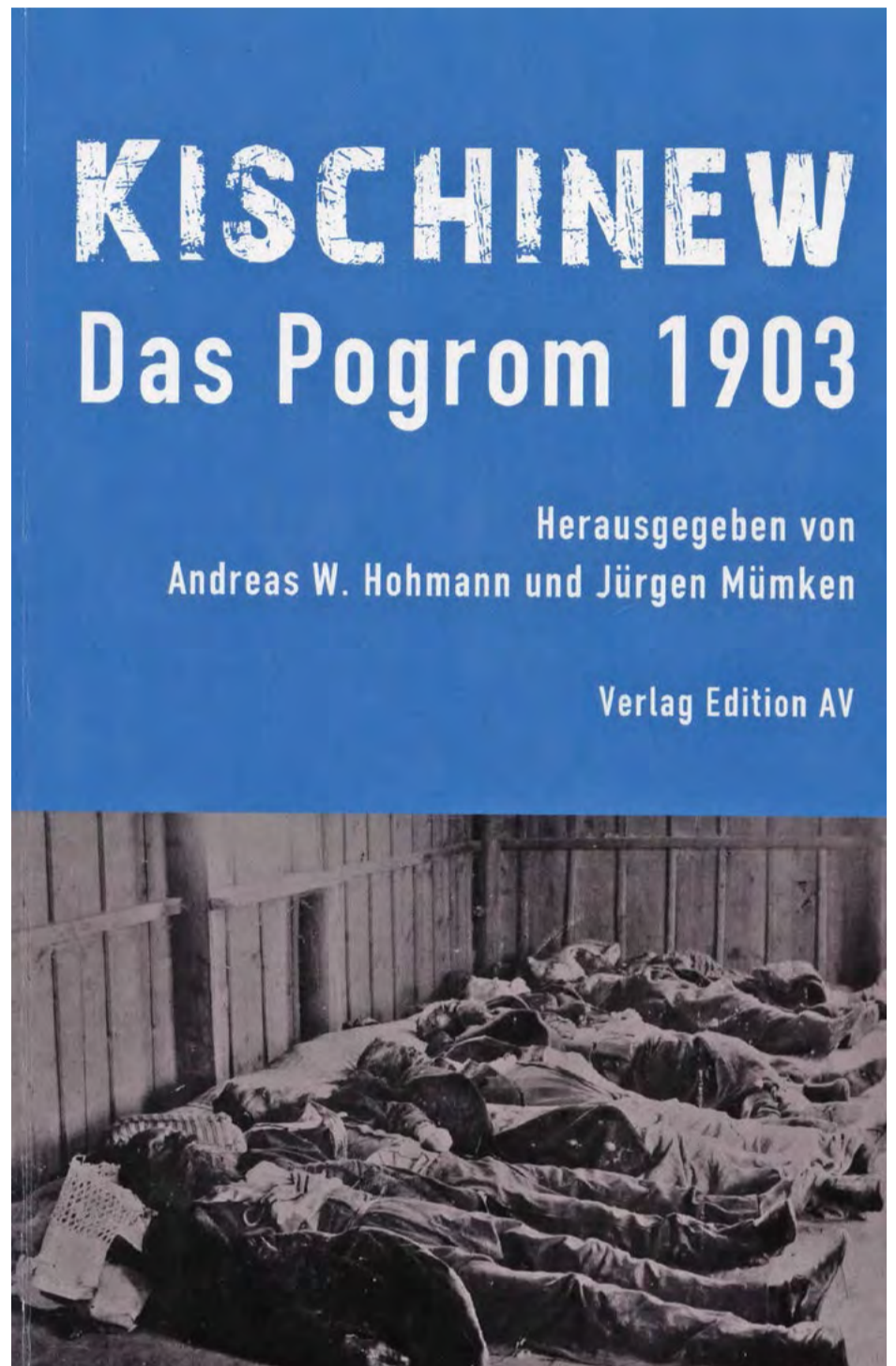
Hrgb. Andreas W. Hohmann & Jürgen Mümken

Verlag Edition AV, Lich/Hessen 2015

239 Seiten, Broschur.

16 Euro

ISBN 978-3-86841-123-2



„Mit Liebe zum Leben“

Jeani Semel, Tochter von Holocaust-Überlebenden, schließt Frieden mit der Vergangenheit ihrer Familie

Von Ulrike Stockmann

Ein kleines, aber feines Buch ist von Jeani Semel unter dem Titel „Mit Liebe zum Leben. Biografische Zeitausschnitte“ erschienen. Die Autorin, geboren 1951 in West-Berlin, unternimmt den Versuch einer Autobiografie, dessen Ausgangspunkt die Auseinandersetzung mit ihren jüdischen Wurzeln und mit der Geschichte ihrer Eltern bildet. Diese waren als polnische Juden jahrelang in KZs interniert gewesen, hatten Zwangsarbeit und andere Qualen überlebt – und ließen sich nach dem Zweiten Weltkrieg ausgerechnet in Deutschland nieder.

Der Lebensweg Jeani Semels vereint verschiedene sowohl generationstypische als auch speziell jüdische Motive: Nach einer weitestgehend sorglosen Kindheit und Jugend in der vom Wirtschaftswunder beflügelten Bundesrepublik, beschloss sie Psychologie zu studieren. Ein Studienfach, das zur damaligen Zeit stark mit den 68ern, anti-autoritärer Erziehung sowie dem Bruch

mit Konventionen in Verbindung gebracht wurde – und bei ihren Eltern großes Misstrauen auslöste.

Nach ihrer Heirat zog sie mit ihrem Mann nach Köln und wurde zweifache Mutter. 1988 war sie als engagiertes Gemeindemitglied an der Gründung der Rheinland-Loge zu Köln beteiligt. Von 1991 bis 1999 arbeitete sie als Zeitungsredakteurin, von 1995 bis 2001 verlegte sie den Kalender „Bemerkenswerte Jüdische Frauen im Spiegel der Geschichte“. Seither hat sie mehrere Bücher herausgegeben.

„Ja, ich gehöre der Generation an, die von den gequälten, gefolterten, geschändeten, erniedrigten und traumatisierten Menschen geboren wurde“, schreibt Semel. Nach der Erfahrung des Holocausts war Leben für ihre Eltern nicht mehr möglich, Überleben war alles, was ihre gebrochenen Seelen noch vermochten. Lange war es für die Autorin schwierig, einen Zugang zu ihrem Vater und ihrer Mutter zu finden, sie zu verstehen. Die Mauer, die zwi-

schen ihr und ihren Eltern stand, führte dazu, dass Semel ihrerseits Nähe-Distanz-Probleme gegenüber anderen Menschen entwickelte. Bis sie es dank ihres Studiums und der Auseinandersetzung mit der eigenen Psyche schaffte, ihren Eltern emotional ein Stück näher zu kommen.

Leider sprachen diese nie über ihre Kindheit und Jugend, sodass zunächst ihre Mutter und später ihr Vater verstarb, ohne dass Semel von ihnen persönliche Einblicke in ihre Vergangenheit erhalten hätte. Vor dem Erscheinen ihres Buches gelangten die Lebenserinnerungen von Simel Herziger, eines entfernten Verwandten, in ihre Hände. Dieser Cousin ihrer Mutter beschreibt darin das Leben der jüdischen Gemeinde in der polnischen Stadt Sławków – der Heimatstadt ihrer Mutter – bis zum Einmarsch der Deutschen. Einige Auszüge aus seinen Erinnerungen, die auch ihre Großeltern mütterlicherseits miteinbeziehen, ließ Semel in ihr Buch einfließen.

Trotz der vielen Verluste, die der Holocaust verschuldete, beschreibt die Autorin im weiteren Verlauf, wie es die Überlebenden und die nachfolgenden Generationen schafften, ihre jüdische Identität zu bewahren und im Nachkriegsdeutschland jüdische Kultur und Tradition neu zu etablieren.

Mit einer leichten und schnörkellosen Sprache gelingt es Semel, in ihren „Zeitausschnitten“ sowohl die eigene, als auch die jüdische Psyche unter den Auswirkungen der Schoah zu durchleuchten und nachzuvollziehen.

Ihre „Liebe zum Leben“ hat die Autorin zum Glück nie verlassen. Daher ist ihr Buch trotz der Aufarbeitung eines ernsten und tragischen Sujets kein trauriger, sondern ein hoffnungsfroher, zuweilen humorvoller und vor allem um Heilung bemühter Band.

„Mit Liebe zum Leben. Biografische Zeitausschnitte“ von Jeani Semel, erschienen im K&K Verlag
ISBN: 978-3934764163

The war of attrition

Der vergessene Krieg in Israel: Nach dem 6-Tage-Krieg von 1967 schwiegen die Waffen noch lange nicht

Von Tal Leder

Nach dem berausenden Sieg der Israelis im Sechs-Tage-Krieg von 1967 schwamm das Land auf einer Welle der Euphorie. Vor allem sein Militär, die Zahal oder IDF galt fortan als unschlagbar. Dieser „glücksbesoffene“ Zustand endete spätestens mit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973, sechs Jahre später. Doch zwischen diesen beiden Konflikten gab es einen Krieg in Israel, der oft in Vergessenheit gerät, obwohl er die längste Auseinandersetzung in der doch noch so jungen Geschichte des jüdischen Staates ist. Die Rede ist vom sogenannten „Abnutzungskrieg.“

Als im Juni 1967, nur 19 Jahre nach seiner Staatsgründung, der kleine jüdische Staat vor seiner Vernichtung stand, startete es einen Präventivschlag gegen mehrere arabische Armeen, dessen Kriegsausgang die Geopolitik des Nahen Ostens bis zum heutigen Tag beeinflusste. In nur sechs Tagen eroberte Israel den Gazastreifen, die Sinai-Halbinsel, die Golanhöhen, Judäa und Samaria sowie den Ostteil von Jerusalem.

Scherzte man eine Woche vorher noch sarkastisch, dass der „Letzte im Flughafen Lod das Licht ausmachen sollte“, so erlebte das damals noch recht junge Israel einen noch nie dagewesenen Erfolg. 22 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Schoah sah man seine eigenen Streitkräfte als die „beste Armee der Welt“. Man war wie berauscht vom Sieg über seine Nachbarstaaten.

Die Menschen sprachen vom Beginn des ewigen Friedens und Gesangsgruppen des Militärs trällerten Lieder wie „... die Sonne wird jetzt über Gaza und Rafah aufgehen...“.

Die Vereinten Nationen, sowie die USA und die UdSSR versuchten vergeblich, eine diplomatische Lösung für den Konflikt zu finden. Diplomatische Mittel führten jedoch zu nichts. Am 1. September 1967 kam es in Khartum zu der berühmten „Dreimal-nein-Resolution“, in der alle arabischen Staaten erklärt hatten „keinen Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels und keine Verhandlungen mit Israel“ zu wünschen, und welche die Basis der Außenpolitik der arabischen Staaten bis zum Jom-Kippur-Krieg im Jahre 1973 bestimmte. Der ägyptische Präsident Nasser erklärte, dass es klar sei, dass „was durch Gewalt genommen wurde, durch Gewalt zurückgewonnen werden muss.“

Dank der Sowjets war Ägypten bald wieder so stark wie vor dem 6-Tage-Krieg. Hunderte von sowjetischen Militärberatern und Piloten kamen nach Ägypten. Die kommunistische Supermacht lieferte Flugzeuge, Artillerie und Waffen aller Art nach Kairo und schon ein halbes Jahr nach der schmerzlichen Demütigung vom Junikrieg 1967, hatte sein Militär fast schon die gleiche Stärke wie vor dem Krieg erreicht.

Da sich die Ägypter noch nicht hundertprozentig für eine neue Eskalation gerüstet fühlten, war es die Strategie von Nasser, Israel mit seiner relativ kleinen Bevölkerung schmerzhafte Verluste zuzufügen. In einem Interview sagte er: „Wenn es dem Feind gelingt, uns einen Verlust von 50.000 Mann zuzufügen, so können wir dennoch weiterkämpfen, weil wir menschliche Reserven haben. Wenn es uns gelingt, ihm einen Verlust von 10.000 Mann zuzufügen, wird er sich unvermeidlich in einer Situation wieder-



Präsident Nasser wollte die Niederlage nicht auf sich sitzen lassen.

finden, wo er aufhören muss zu kämpfen, weil er keine menschlichen Reserven hat.“

Doch obwohl die Israelis vor allem der ägyptischen Armee auf ganzer Linie eine Niederlage zufügte und sie demütigte, wurde Nassers Armee weder total vernichtet, noch hatte die ägyptische Führung den Appetit verloren, sich zu reorganisieren, um sich an dem jüdischen Staat zu rächen. Und selbst der damalige Verteidigungsminister Mosche Dajan prophezeite eine Fortsetzung der Auseinandersetzungen mit Ägypten.

Und diese fanden schon knapp einen Monat später statt. Im Juli 1967 wurden mehrere israelische Stellungen auf der eroberten Sinai-Halbinsel zu Lande, zu Wasser und in der Luft angegriffen. Die Antwort der Israelis ließ nicht lange auf sich warten und konnte die Angreifer zurückdrängen.

47 israelische Matrosen starben

Der erste große Zwischenfall zwischen den beiden Ländern nach dem „Juni-

Die Israelis legen die ägyptische Stromversorgung lahm

Doch obwohl die Ägypter den Israelis durch heftiges Artilleriefeuer schwere Verluste zufügte, drangen israelische Spezialkommandos immer wieder tief in ägyptisches Territorium ein und zerstörten mehrere Stromübertragungsstationen. Dieser Erfolg brachte ungefähr ein halbes Jahr Ruhe an der Südfront.

Mit der Fortsetzung des Krieges und der steigenden Anzahl an Opfer, sah sich der israelische Generalstab gezwungen Wege zu finden, um seine Truppen besser auf der Westseite der Sinai-Halbinsel zu beschützen. Dies führte zum Bau einer 180 Kilometer langen Verteidigungslinie von 32 Befestigungen, die nach dem damaligen Stabschef, „Haim Bar-Lev“, benannt und im März 1969 fertiggestellt wurde.

Viele Generäle kritisierten den Bau, denn es würde Israel in einen Stellungskrieg zwingen, was katastrophal wäre. Und sie sollten recht behalten. Mit der Bar-Lev-Linie konnte die ägyptische

te. Im August 1970 wurde ein Waffenstillstand vereinbart und bis zum Jom-Kippur-Krieg 1973 war die Front mehr oder weniger ruhig.

Der Abnutzungskrieg wird in Israel oft als der „vergessene Krieg“ bezeichnet. Selten war er eine internationale Schlagzeile wert, und es gibt auch nur wenige Studien über diesen relativ langen und blutigen Konflikt. Doch er hatte einen großen Einfluss auf die israelische Gesellschaft und Politik. Seine Führung entschied sich die Bar-Lev-Linie zu bauen, Bodentruppen über den Suezkanal zu schicken und die Luftwaffe tief im ägyptischen Hinterland bombardieren zu lassen.

Nach der Euphorie des Sieges von 1967 war der Abnutzungskrieg für die Israelis nichts als enttäuschend und frustrierend. Und obwohl Ministerpräsidentin Golda Meir behauptete „nie zuvor war unsere Situation besser“, war es nicht das, was die israelische Gesellschaft fühlte.

Einige Forscher sprechen heute von über 1.400 Gefallenen und 3.000 Verletzten. Auf ägyptischer Seite sollen die Zahlen sogar zehnmal so hoch sein.

Trotzdem aber haben verschiedene Militärhistoriker den Krieg mit unterschiedlichen Meinungen kommentiert. So bemerkte Chaim Herzog, der später Präsident seines Landes werden sollte, dass Israel der Schlacht standgehalten und sich an einen „bislang fremden Kriegszustand“ angepasst habe. Auch Ze'ev Schiff stellte fest, dass Israel trotz großer Verluste immer noch in der Lage war, seine militärischen Leistungen von 1967 zu behaupten – und das trotz der sowjetischen Hilfe für die Ägypter.

Auf ägyptischer Seite hatte man eingesehen, dass man Israel nicht in einem konventionellen Krieg schlagen kann. Präsident Nasser konnte seinen Traum von der Befreiung des Kanals nicht mehr verwirklichen, denn er starb am 28. September 1970 an einem Herzanfall. Als Vizepräsident Anwar Sadat sein Nachfolger wurde, begann er sofort mit den Planungen für den Jom-Kippur-Krieg, der nur drei Jahre später folgte und noch blutiger werden sollte.

Der Krieg machte weltweit kaum Schlagzeilen.

krieg“ fand mit der Versenkung des israelischen Zerstörers „Eilat“ durch ägyptische Raketenboote am 21. Oktober 1967 statt. 47 israelische Matrosen starben dabei.

Solche Scharmützel sollten sich an fast allen Grenzen Israels bis zum Juni 1968 ereignen, als Nasser dann auch offiziell den Waffenstillstand beendete und dem jüdischen Staat den Krieg erklärte. Und dies tat er mit einem gut durchdachten Plan, welcher einen totalen Krieg gegen Israel in drei Hauptphasen vorsah: Die erste war das „Aushalten“ oder die „Standhaftigkeit“, dann der „Zustand der Abschreckung“ und zum Schluss ein „totaler Abnutzungskrieg“ gegen Israel. Nassers Plan war, seinen Gegner nicht nur militärisch, sondern auch psychologisch zu treffen.

Armee mit Nassers Plan fortfahren und den Israelis einen schmerzvollen Abnutzungskrieg aufdrängen.

Israel hatte große Verluste zu beklagen und versuchte den Krieg zu beenden. Durch verschiedene Spezialkommandos, die die ägyptische Luftabwehr ausschalten konnten und heftige Bombardements seitens israelischer Phantom-Flugzeuge, konnte die ägyptische Luftwaffe, die u. a. auch von sowjetischen Piloten unterstützt wurde, fast komplett ausgeschaltet werden. Auch durch heftige Luftangriffe im Inneren des Landes wuchs der Druck, die ägyptischen Städte besser zu schützen und somit waren die Ägypter gezwungen ihre Ressourcen entlang des Kanals ab-zuziehen, was wiederum die Bedrohung der „Bar-Lev-Linie“ verringerte und die israelischen Verluste erheblich reduzier-

Die Vielfalt des israelischen Volkstanzes

Zum Schwerpunkt des zwölften „Yiddish Summer“ in Weimar

Von Matti Goldschmidt

Eine sehr interessante und spannende Frage hatten sich die Veranstalter des kommenden Yiddish Summer in Weimar gestellt: Welche Tanzkulturen, neben der chassidischen und arabischen, haben den israelischen Volkstanz maßgeblich beeinflusst, und welche Rolle spielt(e) dabei der jiddische Tanz?

Dabei soll außerdem herausgefunden werden, wie unter anderem dieser „in den 1930er und 1940er Jahr eine ganze Welle neuer israelischer Tanzchoreografien beeinflusst haben“ soll.

Bereits zu biblischen Zeiten, und ohne Unterbruch bis heute, war der Tanz für Juden eine tragende Komponente ihrer soziokulturellen Entwicklung: Getanz wurde eigentlich schon immer. Man denke etwa an den Tanz um das goldene Kalb (nicht der Tanz an sich war verwerflich, sondern das Objekt, um das getanzt wurde) oder an den Tanz der Miriam nach der Überquerung des Roten Meeres (Exodus).

Wurde im Christentum bereits im Frühmittelalter durch kirchliche Verordnungen das Tanzen wesentlich eingeschränkt, waren die Juden davon nicht betroffen, die die nun offengebliebenen Nischen belegen konnten. Die ab etwa dem 15. Jahrhundert entstandene (nicht-liturgisch-jüdische) Klezmermusik galt bis etwa 1930 als eine reine Tanzmusik, beispielsweise der Freylakh oder der Bulgar. Juden der zweiten und dritten Aliyah (Einwanderungswellen nach Palästina 1904-1914 und 1919-1923), im Wesentlichen aus Russland und Polen, brillierten entweder im klassischen Bühnentanz wie der aus Odessa stammende Baruch Agadathi oder brachten Volkstänze ihrer alten Heimat mit, etwa die Polka, einen Rondo oder den Krakowiak, während die ursprünglich rumänische Hora in simplifizierter Form zum jüdisch-palästinensischen Nationaltanz mutierte.

Bereits in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts gab es nicht nur, aber vor allem im Kibbuz Ben-Shemen



Ein tanzendes israelisches Paar

nahe der Stadt Lod (Lydda) entsprechende Tanzfestivitäten. Insbesondere Immigranten aus dem deutschsprachigen Raum sollten in den folgenden

zwei Jahrzehnten die Volkstanzszene Palästinas und später Israels formen. Gertrude (Gert) Kaufman, geb. Löwenstein und gebürtig aus Leipzig,

plädierte in einem Artikel der gewerkschaftseigenen Tageszeitung „Davar“ in der Ausgabe vom 5. August 1938 unter der Überschrift „Rikud Amami“ (folkloristischer Tanz), die Volkstänze der Diaspora, namentlich derjenigen Osteuropas, durch eigene, neu zu kreierende zu ersetzen. Die üblichen kulturellen Eckpfeiler einer Nation im europäischen Sinne wie Sprache, Literatur, Theater, dies alles auf wiederbelebtem Hebräisch, Musik und Malerei, Letzteres überwiegend mit bibelbezogenen Themen, sollten nun durch den Tanz erweitert werden.

1944, mitten im Krieg, gab es in einem Kibbuz eine Landeskonferenz für Volkstanz

Beschränkte sich das kreative tänzerische Umfeld der jüdischen Einwanderer in Palästina bis etwa 1940 auf theatralische Produktion, vor allem im expressionistischen und Ausdruckstanz, namentlich beispielsweise durch Lea Bergstein, Gertrud Kraus oder die Orenstein-Familie, entstanden parallel dazu im säkularen Umfeld der Kibbuzbewegung Vorführtänze, meist in biblischen Phantasiekostümen und vor allem zu religiösen Festen nach dem jüdischen Kalender wie etwa dem Wochenfest (Schawuot). Als Prototyp mag hierfür der Tanz „u-Sha'avthem Mayim“ gelten, den Else Dublon, erst ein Jahr zuvor aus Montabaur emigriert, im Juni 1937 im Kibbuz Na'an mit ihrer Vorführgruppe präsentierte, nachdem einige Monate zuvor nach langjähriger Suche nahe des Kibbuz eine Wasserquelle entdeckt wurde; der Text dazu wurde direkt der Bibel entnommen: „Und ihr werdet Wasser schöpfen mit Wonne aus den Quellen des Heils“ (Jesaja 12,3). Wann genau die ersten selbstkreierten Volkstänze der jüdischen Einwanderer in den Jahren nach 1940 nun tatsächlich entstanden, ist nicht mehr ganz nachvollziehbar, so dass man sich spätestens mit der ersten (von gesamt fünf) „Landeskonferenz für Volkstanz“ im Kibbuz Daliah



Interessierte üben israelische Volkstänze in einer Turnhalle.



Viele Elemente aus Osteuropa flossen in die israelischen Tänze mit ein.

(14.-15. Juli 1944) als die Geburtsstunde des eigenen Volkstanzes einigte. Natürlich konnte es in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch keine „israelisch“ genannten Tänze geben; vielmehr wurden diese, etwa analog zu Polen und polnisch, „palästinensisch“ genannt.

Andererseits gab es durchaus auch den Begriff „hebräische Tänze“, einer nicht unüblichen Bezeichnung in der späteren britischen Mandatszeit. So benutzte etwa auch die in hebräischer Sprache erscheinende palästinensische Abendzeitung „Yedioth Ahronoth“ noch auf der Frontseite ihrer Ausgabe Nummer 4030 vom 14. Mai 1948, dem Tag der Unabhängigkeitserklärung Israels, den Ausdruck „hebräisches Vaterland“ und erklärte den Ausruf eines „hebräischen Staates“.

Die erste Generation von Choreographen, die aus Namen wie Rivka Sturman, Gurit Kadman (alias G. Kaufman), Sara Levi-Tanai, Yarden Cohen, Tova Zimbel, Ze'ev Havatzeleth oder Shalom Hermon bestand, war bestrebt, durch neu zu kreierende Volkstänze eine kulturelle Eigenständigkeit aufzuzeigen, wie sie es bei praktisch allen anderen Völkern auch gab. Darunter fallen noch heute populäre Tänze wie „Hora Agadathi“, „Qumah Ekha“, „Hei Harmonika“ oder „Mekhol Ovadiyah“, Die Quellen des modernen israelischen Volkstanzes sollten, um Kadman zu zitieren, im „Boden, der Arbeit sowie in der Wiederbelebung der jüdischen Nation“ liegen, während sich die Texte auf die Landschaft Palästinas, die

Landwirtschaft und Bodenbezogenheit oder auf Kameradschaft bezogen. Stand also der Tanz an sich im Vordergrund, so galt es zweifelsohne, über diesen eine vereinheitlichende nationale Kulturkomponente umzusetzen. Religiöse Texte und bibelbezogene Feierlichkeiten bildeten im sozialistisch säkularen Umfeld der Kibbuzim den einzigen gemeinsamen kulturellen Nenner aller Einwanderer und galten deshalb nicht mehr als das Mittel zum Zweck.

Chassidisch und jemenitisch

Die ethnologisch zwei einzig jüdischen Tanzrichtungen der Diaspora fanden durchaus Einzug in die neuen Kreationen. So kann man chassidische Elemente – eher sporadisch – bis heute in den nun israelisch genannten Volkstanz finden, wenngleich die auf der 2. Lan-

mehr wegzudenken. Wie Israel selbst ist auch der israelische Volkstanz in ständigem Wandel, in den alsbald auch zeitgenössische Tanzelemente einfließen – ganz im Gegensatz zu den Volkstänzen anderer Länder, mit denen eher statisch alte Traditionen bewahrt werden sollen.

Der israelische Volkstanz wäre in Deutschland ohne die (nicht-jüdischen) Deutschen inexistent.

In Deutschland begannen erst ab etwa 1980 zaghafte Versuche, mit Kontakten über die Niederlande und daraus resultierend durch die Einladung von israelischen Volkstanzchoreographen wie Rivka Sturman oder Moshiko Halevy, den israelischen Volkstanz in Kreisen des internationalen Volkstanzes einzuführen. Ein Wendepunkt war mit der

israelische Volkstanz wäre in Deutschland ohne die (nicht-jüdischen) Deutschen inexistent.

Wo aber bleibt nun der „jiddische Tanz“, von dem die Weimarer Organisatoren reden? Interessanterweise ist diese Art von Bezeichnung in der Literatur nirgends zu finden – im Gegensatz etwa zu jiddischem Theater/Film oder jiddischer Literatur. Selbst die „Enzyklopädie der Juden Osteuropas“ des Yidisher Visnshaftlekher Instituts (YIVO), 1925 in Wilna (damals Polen) gegründet und heute in New York residierend, kennt diesen Begriff nicht. Wir dürfen gespannt sein, wie eine neu zu definierende Tanzgattung, nämlich die jiddische, Einzug in einen Volkstanz fand, den es für den angegebenen Zeitraum, nämlich 1930-1949, unter dem aufgeführten Namen, hier israelisch, weniger als zwei Jahre gab, und der nachweislich unter dem Begriff „palästinensisch“ höchsten acht bis maximal zehn Jahre alt war.

„ Einflüsse aus Odessa und aus Jemen. “

deskonferenz für Volkstanz im Kibbuz Daliah (20. Juni 1947) vorgeführten „SHERELE“ bzw. „SHER“ als „Diasporatänze“ praktisch in Vergessenheit gerieten. Ganz anders das jemenitische Element, das die dem mitteleuropäischen Kulturkreis entstammenden Choreographen als exotisch und in ihrer Vorstellung den ursprünglich biblischen Tanzschritten als am Ähnlichsten empfanden. Mag heute „Ozi we-Simrath Yah“ wegen dem höheren Schwierigkeitsgrad wenig populär sein, ist andererseits die „jemenitische Schritt“ genannte Kombination aus dem israelischen Volkstanz nicht

Gründung des israelischen Tanzhauses (ITH) 1992 in München zu registrieren, das sich ausschließlich der Thematik „Israelischer Volkstanz“ widmete und bis heute über fünfzig verschiedene Choreographen und Tanzmeister aus Israel einlud, ergänzt durch organisierte Reisen nach Israel mit Schwerpunkt Wandern und Volkstanz. Mittlerweile existieren in vielen Städten Deutschlands meist kleinere und eher jeweils autark arbeitende israelische Volkstanzkreise. Dass sich darunter so gut wie keine jüdischen Teilnehmer befinden, mag man als Kuriosum feststellen: Der

Weiterführende Literatur:

Berk, Fred (ed.): *Ha-Rikud, the Jewish Dance*, (USA) 1972
 Goldschmidt, Matti: *Die Bibel im israelischen Volkstanz*, Viersen 2001
 Ingber, Judith Brin (ed.): *Seeing Israeli and Jewish Dance*, Detroit 2011
 Reimer, Susan (ed.): *Machol Ha'am. Dance of the Jewish People*, (USA) 1978

Internet:

horawiki.org
 israeltanz.de
 yiddishsummer.eu/main/workshops/dance-workshop.html

Vor 120 Jahren: Der 1. Zionistenkongress in Basel

Theodor Herzl rief vor 120 Jahren eine allgemeine Judenversammlung mit dem Ziel der Neugründung Israels ins Leben

Von Dr. Ludger Joseph Heid

Congreßtage! „Nach der Ankunft ging ich vorgestern gleich in das Bureau das uns die Stadt Basel zur Verfügung gestellt hat. Es ist ein leergewordener Schneiderladen. Ich lasse die Firma mit einem Tuch überdecken um den faulen Witzen zuvorzukommen“. Das notierte Theodor Herzl zwei Tage vor dem offiziellen Beginn des 1. Zionistenkongresses am 27. August 1897 in sein Tagebuch.

Noch beschäftigten ihn lästige Details in der Kongressorganisation: Der von einem zionistischen Mitstreiter ausgesuchte Saal fand nicht Herzls Zustimmung. Für ihn war es ein ungeeignetes Lokal mit Tingtanglbühne. Zwar ließ er sich Vorschläge machen wie man das „Brett der Saltimbanques“ [Gaukler - LJH] verschwinden lassen könnte, entschied sich dann aber doch für ein anderes, ernstes Lokal – den Konzertsaal der Stadt Basel. Die erste Bank-sitzung sollte an einem langen grünen Tisch stattfinden, davor Fauteuils.

Einige reisten zu Fuß an

Die Delegierten kamen aus ganz Europa, manche aus Nordamerika, Nordafrika und Palästina. Die meisten waren junge Ostjuden, zum Teil zu Fuß gekommen. Ihre besorgten Mütter hatten ihnen Binkel mit Proviant für die lange Anreise mitgegeben, und schon im Zug hatten sie die ersten hitzigen Diskussionen abgehalten. Über den Ablauf des Zionistenkongresses hatte Herzl die 204 Delegierten zuvor weitgehend in Unkenntnis gehalten, dabei waren seine Ziele hochgesteckt: Er wolle, notierte er salopp in sein zionistisches Tagebuch, „aus einem Lappen eine Fahne“ und aus einem „gesunkenen Gesindel ein Volk“ machen.

Frack und Zylinder waren Pflicht

Allerdings hatte er allen Kongressteilnehmern brieflich eine Kleiderordnung vorgeschrieben - Frack, Zylinder, weiße Halsbinde sollten Ernst und Würde der zionistischen Demonstration unterstreichen. Herzl war immer noch ein Mann des Theaters – er inszenierte und ließ spielen – dabei ließ er nicht außer acht, dass er selbst die Hauptrolle spielte. Trotz mancherlei Proteste rückte Herzl von dieser Kleidervorschrift nicht mehr ab. Und er hatte seine Gründe: Feiertagskleider, so seine lange gehegten „Ausführungsgedanken“, machten die meisten Menschen steif. Aus dieser Steifheit entstände sofort ein angemessener Ton – den sie in hellen Sommer- und Reisekleidern vielleicht nicht haben würden – „und ich erman-gelte nicht, diesen Ton noch ins Feierliche zu steigern“. Da er in der Kleiderfrage nicht mit sich reden ließ, verursachte er einen Sturm auf die Baseler Kleider-Leihanstalten. Insgesamt jedoch wurde er für die gute Infrastruktur gelobt – auch für das koschere Essen. Herzl kümmerte sich selbst um alles, was mit dem Kongress zusammenhing, nichts sollte dem Zufall überlassen werden.

Die Damen sollten ebenfalls in eleganter Kleidung erscheinen. Auf die Frage eines Delegierten, ob diese auch



Teilnehmer des ersten Zionistenkongresses 1897 in Basel

stimmberechtigt seien, beschied Herzl kurz und bündig: „Die Damen sind selbstverständlich sehr verehrte Gäste, aber an der Abstimmung nehmen sie nicht theil“. (Stimmrecht erlangten sie jedoch bereits beim zweiten Kongress im Jahr darauf in Basel.)

Der Kongress war Herzls Erfindung. Unter den vielen Deputierten war er wahrscheinlich der einzige, der genau wusste, was er wollte. Die andern suchten Ideen, er suchte Macht. Und um diese zu erlangen, arbeitete er Tag und Nacht.

Selbstzweifel

Während der Kongressvorbereitungen war Herzl von Zweifeln gepeinigt. Seine bisherigen politisch-zionistischen Aktivitäten waren nicht gerade berauschend. Sichtbare Erfolge konnte er nicht vorweisen. Erste nörgelnde Kritiker aus den eigenen Reihen hatten sich eingestellt, die den Kongress noch in letzter Minute verhindern wollten. Und bis zuletzt blieb unsicher, wie viele Delegierte wirklich kämen. Noch ein Tag vor seiner Abreise stellte Herzl unbarmherzig fest: „Tatsache ist, ...daß ich nur eine Armee von Schnorrern habe. Ich stehe nur an der Spitze von Knaben, Bettlern und Schmöcken“.

Absage an die Orthodoxen

Die Delegierten hatten sich am 27. August 1897 zu dieser ersten allgemeinen Judenversammlung seit der Zerstörung Jerusalems eingefunden, und die Be-

„An dem Tage aber, wo wieder der Pflug in der erstarkten Hand des jüdischen Bauern ruht, ist die Judenfrage gelöst“.

geisterung war grenzenlos. Einander ganz fremde Personen umarmten sich unter Tränen, und dem Einberufer des Kongresses wurden endlose Ovationen dargebracht. Alterspräsident Karpel Lippe aus Jassy/Rumänien eröffnete den Kongress mit einer programmatischen Rede. Mit zionistischem Schwung wandte er sich gegen die Orthodoxie: „...wir wollen gleich ... unseren Vorfahren vor 2509 Jahren, den Eselreiter von Babel, den Messias, nicht mehr erwarten und wollen ebenfalls auf Grund eines internationalen Traktates nach Erez Israel zurückkehren. Unsere Frommen“, fuhr er mit unverhohlener

Ironie fort, „welche noch immer den eselreitenden König erwarten, mögen auch fernerhin in Golus bleiben, und auf seine Ankunft warten; aber wenn sie Bettlern, Müßiggängern und Greisen gestatten, sich im heiligen Lande anzusiedeln, und sie mit einem Bettelpfennig unterstützen, so darf auch uns nicht verboten sein, lebenskräftige, arbeitslustige junge Leute hinzubefördern, welche durch Arbeit und Fleiß das verwüstete Land in ein Eden

verwandeln werden“. Dem überkommenen Bild vom gedrückten, ohnmächtigen Juden setzte Lippe das diesseitige zionistische Gegenbild entgegen: „Und sollte endlich der bescheidene König wirklich erscheinen, dann werden ihm unsere Arbeiter einen würdigeren Empfang bereiten, als jene Schnorrer“.

Lippe übergab Herzl das Wort, der Mühe hatte, sich einen Weg durch den Saal zu bahnen. Applaus umtobte ihn, die Delegierten trampelten, stießen ihre Stöcke auf den Fußboden, schwenkten Taschentücher, manche versuchten, seine Hand zu küssen. Auf der Rednertribüne angekommen wurde er jedes Mal, wenn er zur Rede ansetzte, durch Applaus und Hochrufe unterbrochen. Die Ovationen dauerten 15 Minuten. Herzl aber blieb ruhig und er verbeugte sich absichtlich nicht vor den Delegierten, um „von vornherein die Geschichte nicht zur Cabotinage oder Conférence“ werden zu lassen. Seinen kurzen Eröffnungstext verlas er wie eine Thronrede. Mit dem Satz: „Wir wollen den Grundstein legen zu dem Haus, das dereinst die jüdische Nation beherbergen wird“, begann Herzl seine mit Spannung erwartete Kongressrede, in der er auch die später häufig zitierte griffige Formel aussprach: „Der Zionismus ist die Heimkehr zum Judentum noch vor der Rückkehr ins Judenland“.

Als er geendet hatte, herrschte einen Augenblick völlige Stille. Dann brach der Applaus los. Augenzeugen sprachen

ist denn nur geschehen? Das ist nicht der Dr. Herzl, den ich bisher gesehen, den ich gestern, spät abends, noch gesprochen. Vor uns erscheint eine wunderbar erhabene, königliche Figur, mit hoheitsvoll tiefen Augen, die eine stille Trauer verraten. Es ist nicht mehr der elegante Dr. Herzl aus Wien, es ist ein aus dem Grabe erstandener königlicher Nachkomme Davids, der vor uns erscheint, in der Größe und Schönheit, mit der Phantasie und Legende ihn umwoben haben“. Und weiter schwelgt Ben Ami über das Wunder, das sich vor seinen Augen vollzog: „Der große zweitausendjährige Traum unseres Volkes schien in Erfüllung zu gehen; es war, als ob der Maschiach ben David vor uns stand, und ein starker Wunsch, ein innerer Zwang ergriff mich, durch dieses stürmische, jubelnde Meer laut zu rufen: Jechi Hamelech! Es lebe der König!“

Am Tage der Kongresseröffnung fand Herzl keine Zeit für einen Tagebucheintrag. Doch vom Selbstwertgefühl und von seiner eigenen historischen Größe überzeugt notierte er einen Tag später: „Die Geschichte des gestrigen Tages brauche ich nicht mehr zu schreiben, die schreiben jetzt bereits andere“. Herzl, von den Delegierten zum Kongresspräsidenten gewählt, gab sich sehr gelassen und ganz ruhig, „wie man beim Eintreffen der vorbereiteten Ereignisse“ sein soll. Doch auch er konnte sich nicht vollständig den im Saal aufschäumenden Emotionen entziehen. Als Rationalist leistete er sich nur eine Gefühlsregung: Vom Präsidialtische aus schrieb er seinen Eltern, seiner Frau Julie und jedem seiner drei Kinder eine Kongress-Postkarte. Er bewertete dies selbst als die erste „Kinderrei“, die er in der zionistischen Bewegung seit zwei Jahren begangen habe. Es sollte nicht seine letzte sein in den sieben Jahren, die ihm noch für seine Aufgabe blieben.

Doch zunächst galt es, ein erstes Fazit seiner zionistischen Tätigkeit zu ziehen. Und das fiel nicht gerade bescheiden aus: „Fasse ich den Baseler Congress in ein Wort zusammen - das ich mich hüten werde öffentlich auszusprechen – so ist es dieses: in Basel habe ich den Judenstaat gegründet“.

Der Kongreß sei ernst und hoch

Durch den ersten Kongress war dem jüdischen Volk ein Organ geschaffen, das es bisher nicht hatte und das es zum Leben dringend brauchte. Folgerichtig beschloss der Kongress in Bezug auf die zionistische Organisation: „Hauptorgan des Zionismus ist der Kongreß“. Der erste Zionistenkongress verlief und endete, wie Herzl es am Schluss seiner Begrüßungsrede gewünscht hatte: „Aber wo wir auch seien und wie lange unser Werk bis zur Vollendung dauere, unser Kongreß sei ernst und hoch, den Unglücklichen zum Wohle, niemanden zum Trutz und allen Juden zur Ehre und würdig einer Vergangenheit, deren Ruhm wohl schon fern, aber unvergänglich ist!“

Die Delegierten hatten eine Resolution verabschiedet, in der das zionistische Ziel formuliert wurde. Dem Beschluss ging eine Meinungsverschiedenheit und lebhaftige Debatte hinsicht-

König Herzl

Ohne Zweifel, der Kongress stand unter der Magie der charismatischen Person Herzls. Der Schriftsteller und Odessaer Kongressdelegierte Mordechai Ben Ami (Rabbinowitz) gab seinen Eindruck vom Auftreten Herzls in Basel so wieder: „Aber sonderbar, was

lich eines Punktes voraus: der Frage nach der rechtlichen Sicherung. Ein Teil der Delegierten, vertreten durch Fabius Schach (Köln) und Leon Motzkin (Kiew), wünschte, dass im Sinne des Herzlschen Judenstaates das, was den neuen politischen Zionismus von den bisherigen Kolonisationsbestrebungen unterschied, klar und unzweideutig hervorgehoben würde und bestand daher auf der programmatischen Forderung einer völkerrechtlichen Versicherung. Es folgte die Rückverweisung an die Kommission; diese entschied sich für den Vermittlungsvorschlag Herzls, der dann schließlich einstimmig als „Baseler Programm“ verabschiedete wurde und zugleich die prägnanteste Definition der nationaljüdischen Bewegung lieferte: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina“.

Spione des Zaren und des Sultans waren unter den Delegierten

Die Worte „öffentlich-rechtliche Heimstätte in Palästina“, nach Max Nordau ein „Meisterwerk der Umschreibung“, waren vieldeutig und erlaubten mehreren Interpretationen. Das unpolitische Wort „Heimstätte“ wurde bewusst gewählt, da der türkische Sultan jede andere Formulierung möglicherweise als Affront, als einen Aufruf zur Zerstückelung seines Reiches hätte auffassen können. Herzl überdachte jede öffentliche Äußerung während des Kongresses ängstlich. Es war bekannt, dass zaristische Agenten und Spione des Sultans im Publikum saßen. Er wollte auch nicht durch die kleinste Indiskretion das Schicksal der jüdischen Kolonisten in Palästina und der Juden in Russland gefährden.

Unter eigener Präsidentschaft erwies sich Herzl in der Generaldebatte als ausgezeichnet, wenn auch autoritärer Vorsitzender. Einmal gab er den Vorsitz 21 Stunden lang nicht ab, um die Herrschaft über die Delegierten nicht zu verlieren. Er scheint oft erstaunlich undemokratische Entscheidungen, ja selbst zweifelhafte Stimmzählungen durchgebracht zu haben. Dies nahm seine Kräfte so sehr in Anspruch, dass er klagte: „Mir war, wie wenn ich 32 Schachpartien gleichzeitig spielen müsste“.

Mit dem Baseler Programm hatte der politische Zionismus seinen gemeinsamen Nenner gefunden, der die divergierenden Strömungen der jüdischen Zionssehnsucht um ein gemeinsames Ziel vereinte. Das Baseler Manifest fiel insofern gänzlich aus dem Rahmen der nationalen Befreiungsbewegungen des 19. Jahrhunderts, als es Autonomie nicht nur für die jüdischen Zentren Osteuropas forderte, sondern in einem Gebiet, an dem zwar die jüdische Religion hing, in dem es aber bisher nur wenige Juden gab. Der sich in Basel konstituierende Kongresszionismus verstand sich als säkulare Bewegung.

Nach drei Tagen lebhaftester Diskussion, nachdem durch Referate der größte Teil der jüdischen Gegenwartsfragen behandelt worden war, schloss Herzl den Kongress mit den Worten: „Wenn wir den Erniedrigten den Pflug in die Hand drücken wollen, ist es noch eine Frage, ob sie die Arbeit dem Elend und der Wehrlosigkeit vorziehen? An dem Tage aber, wo wieder der Pflug in der erstarkten Hand des jüdischen Bauern ruht, ist die Judenfrage gelöst“.

Die Wirkung des Kongresses auf die Teilnehmer war nachhaltig: Herzl glaubte, sie würden später alle eine Art Aristokratie bilden, wie etwa die Fami-



Gedenktafel im schweizerischen Basel

lien, die auf der Mayflower nach Amerika gesegelt waren. „Für uns war der erste Zionistenkongress ein Ereignis, das unser Leben änderte“, schrieb der Delegierte Leib Jaffe. „Er stellte unsere Welt auf den Kopf und teilte die Geschichte des jüdischen Exils in zwei Teile, den Teil vor dem Kongress, und den danach“. Israel Zangwill aus London fasste seine Eindrücke vom 1. Zionistenkongress in die Worte: „Die Juden saßen an den Flüssen Babylons und haben geweint, als sie an Zion dachten. Am Rhein bei Basel haben sie beschlossen, nicht mehr zu weinen“.

Die deutsche Delegation verfasste den längsten und gründlichsten Kongressbericht, den sie auch dem deutschen Kaiser sandten. Wilhelm II. fertigte eigenhändig die wenig schmeichelhafte und offen antisemitische Randnotiz: „Ich bin sehr dafür, daß die Mauseheln nach Palästina

gehen, je eher sie dorthin gehen, desto besser. Ich werde ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg legen“.

Der Baseler Kongress war ein überwältigender Erfolg. Er schuf das zionistische Programm und die Organisation. Das jüdische Volk, das ganze Diasporajudentum, verfügte seit Basel über eine Körperschaft und mit dem Kongress über eine Tribüne, von welcher herab es seine Forderungen verkünden konnte. In der Leitung der Kongressbewegung war mit Herzl die Möglichkeit der Führung einer einheitlichen zionistischen Politik gegeben.

Das jüdische Rütli

Die internationale Presse würdigte den Kongress und trug die Kunde vom Wiedererwachen des nationalen Judentums in die Welt. Hervorragende Geister Europas begannen, sich mit der Bewegung zu befassen und bald besaß der Zionis-

mus eine stattliche Anzahl christlicher Freunde. Unter ihnen war der Begründer der Internationalen Gesellschaft des Roten Kreuzes, der Schweizer Henri Dunant, der schon seit den 1860er Jahren die Besiedlung Palästinas mit Juden gefördert und eine Reihe von Vereinigungen in Paris und London zu diesem Zwecke gegründet hatte. Dem Baseler Kongress drückte er seine „plus vives et plus cordiales sympathies“ aus. Die Pazifistin Bertha von Suttner glaubte, dass „erst am Tage, an dem der Jude ein Vaterland haben wird, er mit Würde Kosmopolit werden können“. Der führende deutsche Zionist Max Isidor Bodenheimer aus Köln war sich des historischen Bodens im schweizerischen Basel bewusst, als er beschwor: „So möge denn ein Geist der Einigkeit, der Geist des Rütli auch über unserer Versammlung neuer Eidgenossen wehen“.

BEAUVITÉ®

... wo die Schönheit zu Hause ist.

Kosmetik • Friseur • Maniküre • Pediküre • Permanent Make-up • Wimpernverlängerung
 Dauerhafte Haarentfernung • Lipolaser • Kryolipolyse • Kavitation • Mesotherapie
 Faltenunterspritzung • Multipolare Radiofrequenz

Fasanenstraße 40 • 10719 Berlin • Tel.: (030) 88 91 64 59

WWW.BEAUVITÉ.DE

Das Land wurde nicht geschenkt

Mühevoll sammelten die Juden Geld für den Landkauf in Palästina



Von Tom Brenner

Die Förderung des Weinbaus in Israel ist einer der zahlreichen Erfolge des KKL.

Es taucht immer wieder das Gerücht auf, dass das jüdische Volk 1948 das Gebiet des heutigen Israels geschenkt bekam. Doch das geht an der Wirklichkeit vorbei. Denn der erste Plan eines jüdischen Nationalfonds wurde bereits 1884 auf der Kattowitzer Konferenz von dem Mathematikprofessor Herrmann Schapira aus Heidelberg vorgelegt. Er wurde aber erst auf dem 1. Zionistenkongress 1897 in Basel der Öffentlichkeit präsentiert.

Inhaltlich beinhaltete er folgende Teile: Alle Juden der Welt sollten periodisch Beiträge zahlen, 2/3 des Etats sollte zum Bodenerwerb und 1/3 zur Erhaltung und Kultivierung verwendet werden und das Land darf vom Fonds nicht verkauft, sondern nur auf maximal 49 Jahre verpachtet werden, um Mietwucher vorzubeugen.

Der Brief an Wilhelm II.

Kurz darauf 1898 schrieb Theodor Herzl in einem Brief an den deutschen Kaiser, um von ihm Unterstützung zu erhalten: „Da ist das Land unserer Väter, das sich für eine Kolonisierung und Kultivierung eignet. Ew. Majestät haben das Land gesehen. Es schreit nach Menschen, die es bebauen sollen. Und wir haben unter unseren Brüdern ein schreckliches Proletariat. Diese Menschen schreien nach einem Lande, das sie bebauen wollen. Nun möchten wir aus den zwei Notständen – des Landes und des Volkes – durch die planvolle Verbindung beider eine neue Wohl-

fahrt schaffen. Für so gut halten wir diese Sache, für so wert, einer Teilnahme der Großmütigsten, daß wir Ew. Kaiserliche Majestät um Ihre hohe Hilfe zu dem Werke bitten.“ Und „Wir planen die Errichtung einer Jüdischen Landgesellschaft für Syrien und Palästina, welche große Werke in Angriff nehmen soll.“

Jedoch wurde diese Bitte vom Kaiser nicht für relevant erachtet und er

verwendet werden kann, während die andere Hälfte verzinst werden muss. Weiterhin kann (muss aber nicht) immer nur die Hälfte der jeweiligen, jährlich gesammelten Nationalfondsgelder zum Landkauf verwendet werden, während die andere Hälfte und die gesamten Zinsen in solange unantastbar bleiben müssen, bis eine Kolonisation im Großen möglich ist.“

Bis 1914 war der, auf einer Generalversammlung gewählte, Vorsitzende Dr. Max Bodenheimer. Nun verbreitete sich der KKL weltweit und das Büro wurde mit Kriegsbeginn 1914 von Köln nach Haag in Holland verlegt. Dieses provisorische Komitee blieb bis 1920 erhalten, bis dann das Hauptbüro unter Menachem Ussischkin nach Jerusalem verlegt, wo es bis heute steht.

Dem KKL standen verschiedene Sammelmittel zur Verfügung, die in allen Gesellschaftsschichten und Ländern Anklang fanden. Eine bis heute erhaltene Möglichkeit waren die Sammelbüchsen. 1937 waren sie in 900.000 jüdischen Haushalten vorhanden und brachten in 30 Jahren 750.000 Pfund unter der Parole der freiwilligen Volkssteuer „Täglich 5 Pfennige“, ein. Die erste Sammlung mit diesen Büchsen fand am 29. Dezember 1901 von Theodor Herzl kurz nach der Abstimmung über den KKL statt. Es wurden auch solche Büchsen im Warschauer Ghetto gefunden. Was zeigt, dass selbst in einer solchen Lage die Hoffnung auf einen eigenen Staat nicht ausstarb.

Die nachhaltigste Spendenaktion ist die, von Prof. Otto Warburg initiierte, Schaffung des Herzl-Waldes. Diese Baumspende wurde noch im Todesjahr Herzls 1904 ins Leben gerufen. Es soll ein Denkmal für Theodor Herzl und seine Idee eines jüdischen Staates sein, an dem sich jeder mit einem Baum, zu dem eine Urkunde erstellt wurde, für sechs Mark beteiligen kann (Urkunde

„Der JNF ist ein für ewige Zeiten unantastbares Vermögen des jüdischen Volkes, dazu bestimmt, Land in Palästina und den Nachbarländern zu erwerben.“

Von Wien, nach Köln, nach Den Haag, nach Jerusalem

Im Anschluss an die Annahme des Vorschlags leitete Johann Kremenetzky von Wien aus den KKL und konnte in fünf Jahren ein Guthaben von 70.000 Pfund ansammeln. 1907 wurde der KKL von Wien nach Köln verlagert, weil dort auch das zionistische Zentralbüro unter der Leitung von David Wolfsohn residierte, dem Nachfolger Theodor Herzls. In diesem Jahr wurde der KKL auch in England als Genossenschaft registriert und ihm stand ein siebengliedriges Direktorium vor.

wird dann an Tu Bischwat ausgehängt). Gerade Bäume sind in dieser Region wichtig für das Aufrechterhalten eines gesunden Wasserhaushaltes. Die Bepflanzung des Herzl-Waldes begann 1908 in Ben Schemen und Hulda. Am Anfang wurden nur Ölbäume gepflanzt, da sie keine Bewässerung brauchen und gut mit heißen und kalten Temperaturen zurechtkommen. Weiterhin ist die Lebenserwartung von ihnen gute dreibis vierhundert Jahre und Oliven bzw. Olivenöl lässt sich gut weltweit verkaufen. Jedoch ist mit dem ersten Ertrag erst nach 15 Jahren zu rechnen. Also wurde ab 1912 die Bepflanzung auch auf Mandel-, Aprikosen- und Feigenbäume ausgeweitet.

Die Juden führen neue Bäume ein

Ebenso führten die Juden den Eukalyptusbaum, welcher viel Feuchtigkeit benötigt und damit Sümpfe austrocknet, nach Palästina ein, warum die Araber ihn seitdem „Judenbaum“ nennen. Diese neuen Frucht-, Nutz- und Zierhölzer schufen auch neue Arbeitsbereiche in der Verarbeitung, Verpackung und dem Versand. Anders als das Getreide war die Baumwirtschaft, bis auf das Bauholz, vollständig für den Export vorgesehen. Deshalb sollten die Arbeiter nicht einseitig vom Herzl-Wald abhängig sein. Um Armut in Zeiten eines Exportstopps vorzubeugen, errichtete der KKL 1912 den „Arbeiter-Heimstätten-Fonds“. Dieser baute Familienhäuser mit eigenem Garten zur Selbstversorgung. Auch dieses Grundstück wurden für 49 Jahre verpachtet, konnten aber als Erbpacht immer wieder verlängert werden. Die Kosten von 1.000 bis 2.000 Francs konnten innerhalb von 20 Jahren an den Fonds zurückerstattet werden. Dies war eine perfekte Grundlage, um sich niederzulassen und eine Familie zu gründen. Der Herzl-Wald schaffte auch den Übergang von den stark urbanisierten Einwanderern zur Landwirtschaft. Im Jahr 1916 konnten schon 115.000 Bäume gepflanzt werden und der Reinertrag aus dem Verkauf floss in Schulen, Museen und Bibliotheken ein.

Der KKL war zurzeit der zweiten Alija (1904 – 1914) beteiligt. In diesem Zeitraum flüchteten zwischen 35.000 und 40.000 Menschen hauptsächlich aus Russland vor Pogromen. Um diese Einwanderer an die neuen klimatischen und arbeitstechnischen Gegebenheiten heranzuführen, errichtete der KKL Lehrfarmen, um Bauern auszubilden.



Das Logo des KKL

Die erste Siedlungsgenossenschaft entstand 1910 in Emek Jesreel. Die dort neuerlernte Getreidewirtschaft löste auch die ersten Monokulturen des Weinbaus aus der erste Alija ab. In Jerusalem kaufte der KKL 1904 zwei Häuser und brachte dort den „Bezalel“ unter, welcher für Kunstgewerbe und Heimindustrie zuständig war und den eingewanderten Jemeniten Arbeit bot. Außerdem unterstützten sie die erste Häuserbaugesellschaft „Achusath Baith“ in Jaffa mit einem Darlehen von 250.000 Francs, was einen entscheidenden Grundstein für Tel-Aviv legte. Sie schufen auch den Baugrund für die ersten großen kulturellen Institutionen wie das Herzl-Gymnasium in Tel-Aviv, das jüdische Technikum in Haifa und die Hebräische Universität auf dem Skopus.

Die Arbeit des KKL wurde allerdings 1920 auf der Jahreskonferenz aller zio-

nistischen Vertreter in London auf die Bodenpolitik bzw. den Bodenerwerb beschränkt. Die Kolonisationsarbeit wurde dann von dem neugegründeten „Keren Hajessod“ übernommen. Nun wurden die Böden vom KKL saniert und zssur Bewirtschaftung vorbereitet. Der Bodenerwerb stellte sich aber als größeres Problem da. Die Grundstücke gehörten meist mehreren hundert Personen bzw. mehreren Familien, was es schwierig machte dies auf einen neuen Besitzer zu übertragen. Oder es mussten viele kleine Landstücke separat gekauft werden, um die gewünschte Fläche zu erhalten. Dies führte dazu, dass es mehrere Jahre dauern konnte von der Verhandlung bis zum abgeschlossenen „Kuschan“ (Vertrag). Jeder gekaufte Boden musste sofort genutzt bzw. kultiviert werden, da er sonst wieder von arabischen Bauern bzw. ehemaligen Pächtern

okkupiert wurde. Dies stört aber den Grundgedanken des KKL Bodenreserven zu schaffen. Denn allein in den Jahren 1932/33 musste der KKL 27.000 Pfund zur Pflege und zur Saat investieren, was eigentlich zu diesem Zeitpunkt unnötig war.

320.000 Dunam

In Tel-Aviv kam es um die Mitte der 20er Jahre vermehrt zu Bodenspekulationen, was zur Auswirkung hatte, dass der Dunam (kommt vom türkischen „dönmek“ und heißt „sich drehen“. Es bezeichnet die Fläche, die von einem Mann an einem Tag gepflügt werden kann. Ein palästinensischer Dunam entspricht 1.000 m²) zwischen 1.200 und 2.000 Pfund kostete und der Dunam Landwirtschaftsfläche zwischen 10 und 50 Pfund. Im Verhältnis entspricht dies etwa den Baugrundkosten in Berlin-Pankow (ca. 200€/m²) und der Landwirtschaftsflächen in Norddeutschland (ca. 2€/m²). Der KKL konnte also auf dem Markt nicht gegen Privatpersonen aufreten, da er eine Rentabilitätsgrenze einhalten muss. Zwischen 1920 und 1932 konnte der KKL 320.000 Dunam erwerben. 180.000 Dunam wurden von Privatleuten und anderen Institutionen, wie der Palestine Jewish Colonisation Association (PICA), gekauft.

Bei der Staatsgründung 1948 besaß der KKL bereits 100.000 Hektar Land, hat 230 Ortschaften gegründet und 5 Millionen Bäume gepflanzt. Zu denen auch die Bäume des Märtyrerwaldes gehören, in dem 6 Millionen Bäume in Erinnerung an die Opfer der Shoah gepflanzt wurden. Nach dem Krieg wurde in Deutschland die erste Niederlassung 1953 in Düsseldorf gegründet. Heute gibt es auch noch weitere Büros in Frankfurt, Berlin und München mit einem jeweiligen ehrenamtlichen Präsidium, was einen ständigen Kontakt zwischen Deutschland und Israel ermöglicht. Symbolisch entstand daraus 15 km von Beer Schewa entfernt auch der „Wald der deutschen Länder“.

Heute ist der KKL die größte Umweltschutzorganisation Israels, in dessen Emblem die Farben blau, grün und braun auftauchen, welche für Sicherung der Wasserressourcen, Begrünung des Landes und den ökologischen Umgang mit dem Boden stehen. Weiterhin wird an Fahrradwegen, Renaturalisierung von Flussbetten, Brandschutz in Wäldern oder Ferien-camps für Kinder gearbeitet.



Ihr zuverlässiger Partner für organisierte Reisen

Flüge weltweit | Reiseberatung und Planung | Visum in GUS-Länder | Reisen auf Kredit



Das Heilige Land

GRUPPENREISEN NACH ISRAEL

Ganzjährig möglich

AB 878€ pro Person HP/ DZ/ 1Woche
HOTEL, TRANSFERS, AUSFLÜGE

Buchen Sie über unser Reisebüro

Flüge nach Israel mit:
EL AL, ISRAIR, EasyJet, UP **AB 99€**

HOTELS:

TEL AVIV

Armon Hayarkon 3* 461€ | 7T | ÜF

JERUSALEM

Prima Park 3* 392€ | 7T | ÜF

NETANYA

Galil 3* 337€ | 7T | ÜF

NEU EXCLUSIVE TOURS TuS Reisebüro

● Sri-Lanka ab 724€ (10T, HP) (Hotels, Transfers, Ausflüge)

■ VIETNAM ab 1920€ (15 Tage)

■ MADEIRA ab 699€ (7 Tage)

■ GEORGIEN ab 650€ (7 Tage)

■ ASERBAIDSCHAN ab 850€ (7 Tage)

■ ST. PETERSBURG ab 450€ (4/5 Tage)

KUR URLAUB (Sanatorium)

Baltyk 3* (Kolberg) ab 258 p.P | 15 Kur. | 6T | VP

Jaunkemeri (Lettland) ab 252 p.P | 20 Kur. | 6T | VP

Belvedere 4* (Karlsbad) ab 255 p.P | 15 Kur. | 6T | HP

Kur am Toten Meer:

Kibbutz Ein Gedi + SPA Paket

DZ | HP p.P. ab 850€ p.P.

Hotel Lot 3* | DZ | HP p.P. ab 650€

Pauschalreisen Weltweit

Spanien ab 370€

Italien ab 470€

Zypern ab 360€

Emirates ab 880€

Kuba ab 970€

Griechenland ab 480€

Türkei ab 385€

Kanaren ab 525€

Thailand ab 760€

Bali ab 990€

Bei „hochanständigen Leuten“, Unter den Linden 58

Vor seiner politischen Karriere versuchte sich Theodor Herzl auch in der deutschen Hauptstadt als Theaterautor

Von Peter Jacobs

Am 21. November 1885, mitten im Gründerrausch der Kaiserzeit, trifft ein gutaussehender, etwas dandyhaft gekleideter junger Wiener ungarisch-jüdischer Herkunft in Berlin ein. Er hat tiefblaue melancholische Augen, trägt einen auffällig vollen Backenbart und einen feingezwirbelten Schnurrbart. Für die Stadt hat er kaum einen Blick. Ihn interessieren einzig und allein die Theater und die damit verbundene gesellschaftliche Szene Berlins.

Das Deutsche Theater in der Schumannstraße ist eben erst gegründet und ringt noch um Profil. Eigentlich gilt das Wiener Hofburgtheater zu dieser Zeit als Olymp des deutschsprachigen Bühnenlebens, aber an der Burg hat man den ehrgeizigen jungen Literaten und Journalisten schon mehrmals abgewiesen. Das will der 25-Jährige Theodor Herzl nicht gelten lassen. Kein Umweg zum Ruhm ist ihm zu weit: „Nur ein Stück, das an einer Berliner Bühne reüssiert hat, wird von den hundert deutschen Bühnen nachgespielt,“ schreibt er seinen Eltern und erbittet von ihnen ein oder zwei Jahre Geduld: „Werde höchstens nicht mit 26, sondern mit 27 Jahren ins Burgtheater kommen. Kommen werde ich. Das ist ja der Gipfel meiner Karriere.“

Zweifelloos ist der Platz für Herzls Startversuch gut gewählt. Berlin hat zu dieser Zeit schon mehr als eine Million Einwohner. Von diesen besuchen mindestens 50.000 das Theater, das die Konkurrenz des Kinos noch nicht kennt. Auf Startschwierigkeiten macht sich der junge Mann aus Wien gefasst: „Leicht wird es mir auch hier nicht werden“, gesteht er seinen Eltern, „aber ich will mit aller Zähigkeit und Schlaueit für meine ehrliche Arbeit arbeiten.“ Nebenher erschreibt er sich ein paar Honorare bei dem illustrierten Wiener Witzblatt „Der Floh“ und den Hamburger „Lustigen Blätter“. Der Reisekasse tut es gut.

Im Reisegepäck trägt der ehrgeizige junge Dramatiker drei sorgfältig handkopierte Manuskripte mit den Titeln „Die Causa Hirschkorn“, „Tabarin“ und „Muttersöhnchen“. Auf letzteres setzt er die größten Hoffnungen. Er hat es in Salzburg begonnen, als er dort beim Landgericht eine Stellung antrat und wie so viele Talente der deutschen Literatur frühzeitig die Flucht vor den Zwängen und dem Aktenstaub der Juristerei in das Reich der Poesie antrat.

An Courage mangelt es dem jungen, unbekanntem Theodor Herzl nicht. Keinem geringeren als dem zu dieser Zeit berühmten Berliner Dramatiker Paul Lindau hat er schon „Compagniearbeit“ zur Beendigung des Lustspiels „Muttersöhnchen“ angeboten, und sich von dessen negativer Antwort nicht entmutigen lassen.

Der Ankömmling in der pulsierenden deutschen Reichshauptstadt steigt zunächst im Central-Hotel am Bahnhof Friedrichstraße ab, das einen ganzen Straßensblock umfasst und mit einem Wintergarten für 3.000 Personen aufwarten kann. Sein Hotelzimmer will er zum Arbeitsplatz machen, be-



Herzl (rechts) mit drei Bundesbrüdern (1881)

klagt jedoch „zuviel Lärm“ und wechselt am nächsten Tag in eine preiswerte Wohnung mit „Schlafcabinet und Arbeitszimmer“, Unter den Linden 58 bei „hochanständigen Leuten“.

Falsche Bescheidenheit plagt den jungen Wiener Hoffnungsträger nicht. Er will sich gar nicht erst mit zweitrangigen Berliner Bühnen abgeben, sondern sogleich das Königliche Schauspielhaus und das Deutsche Theater okkupieren. Nur dem Tagebuch vertraut er seine Zweifel an: „Wie ein Schleier liegt’s

tröstender Anblick“, notiert er im Tagebuch. Aber er wird liebenswürdig behandelt, taut langsam auf und liest ein paar Tage später der Hausherrin und ihrer Schwester aus seinem Vier-Akter vor.

Die Stücke sind zu österreichisch!

Herzl lässt keine Gelegenheit aus, seine Texte ins Gespräch zu bringen. Er sucht Lindau auf, der ihm vom Deutschen Theater abrät und eher das „novitätenlo-

hat einen jungen Aristokraten zum Helden, einen selbstsicheren Gesellschaftslöwen und Verführer namens Gabriel von Rosen. Figuren wie diese spreizen sich, als müssten sie sich aufwerten, sie reden nicht frei heraus, sondern im Salonton, liefern sich elegante, aber blutleere Wortgefechte, denen der Leser mitunter nur bei guter Konzentration folgen kann. Gesellschaftliche Gemeinheiten werden in geschliffener Form vorgetragen, aber es gibt keine befreienden Gefühlsausbrüche. Über allem weht der Hauch der Dekadenz des Wiener Fin de siècle.

Und so bleiben die Absagen nicht aus. Den „Tabarin“ schickt das Deutsche Theater kommentarlos zurück. Nach einer Woche dämmert dem Hoffnungsträger, dass er seine Erwartungen etwas dämpfen muss. „Ich untersuche das Terrain sorgfältig“, versichert er seinen Eltern, „denn ich will mein Stück nur dort einreichen, wo ich Aussichten habe.“ Von Bloch offenbar beraten, rechnet er sich nun für „Muttersöhnchen“ eher Chancen bei Franz Wallner aus, der das populäre Wallner-Theater betreibt.

Franz Wallner, ein „höchst charmanter Mensch, wenn er auch ein spitze Zunge hat und nicht gemüthlich ist“, hat sowohl Berliner als auch Wiener Blut in den Adern. Wallners Vater, der Gründer, wechselte im Jahr 1864 vom Josephstädtischen Theater Wien nach Berlin und gründete das nach ihm benannte Theater in der Blumenstraße 9, in der Nähe des heutigen Alexanderplatzes.

Am Wallner-Theater laufen sogenannte Halbwelt-Dramen, die das Massenpublikum anlocken. Die Wallner-Söhne werden mit Textangeboten überschwemmt, 275 wurden allein im Jahr 1882 gezählt. Der 31-jährige Junior Franz Wallner packt das Manuskript des 25-jährigen Neulings auf den Eingangsstapel, redet sich aber vorsichtshalber schon darauf heraus, dass „Muttersöhnchen“ kein reines Lustspiel sei und empfiehlt es nach Hamburg weiter.

Von der spröden Berliner Art Wallners zeigt sich der an elegantere Umgangsformen gewöhnte junge Wiener kaum irritiert: „Ueber die stachlichte Form, in der er mich poussiert, sehe ich hinaus. Ich bin weltgewandt genug, alle Leute zu nehmen, wie sie sind.“

Doch nichts geschieht. Nach drei Wochen in Berlin ist Herzl mürbe und wohl auch knapp bei Kasse und entschließt sich zur Rückkehr. „Man kann nicht alles auf einmal erstreben“, notiert er. „Die Ergebnisse meiner Reise werden vermuthlich erst später reifen.“

Erholung in Paris und der Normandie

Erst im Herbst des folgenden Jahres, am 5. Oktober 1886, erscheint er wieder in der Stadt, von der er sich den großen Multiplikationseffekt erhofft. Er hat ein paar Sommerwochen in Paris und in der Normandie verbracht, Depressionen ausgelebt, Feuilletons für Wiener und Berliner Zeitungen geschrieben und trägt nun ein neues Theatermanuskript in der Tasche.

Das neue Stück heißt „Seine Hoheit“

» Auf sein Stück „Muttersöhnchen“ setzte er die größten Hoffnungen. «

vor der Zukunft. Werd ich mich an widerwilligen Protzen, neidischen ‚Angelangten‘, wehmüthigen Rosciussen (Bezeichnung für Spitzenschauspieler) in den Koth demütigen lassen müssen? Wird ich nur meine Sammlung fehlgeschlagener Versuche um einen weiteren bereichern?“

Bei der Kontaktabbahnung hilft Emil Treitel, ein Geschäftsfreund des Vaters. Doch dem jungen Gast aus kultivierten assimiliertem jüdischen Hause in Wien gefällt das Gesellschaftsmilieu bei den reichen Juden im damaligen Berlin eigentlich nicht. „Gestern war grand soirée bei Treitel. An die 30-40 kleine hässliche Juden und Jüdinnen. Kein

se Hoftheater“, nämlich das Königliche Schauspielhaus empfiehlt. Bald reden viele Leute in Gesellschaft vom „Muttersöhnchen“, aber immer wieder muss der Autor feststellen: „Gelesen hat es noch Keiner“. Der Theateragent Felix Bloch meint frank und frei, die Stücke seien zu österreichisch.

In der Tat: Der junge Herzl schreibt im Stil des altmodischen Wiener Bürgertheaters. Auf den Brettern, die ihm die Welt bedeuten, liegen Plüschteppiche. Man trägt Lackschuhe, und es wimmelt von adligen Parvenüs, ehrgeizigen Advokaten, verdorbenen Börsianern, blonden Engeln und schlauen Mitgiftjägern. „Muttersöhnchen“

und gibt sich als Satire auf das Geld. Aber es ist der übliche gekünstelte Dialog ordinärer Neureicher und edler Aristokraten, Figuren ohne nachempfindbares Seelenleben. Was als Liebesgeflüster daher kommen müsste, plätschert als Salondialog dahin, die Ehe nennt der Autor ein Spekulationskonsortium und romantische Gefühle behandelt er geradezu mit Abscheu: „Die Jugend ist ein Märchen, eine Illusion alter Leute“.

Mit solch altkluger Bürgerlichkeit hat der junge Wiener beim Deutschen Theater keine Chance. Es ist die Zeit, da man dort schon auf den harten Realismus und die gnadenlose Demontage der Bürgerwelt bei Ibsen und Strindberg aufmerksam wird, und als sich bald auch der zwei Jahre jüngere Gerhart Hauptmann mit seinen aufrüttelnden naturalistischen Stücken durchsetzt.

Doch der jetzt 26-Jährige Theodor Herzl ist in seinem Ehrgeiz nicht zu erschüttern. Ratschläge des Theaterverlegers Bloch aufgreifend, schreibt er „Seine Hoheit“ um und hofft auf eine Probeaufführung wenigstens in Frankfurt an der Oder. Er plant auch, mit dem korrigierten und neu abgeschriebenen Manuskript nach Hamburg zu fahren, sucht dann in Dresden und Berlin nach einem Verleger, der seine Feuilletons für die Wiener Zeitung „Presse“ als Buch herauszugeben bereit wäre, und wird so nervös, dass er sich einmal sogar kurz mit seinen Eltern anlegt, die offenbar befürchten, dass der vergötterte Sohn in Berlin über seine Verhältnisse zu leben beginne.

Streit mit den Eltern

Pikiert schreibt der Geplagte nach Wien, er sei „weder Lotteriebrotler noch Pflastertreter“ und verteidigt seinen Anspruch auf Unterstützung. „Wenn ich mir die harte Zeit der Anfänge Monate, ja vielleicht um Jahre verkürzen kann, so wäre es sträflich philiströs an ein paar Hotelkerzen zu denken.“ Es gibt ja in Berlin für die langen Abende, an denen er seine Korrespondenzen verfasst und Manuskripte umschreibt, noch kein elektrisches Licht.

Die Tonlage kommt nicht von ungefähr. Diesmal macht Herzl Fortschritte, wenn auch noch nicht als Bühnenautor. Der Gewinn, den er von seiner zweiten Berliner Tour mitnimmt, ist eine Verabredung mit Arthur Levisohn, dem Chefredakteur des Berliner Tageblatt, über regelmäßige journalistische Mitarbeit. Bis zum Frühjahr 1887 und dann noch einmal ab Herbst des gleichen Jahres füllt der Wiener der damals wichtigsten Berliner Zeitung jeden Montag drei kleine Feuilleton-Spalten mit dem Titel „Reise rund um die Woche“. Dort kann er nach eigenem Gutdünken Themen aus Politik und Gesellschaft, Literatur und Theater aufgreifen, „um seinen Witz darüber spielen zu lassen“, wie es der Herzl-Biograph Axel Bein beschreibt. Was bei Berliner Literaten einen gewissen Eindruck mache, aber die Leser bald kalt gelassen habe.

Journalismus als Sprungbrett?

Der Gelegenheitsschreiber wird es später bei der „Neuen Freien Presse“ in Wien zu einem Großmeister des deutschsprachigen Feuilletons im aus-



Eigentlich war vor allem Österreich-Ungarn Herzls Wirkungsbereich.

gehenden 19. Jahrhundert bringen. Aber er sieht das sein Leben lang nie anders denn als Zwischenspiel an, als Kompromiss, als Übergangsphase. Misserfolge vor Redaktionsschreibtischen, die in seinen jungen Jahren noch vorkommen, schmerzen ihn weit weniger, als die Demütigungen des Wartens vor verschlossenen Türen von Theaterrichtern oder an der Pforte von

„Doch der jetzt 26-Jährige Theodor Herzl ist in seinem Ehrgeiz nicht zu erschüttern.“

Herrscherpalästen. Seiner literarischen Fantasie gönnt er niemals eine richtige Atempause. Dem Schriftsteller Hermann Sudermann, den er in Italien kennenlernte, versichert er in einem Brief nach Berlin, „dass in mir auch noch solche ernste Sachen stecken, von denen meine armseligen und frivolen Kleinigkeiten keine Spur verrathen. Auf dem Theater, für das ich bisher onanistisch meinen besten Samen fließen ließ, gelten die ernstesten Sachen freilich nichts. Aber die Zeit wird kommen.“

Im Sommer 1887 findet diese Hoffnung Nahrung. Am Wallner-Theater haben sie das veränderte Stück „Seine Hoheit“ vom Wartestapel gegriffen und nehmen es überraschend an. Mit der Berliner Zusage in der Tasche gelingt es dem Herzl, das Stück auch noch am Prager Deutschen Landestheater unterzubringen. Schließlich ist Prag schneller, dort steigt am 12. Februar 1888 die Uraufführung, das Wallner-Theater zieht erst am 18. März nach.

Der Durchbruch?

Herzl ist erwartungsfroh bis zum Übermut, als er nach der Prager Premiere zum dritten Mal in Berlin erscheint,

diesmal endlich im Rampenlicht. Mehrfach muss er im Wallner-Theater vor den Vorhang treten. Bei der Premierenfeier im Berliner Hotel Kaiserhof am Wilhelmplatz hört Herzl von Levisohn und Wallner nichts als Komplimente: „Seine Hoheit“ sei die beste Lustspielnovität der Saison. Er habe damit in Berlin seinen Namen als Dramatiker von großer Zukunft begründet.

Von der Kritik sieht er sich „leise gelobt oder mäßig getadelt“. Das Berliner Tageblatt nennt den Autor einen Pointenschwender, der unter die Kuratel des Regisseurs gestellt werden müsse.

Festzuhalten bleibt: Der nunmehr 28-Jährige Theodor Herzl hat in Berlin den Sprung auf eine deutschsprachige Theaterbühne geschafft, von der aus er wahrgenommen werden kann. Ein Jahr später stellt sich Erfolg in Wien ein. Am Burgtheater, dem Tempel aller frühen Träume Theodor Herzls, werden „Die Wilddiebe“ aufgeführt, ein Gemeinschaftswerk mit dem routinierten Dialogschreiber Hugo Wittmann. Im Mai 1889 bringt Herzl einen Einakter mit dem Titel „Der Flüchtling“ im Abendprogramm unter. Zwei weitere Jahre später werden Herzl-Stücke an 17 österreichischen Bühnen gespielt, wenngleich nur mit mäßiger Beachtung. Er wird nie ein Arthur Schnitzler oder Hugo von Hofmannsthal werden. Selbst sein bekanntestes Stück, „Das neue Ghetto“, das er 1894 in einem siebzehntägigen Schreibrausch zu Papier bringt, braucht vier Jahre, bis es gnädige Aufnahme am Carl-Theater findet, einem Wiener Pendant des Berliner

Wallner-Theater.

Die Theaterpläne sind ihm zu klein

Hunderte Autoren jener Zeit wären über eine solche Bilanz zufrieden gewesen, Herzl nicht. Seine Psyche antwortet auf die Erkenntnis, dass er nur zu dramatischem Mittelmaß taugt, immer wieder mit Depressionen. Die in seiner Jugend formulierte Selbstbescheidung, er werde sich „das Maul abwischen und das Literaturmachen anderen überlassen“; vielleicht werde doch noch ein ordentlicher Advokat aus dem „verunglückten, gliedergebrochenen Dichtling und Schriftsteller?“ – das gilt nicht mehr.

Der Salonliterat sucht nach einer anderen, ihm gemäßen, großen Lebensaufgabe. Die dichterischen Kräfte des hochbegabten Feuilletonisten sublimieren auf der politischen Bühne. 1896 veröffentlicht er sein berühmtes gewordenes Traktat „Der Judenstaat“. Ein Jahr später begründet er auf einem Kongress in Basel die zionistische Weltbewegung.

Noch dreimal kehrt Theodor Herzl nach Berlin zurück. Das erste Mal im Januar 1898, um an einer Konferenz reicher Berliner Juden teilzunehmen. Ein zweites Mal im Februar des gleichen Jahres, als in der deutschen Hauptstadt eine zionistische Massenversammlung stattfindet und sein Stück „Das neue Ghetto“ aufgeführt wird. Und schließlich, im Oktober 1898, um von hier aus nach Liebenberg in der Mark zum Landsitz des Grafen Eulenburg und nach Potsdam zum Außenminister Graf von Bülow weiterzureisen und dort dafür zu werben, dass ihm der deutsche Kaiser auf einer geplanten Palästina-reise ihm, Herzl, eine Audienz gewähre.

Aber das gehört schon in seine andere, Theodor Herzls zionistische Geschichte.

Die Entjudung Deutschlands

Das Leben und Sterben des christlich-jüdischen Miteinanders am Beispiel der baden-württembergischen Stadt Buttenhausen

Von Melissa Kaiser

Friedlich schlängelt sich ein kleiner steiler Weg durch Buttenhausen zum alten jüdischen Friedhof. Er ist Teil eines gemütlichen Rundgangs durch den Ort, welcher dessen eindrucksvolle Geschichte aufbereitet hat. Der Blick vom Friedhof hinab ins Lautertal lässt aufgrund der zerstörten Synagoge kaum noch erkennen, dass sich hier ein zwar nicht perfektes, aber doch temporär gut eingespieltes christlich-jüdisches Zusammenleben abspielte.

Die Gemeinden waren durch den Fluss zunächst geteilt – links befand sich die christliche, rechts die jüdische – im Laufe der Jahre aber zogen auch Christen in den jüdisch geprägten Ortsteil und umgekehrt. Dieser rege kulturelle Austausch flaute schon vor der Herrschaft der Nationalsozialisten ab, wurde aber erst durch diese vollständig zerschlagen. Denn kein Jude Buttenhausens blieb nach 1945 im Ort zurück. Ob geflohen, ermordet oder durch Selbstmord – die Gemeinde war ausgelöscht. Es sollte Jahrzehnte dauern, bis die Geschichte aufgearbeitet und wiederentdeckt werden sollte. Auch die vor der NS-Schreckensherrschaft.

Ein Judenschutzbrief Philipp Friedrichs Freiherr von Liebenstein aus dem Jahr 1787 markierte den Anfang der Blütezeit der jüdischen Gemeinde Buttenhausens. Neben einem hohen Spielraum in Bezug auf die Selbstverwaltung enthielt dieser auch Schutzrechte und befreite die Juden von feudalen Diensten. Außer des recht gewinnbringenden Salzhandels war Juden jeder Handel gestattet. Ab 1805 mit dem Beginn der württembergischen Landeshoheit durften Juden auch in Buttenhausen Handwerksberufe ausüben und Zünften beitreten. Enorme Wichtigkeit besaß auch die zugestandene religiöse Autonomie, welche den Weg für eine Synagoge ebnete. Neben dieser und dem Friedhof hatten Juden die Möglichkeit ein eigenes rituelles Badehaus und eine jüdische Schule zu besuchen. Zunächst ließen sich 25 jüdische Familien, die je zwölf Florinen für ihr Ansiedlungsrecht bezahlten, in der Gemeinde nieder. Ganz im Sinne des Freiherrn von Liebenstein, der mit seinem Schutzbrief vor allem auch die wirtschaftliche Wiederbelebung des Ortes im Sinn hatte.

Ein Jude stiftete der evangelischen Gemeinde die Turmuhr

Mit der Zeit entstanden viele verschiedene jüdische Ladengeschäfte.



In Buttenhausen blieb nur ein Gedenkstein

Darunter auch die Zigarrenfabrik der Familie Lindauer, die zwanzig Arbeits-

plätze zur Verfügung stellte und der evangelischen Kirche eine Turmuhr stiftete. Moritz Lindauer, dessen Brüder Karl und Max rechtzeitig vor den Nazis flohen, fiel diesen zum Opfer. Als

Kriegsveteran empfand er eine hohe Verbundenheit zu seinem Wohnort

„Die Synagog isch abbrennt, Hallelujah.“

und seinem Vaterland, welche ihm eine Ausreise unmöglich schienen ließ. Seinen Kindern ebnete er den Weg in die USA, sodass sie überlebten. Die Brüder Karl und Max retteten sogar die Schablatlampe der Buttenhausener Synagoge. Diese befindet sich heute daher in der Jewish Chapel in Annapolis.

Die Synagoge Buttenhausens, welche genau gegenüber der Kirche lag, überlebte den ersten Brandanschlag im Jahr 1938 dank der örtlichen Feuerwehr und des Bürgermeisters. Ein nahezu einmaliges Ereignis in dieser Zeit. Erst nach einigen Säuberungsaktionen gelang es den Nazis, die Synagoge vollständig zu zerstören. Am Synagogenplatz des Ortes erinnert heute ein Gedenkstein mit Davidstern und Menora an das zerstörte Gebäude.

Das protestantisch-jüdische Zusammenleben florierte im Kaiserreich

Den Höhepunkt der Blütezeit der jüdischen Gemeinde markierten die Jahre um 1850 bis 1900. 1871 stellten Juden sogar mit 53 % die Bevölkerungsmehr-

heit des Ortes dar. Die räumliche Trennung der verschiedenen Gemeinden lockerte sich zu dieser Zeit nach und nach auf. Die Volksschule wurde sowohl von evangelischen als auch jüdischen Schülern besucht. Auch das gemeinsame Vereinsleben florierte. Unter den ersten Mitgliedern des Schwäbischen Albvereins befanden sich einige Buttenhausener Juden. Man besuchte gemeinsame Tanzveranstaltungen, Theatergruppen oder Gesangsvereine. Auch im politischen Engagement zeigte man sich verbunden. Die einzige Ausnahme stellte die Eheschließung dar. Hier ist lediglich eine einzige christlich-jüdische Heirat dokumentiert.

Umso dramatischer erscheint das jähe Ende der Kooperation dieser zwei religiösen Gemeinden, welche im Ort Buttenhausen nahezu gleichgestellt und im Alltagsleben miteinander verflochten waren. Ein Beweis dafür, dass familiäre Trennung bedingt durch die Religion oder Kultur nicht zwangsweise zur gegenseitigen Isolation führt. Vielmehr ist Buttenhausen ein Beispiel dafür, dass differente Parallelgesellschaften nur dann zum Problem werden, wenn der gegenseitige Respekt fehlt – Ein Gegeneinander statt Miteinander gelebt wird.

Die nationalsozialistische Propaganda erreichte jedoch genau dies. Angefangen vom Schulhof zog sich der Machtapparat durch sämtliche Lebensbereiche der Menschen in Buttenhausen. Auch Zeitzeugen berichten, in der Anfangszeit des Nationalsozialismus keinem radikalen Antisemitismus der nichtjüdischen Bevölkerung begegnet zu sein. Jedoch änderte sich dies radikal mit dem Jahr 1933, als die Propaganda auf Hochtouren lief. Schulkinder tanzten und sangen nach Zeugenaussagen Jutta Guts, der Tochter des jüdischen Oberlehrers Naphtali Berlingers, als die Synagoge brannte: „Die Synagog isch abbrennt, Hallelujah.“

Berlinger brach damals bei diesem Szenario zusammen. Christliche Bekannte grüßten ihre jüdischen Freunde schlagartig nicht mehr. Teils wurden sie nicht einmal mehr angesehen. Das Ende des Miteinanders im Alltag war vollständig eingeläutet.

Der in Aalen geborene Walter Ott kümmerte sich in den 70er Jahren privat intensiv um die Erhaltung und Instandsetzung des jüdischen Friedhofs. Dank seines Einsatzes zählt dieser Friedhof zu den besterhaltenen in Baden-Württemberg. 1985 folgte das Bundesverdienstkreuz. Zu seinen Motiven gab der im Jahr 2014 gestorbene Ott an: „Warum? Ich guck das anders an als andere Leute. Die Steine hab' ich im Kopf. Die leben, weil noch Nachkommen da sind.“

Juden, die rechtzeitig aus Buttenhausen flohen, kehren nach Jahrzehnten in kleiner Zahl hin und wieder zum Friedhof und diversen Gedenkveranstaltungen zurück. Dies ist auch an den zahlreichen Steinen auf einigen Gräbern ersichtlich. Wohnhaft ist hier jedoch keiner mehr. Zumindest die Geschichte des lebendigen christlich-jüdischen Zusammenlebens in Buttenhausen sollte immer wieder erzählt werden. Nicht nur wegen der Toten, sondern auch und gerade wegen der Lebenden.

Sie interessieren sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem...

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Eran Zahavi – ein Israeli mischt den chinesischen Fußball auf

Der Kapitän der israelischen Fußballnationalmannschaft ist Torschützenkönig der chinesischen Super-Liga

Von Tal Leder

Seitdem die Fussballmannschaften der Chinesischen Superliga ihre Geldschatullen öffneten, strömen immer mehr ausländische Stars – vor allem aus Europa und Südamerika – ins Reich der Mitte. Doch die Liga wird von jemand ganz anderem aufgemischt: Eran Zahavi, Kapitän der israelischen Fußballnationalmannschaft.

Der Fußball begeistert seit jeher die Massen und hat von seiner Popularität nichts eingebüßt. Die reichen Klubs aus Europa können sich die besten Spieler leisten und locken diese Talente mit großen Summen zu sich. Das war schon immer so. Neu ist aber, dass jetzt auch die chinesische Fußballliga in diesem Millionengeschäft mitmischt und immer mehr Kicker im besten Alter in das ostasiatische Riesenreich lockt.

Nicht nur als Entwicklungshelfer

Doch das Schöne am Fußball ist, dass es trotz seiner totalen Kapitalisierung mit zum Teil schwindelerregenden Beträgen Jahr für Jahr auch immer wieder Überraschungen gibt.

Im Jahre 2016 wurde beispielsweise "Leicester City" Meister der Premier League. Innerhalb eines Jahres wurde es somit vom Abstiegskandidaten zum nationalen Champion Englands. Und eine Sensation dieser Art könnte sich in dieser Saison auch in China ereignen.

Der Verein "Guangzhou R&F", stand lange Jahre im Schatten seines Nachbarn "Evergrande Taobao F.C.". Doch das Team, das nordwestlich von Hongkong beheimatet ist, mauserte sich in der aktuellen Spielzeit zu einem regelrechten Spitzenteam, was vor allem ein Verdienst des israelischen Stürmers Eran Zahavis ist.

Der 30-jährige Kapitän der israelischen Fußballnationalmannschaft wechselte im Sommer 2016 zum gegenwärtigen Spitzenreiter der "Chinesischen Super Liga", der über 7 Millionen Euro an den israelischen Rekordmeister überwies. Zahavi verdient für seine zweieinhalbjährige Vertragsdauer über elf Millionen Euro und soll als Bonus noch zusätzlich 17.000 Euro pro geschossenes Tor bekommen.

Eran Zahavi wurde am 25. Juli 1987 in Rischon LeZion geboren und begann seine Karriere 1993 in der Jugendmannschaft von Hapoel Tel Aviv. 2003 wechselte er in die Jugendabteilung von Hapoel Ironi Rischon LeZion, bevor er 2005 nach Tel Aviv zurückkehrte. Sein erstes Spiel für die A-Mannschaft absolvierte er im Jahre 2006. Nachdem er sich bis 2011 zu einem der besten israelischen Spieler entwickelte, sicherte sich der italienische Verein "US Palermo" die Dienste Zahavis. Dort war er allerdings Bankdrücker und ging nach einem kurzen Gastspiel eineinhalb Jahre später wieder nach Israel zurück, wo er sich Maccabi Tel Aviv anschloss und seine beste Zeit erlebte, wozu auch der Gewinn der Meisterschaft im Jahre 2014 zählt.

China statt Europa

Durch seine guten Auftritte in der Gruppenphase der Königsklasse der



Eran Zahavi in Aktion

Saison 2015/16 erlangte der 1,81 Meter große Offensivmann europaweite Bekanntheit: Mittlerweile Kapitän der israelischen Nationalmannschaft, waren zahlreiche Mannschaften aus europäischen Topligen an seiner Verpflichtung interessiert. Doch nach seinen persönlichen Erfahrungen in der italienischen Serie A bei Palermo, wo er selten zum Einsatz kam, entschied er sich diesmal gegen Europa und folgte lieber dem Ruf der Chinesen und geht seitdem für "Guangzhou R&F" auf Torejagd.

Nicht viele israelische Fußballspieler sorgten bis jetzt im Ausland für Furore, einige wenige ausgenommen. Überhaupt galt der Fußball in Israel lange Zeit als eine Art "Stiefkind" und stand im Schatten des Volkssports Nummer 1: des Basketballs. Die A-Nationalmannschaft des Judenstaates konnte sich zudem nur bei einer Fußball-WM qualifizieren: Bei der in Mexiko 1970.

Doch das hat sich seit einigen Jahren geändert: Mittlerweile ist Fußball in Israel mindestens genauso beliebt wie Basketball. Galt das Kicken in Israel bis vor einiger Zeit noch als der Sport der einfachen Leute, und hatte einen extrem provinziell-amateurhaften Charakter, so ist er heute viel professioneller geworden. Das hat natür-

lich verschiedene Gründe. Durch die Umstrukturierung der Gehälter kann man in Israel vom Fußballspielen ganz gut leben. Dann sind auch noch einige Stadien zu modernen Fußballarenen umfunktioniert worden. Auch hat der Wechsel manch ausländische Spieler und Trainer ins Heilige Land den Sport aus dem Tiefschlaf geholt.

Wie vorhin schon erwähnt, spielten bis jetzt nur wenige Israelis in ausländischen Ligen. Die allerwenigsten davon erfolgreich. Der Bekannteste war Yossi Benayoun, der vor einigen Jahren in England die Premier League aufmischte und mittlerweile seine Karriere in Israel bei Betar Jerusalem ausklingeln lässt.

In der Bundesliga hatte sich aktuell Almog Cohen einen Namen gemacht. Obwohl auch er zahlreiche Angebote in Deutschland von besseren Teams hatte, blieb der "israelische Gattuso" dem Zweitliga-Absteiger "FC Ingolstadt" treu.

Dass China ein schlafender Riese war und nach Größerem strebt, ist bekannt. Auch im Fußball will man nun endlich eine Weltmacht werden. Gestützt von schwerreichen Unternehmern und der politischen Großwetterlage schmeißen Chinas aufstrebende Fußballklubs

mit Geld nur so um sich. Und obwohl mittlerweile Stars wie der Brasilianer Oscar, der Belgier Alex Witzel und das argentinische Auslaufmodell Carlos Tevez für viele Millionen nach China gekommen sind, sorgt Eran Zahavi, der mit 11 Millionen Euro Einkaufspreis als "Schnäppchen" gilt, am meisten für Furore. Mit aktuell 19 geschossenen Toren (Stand 30. Juli 2017) ist er momentan Torschützenkönig der Liga. Seine Beliebtheit kennt kaum daher Grenzen – die meisten Trikots, die "Guangzhou R&F" verkauft, tragen den Namen "Zahavi".

Wie vor knapp 20 Jahren, als Haim Revivo sich in Spanien bei Celta Vigo – und danach bei Galatasaray und Fenerbahce Istanbul in die Herzen der Fans spielte. Nicht umsonst sagte man damals, dass der sympathische Israeli der beste "Botschafter" seines Landes sei. In China hat Eran Zahavi die Möglichkeit Israel so gut es geht zu präsentieren, und einen ähnlichen Kultstatus zu erreichen.

Zugegeben – die meisten europäischen Fussballfans bekommen seinen Erfolg kaum mit: Zu klein ist das Interesse an asiatischen Ligen. Aber in Fernost soll ja in vielem die Zukunft liegen – vielleicht auch jene des Fußballs.

Feinberg's – Zu Besuch in einem israelischen Restaurant in Berlin

Yorai Feinberg's Restaurant in Schöneberg wird zum festen Anlaufpunkt der Freunde israelischer Speisen

Von Urs Unkauf

Yorai Feinberg (l.) im Gespräch mit Urs Unkauf (Jüdische Rundschau).

Für das breite Angebot der israelischen Küche gibt es in Berlin mittlerweile einige Adressen. Dabei lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen, um die Besonderheiten dieser kulinarischen Sphäre, aber auch die Herausforderungen, mit denen sich jüdische Bürger in Deutschland konfrontiert sehen, verstehen zu können.

Seit Anfang 2013 bietet das Feinberg's die Spezialitäten der sephardischen Küche an. „Wir haben ganz klein angefangen mit sechs Tischen. Damals habe ich den Betrieb fast alleine geführt, gekocht und gekellert“, erinnert sich Gründer und Inhaber Yorai Feinberg. Bevor er in das Gaststättengewerbe einstieg, arbeitete Yorai als Manager einer Textilfirma in Nairobi. Dort konnte er zahlreiche betriebswirtschaftliche Praxiserfahrungen sammeln, die ihm noch heute helfen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Fähigkeiten „ein logisches Denkvermögen aufzubauen, Fehler schnell zu erkennen und die Bereitschaft, von seinen Mitarbeitern zu lernen“, beschreibt er seine Grundsätze.

Heute umfasst das Team von Feinberg's bis zu zehn Mitarbeiter und die Plätze sind ohne Reservierung oftmals ausgebucht.

Bei der sephardischen Küche handelt es sich um „arabisches Essen mit jüdischen Einflüssen“. So verwendet Yorai bei seinen hausgemachten Falafelbällchen einen großen Anteil an Korianer und etwas Petersilie, um für ein spezielles Aroma zu sorgen. „Eine saubere Fritteuse sowie die Verwendung von frischem Öl sorgen für die besondere Qualität“, erklärt der leidenschaftliche Koch.

Koschere Speisezubereitung ist anspruchsvoll

Ein weiterer Aspekt ist die Auswahl an koscheren Gerichten auf der Speisekarte, die sich im Preis von den regulären Fleischgerichten abheben. Durch die hohen Anforderungen an die Haltung, bei der vollständig auf chemische Ernährungszusätze verzichtet wird, entsteht der höhere Preis des koscheren Fleisches. Durch viel Gemüse, Hülsenfrüchte und Zitronensaft entsteht zudem eine gesunde Gesamtkomposition der israelischen Küche. Die meisten Zutaten bei Feinberg's stammen von regionalen Erzeugern.

Seit Mitte Mai wartet Feinberg's nicht nur mit größeren Räumlichkeiten in der Fuggerstraße 35 im Berliner Bezirk Schöneberg auf – auch das Menü erweitert sich stetig. Dabei ist es Yorai wichtig, nicht zu einem „Allerweltsrestaurant“ zu werden und den Fokus weiter auf sein Markenzeichen zu legen. Es gilt der Grundsatz: Qualität vor Quantität, frisch zubereitet und spezifisch auf die Wünsche der Gäste angepasst.

Diese erwartet eine anregende Auswahl an veganen, vegetarischen und glutenfreien Speisen. So kann aus einer überschaubaren Anzahl an Grundzutaten eine Variationsbreite an Gerichten entstehen, die vielen Ernährungsvorlieben und -einschränkungen entgegenkommt. Beispielsweise eignen sich Falafel ohne Paniermehl für den glutenfreien Verzehr und auch das traditionelle Shakshuka lässt sich ohne Eier für den veganen Verzehr zubereiten. Fisch- und Fleischliebhaber erwarten neben Lammvariationen und Grillodorade auch Feinberg's Kebap und koschere Hähnchenschnitzel. Das Preissegment seines Restaurants möchte Yorai für alle Gruppen zugänglich halten. In seinem vorherigen, kleineren Restaurant direkt neben der neuen Lokalität wird er ein Steakhouse eröffnen, dass

sich auf die besonders aromatischen Sous-Vide-Steaks spezialisiert.

Bedauerlicherweise hat das Restaurant Feinberg's seit seinem Bestehen mit antisemitischen Anfeindungen unterschiedlicher Milieus zu kämpfen, vor allem aus dem arabischen und islamistischen Milieu, aber auch aus jenem der



Yorai Feinberg (links) mit Urs Unkauf

deutschen und israelischen „Linken“, wie Yorai erklärt. Die Angreifer hinterlassen Schäden wie Farbattacken, Aufkleber, Vandalismus, herausgerissene Pflanzen und zerstörtes Außenmobiliar. Die entstandenen Sachschäden belaufen sich über die Jahre im fünfstelligen Bereich. „Obwohl mein Restaurant mitten im Schwulenzkiez liegt, benötige ich bei jeder ‚Hungerstreik‘-Demonstration der ‚Palästinenser‘ den Schutz von Polizeipatrouillen“, so der Besitzer. „Deutsche und israelische Linke boykottieren mich wegen der Israel-Fahne in meinem Restaurant, aber gehen ihren Döner beim Imbiss essen, wo die Hisbollah-Spendenbox auf dem Tresen steht“, empört

sich Yorai über den oftmals verschwiegenen Antisemitismus aus der politischen „Linken“.

Auch bei der Suche nach Aushilfskräften für sein Restaurant sah sich Yorai mit antisemitischen Einstellungen konfrontiert – diesmal von Muslimen: „Keiner der Araber hier wollte für einen Juden arbeiten, der ihnen einen anständigen Lohn bezahlt. Diese Leute sind derart von Hass zerfressen, dass sie sich lieber von ihren eigenen Landsleuten für drei Euro pro Stunde ausbeuten lassen“, veranschaulicht er seine Erfahrungen. In einer Internetkampagne wurde versucht, seine Existenz zu zerstören, indem zahlreiche schlechte Bewertungen seines Restaurants innerhalb kurzer Zeit abgegeben wurden. „Dieses Vorhaben konnten die Freunde Israels aber durch ihr beherztes Eingreifen zum Glück stoppen und den Spieß umdrehen“, freut er sich.

Anlässlich des 69. Gründungstages des Staates Israel fand am 12. Mai der Berliner Israel-Tag auf dem Wittenbergplatz statt. Auch Feinberg's war mit einem Stand vertreten, an dem Falafel, Hummus, Salate, Weine, Tee, Kaffee und Baklava angeboten wurden. Neben solchen besonderen Anlässen bietet Feinberg's auch Catering sowie spezielle Angebote für Firmenfeiern und andere Festivitäten an. Die angenehme Atmosphäre, durchweg freundliche Servicekräfte und eine einzigartige Auswahl an Speisen und Getränken sorgen für ein unvergessliches und zum Wiederholen einladendes Erlebnis. Ein Besuch lohnt sich also für alle Freunde Israels und diejenigen, die es werden möchten.

Restaurant Feinberg's
Inh. Yorai Feinberg
Fuggerstr. 35 10777 Berlin
Weitere Informationen & Reservierungen unter:
www.feinbergs.de

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung

Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH

Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin

Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin

Tel.: (030) 54 71 02 50 Fax: (030) 23 32 88 60

E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

Redaktion: Simon Akstinat (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrowski

Kontaktmöglichkeiten

• per Post: J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin • per Mail: redaktion@juedische-rundschau.de

• per Telefon: (030) 54 71 02 50 • per Fax (auch Anrufbeantworter): (030) 23 32 88 60

• per Website: www.juedische-rundschau.de

Werbeabteilung: Tel.: (030) 54 71 02 51

E-Mail: werbung@juedische-rundschau.de

Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam

Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.

Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.

© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.



**COUPON
ABO-
BESTELLUNG**

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

- 39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)
- 49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)
- 73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)
- 32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).

Name, Vorname _____

Strasse, Hausnummer _____

PLZ _____

Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen vor dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

Ich zahle gegen Rechnung:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeitet werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Jeder neuer Abonnent der Zeitung «Jüdische Rundschau» erhält einen Gutschein vom TuS-Reisebüro im Wert von 50 Euro, die bei Buchung einer Reise nach Israel verrechnet werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post

(J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (030/23328860) oder als Scan

per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de.

Sie können die Zeitung auch auf unserer Website

www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Unsere Kontaktadressen



J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin



(030) 54 71 02 51
(Mo.-Mi. von 10.00 bis 16.00)



redaktion@juedische-rundschau.de



(030) 23 32 88 60 (auch Anrufbeantworter)



www.juedische-rundschau.de



www.facebook.com/jrundschau



@jrundschau